

Universität zu Köln
Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik



**Vom Hinterhof der USA zur Gegenmacht:
Südamerika auf dem Weg zur politischen und
wirtschaftlichen Emanzipation?**

Diplomarbeit
im Rahmen des Studiengangs
Diplom Regionalwissenschaften Lateinamerika

Fachbereich: Politikwissenschaften

Gutachter: Prof. Thomas Jäger

eingereicht von:
Friderike Mangelsdorf

Köln, 22. März 2010

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	I
Abkürzungsverzeichnis.....	III
Eidesstattliche Versicherung	V
1 Einleitung	1
2 Theorie des strukturellen Neorealismus	3
2.1 Wahrung der Sicherheit durch Macht	6
2.2 Balancing und Bandwagoning nach der Balance of Threat Theorie.....	7
2.2.1 Bandwagoning.....	8
2.2.2 Balancing.....	9
2.2.3 Soft-Balancing.....	13
3 Von der Entdeckung bis in die Gegenwart	16
3.1 Allgemeines zum historischen Werdegang Südamerikas	16
3.2 Ein Blick auf das heutige Südamerika	21
4 Bisherige südamerikanische Bündnisbemühungen.....	25
4.1 Andengemeinschaft	26
4.1.1 Entstehung und Ziele.....	26
4.1.2 Institutioneller Aufbau	28
4.1.3 Bisherige Erfolge und Hemmnisse.....	29
4.2 MERCOSUR (Mercado Común del Sur).....	31
4.2.1 Entstehung und Ziele.....	31
4.2.2 Institutioneller Aufbau	32
4.2.3 Bisherige Erfolge und Hemmnisse.....	33
4.3 ALBA – die Bolivarianische Alternative für die Amerikas	36
4.3.1 Entstehung und Ziele.....	36
4.3.2 Institutioneller Aufbau	38
4.3.3 Bisherige Erfolge und Hemmnisse.....	39
5 UNASUR – Union Südamerikanischer Nationen.....	41
5.1 Akteure und Ziele.....	42
5.2 Institutioneller Aufbau	44

5.3	UNASUR eine Politik der Gegenmachtbildung.....	46
5.3.1	Gründe der UNASUR für eine Gegenmachtbildung.....	48
5.3.2	Vorgehensweise der UNASUR bei der Gegenmachtbildung.....	52
6	Die UNASUR als Gegenmachtbildung – Potential und Problematik.....	56
6.1	Potential der UNASUR und der Gegenmachtbildung.....	57
6.2	Problematik an der UNASUR und der Gegenmachtbildung	60
7	Fazit und Ausblick	66
8	Literaturverzeichnis.....	70

Abkürzungsverzeichnis

AHK	Deutsche Auslandshandelskammer
ALBA	Alternativa Bolivariana para las Américas (Bolivarianische Alternative für die Amerikas)
ALCA	Área de Livre Comercio das Américas (Freihandelszone der Amerikas)
ALADI	Asociación Latinoamericana de Integración (Lateinamerikanische Integrationsvereinigung)
ALALC	Asociación Latinoamericana de Libre Comercio (Lateinamerikanische Freihandelsassoziation)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
bzw.	beziehungsweise
CAN	Comunidad Andina de Naciones (Andengemeinschaft)
CELC	Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños (Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten)
CEPAL	Comisión Económica para América Latina) Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik
CSD	Conselho Sul-Americano de Defesa (Südamerikanischer Verteidigungsrat)
CSN	Comunidad Sudamericana de Naciones (Südamerikanische Staatengemeinschaft)
d.h.	das heißt
DSW	Deutsche Stiftung Weltbevölkerung
ECLAC	Economic Commission for Latin America and the Caribbean (Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
G 20	Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
HDI	Human Development Index
IIRSA	Iniciativa para la Integracion de la Infraestructura Regional Suramericana (Initiative zur regionalen Infrastrukturintegration in Südamerika)
ISI-Strategien	Importsubstituierende Industrialisierung Strategie

IWF	Internationaler Währungsfonds
MERCOSUR	Mercado Común del Sur (Gemeinsamer Markt des Südens)
NAFTA	North American Free Trade Agreement (Nordamerikanische Freihandelsabkommen)
NGO	Non-governmental organisation (Nichtregierungsorganisation)
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
SAI	Systema Andino de Integración (Andinische Integrationssystem)
SELA	Sistema Económico Latinoamericano y del Caribe (Lateinamerikanische regionale Wirtschaftsorganisation)
TCP	Tratado de Comercio de los Pueblos (Handelsvertrag der Völker)
TI	Transparency International
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNASUR	Unión de Naciones Suramericanas (Union Südamerikanischer Nationen)
UNFPA	United Nations Fund for Population Activities (Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen)
UNDP	United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)
UNO	United Nations Organization (Organisation der Vereinten Nationen)
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation)

1 Einleitung

Südamerika ist ein Subkontinent im Umbruch. Auf 17,6 Millionen Quadratkilometern leben zirka 390 Millionen Menschen. Es gibt großen Reichtum und gleichzeitig extreme Armut. Südamerika ist ein Kontinent der Widersprüche und ein Kontinent im Wandel. Beherrscht noch vor wenigen Jahrzehnten Meldungen über Korruption, Gewalt und politische Unterdrückung wissenschaftliche Veröffentlichungen und Berichterstattungen über die Region, so machen die Lateinamerikaner heute mit wirtschaftlichem Wachstum, politischer Transformation und ambitionierten Integrationsbemühungen auf sich aufmerksam. Südamerika will nicht länger als Hinterhof der Vereinigten Staaten von Amerika wahrgenommen werden. Die südamerikanischen Regierungen streben nach Wohlstand und Fortschritt für ihre Länder. Sie streben außerdem nach mehr Macht und nach einer höheren Einflussnahme auf die Geschicke der internationalen Staatengemeinschaft und setzen dabei auf Gemeinsamkeit und Integration. Mit dem neuen Jahrtausend haben in dem Gebiet zwischen Feuerland und dem Orinoko Delta die Bemühungen zur Gründung einer südamerikanischen Staatengemeinschaft deutlich an Intensität und Qualität gewonnen. Mit dieser Entwicklung, ihren Hintergründen und Ursachen beschäftigt sich diese Arbeit.

Die politischen und wirtschaftlichen Anstrengungen lateinamerikanischer Politiker sind auf ein klares Ziel gerichtet: Sie wollen sich auf Augenhöhe zu den ehemaligen Kolonialmächten positionieren und sich aus der Einflussphäre der mächtigen USA lösen. Grundvoraussetzung dafür ist eine politisch und wirtschaftlich stabile Region, auf deren Fundament sich die Akteure zum verlässlichen Partner der internationalen Staatengemeinschaft und respektiertem Gegenüber entwickeln.

Lange Zeit hatte es den Anschein als könnten die Staaten Südamerikas mit dem Tempo globaler Entwicklung nicht Schritt halten. Mit dem Eintreten in die erste Dekade des 21. Jahrhunderts profitieren sie von der anfänglich positiveren Konjunktorentwicklung der Weltwirtschaft und der gestiegenen Nachfrage nach südamerikanischen Rohstoffen und Produkten. Obwohl noch immer abhängig von den Industrienationen, zeigt Südamerika neues Selbstbewusstsein und strebt nach wachsender Unabhängigkeit von den westlichen Ländern. Hilfreich für den Schritt in Richtung Emanzipation ist die starke Nachfrage anderer Länder nach alternativen Energiequellen, zum Beispiel Ethanol und anderen Agrartreibstoffen. Brasilien beispielsweise profitiert enorm von der großen Nachfrage der chinesischen Wirtschaft nach Eisenerz und Soja. Die Wirtschaft Venezuelas zieht ihren Nutzen aus dem

ungebrochenen großen Bedarf an Erdöl und erreicht so einen bis dahin unbekanntem Wohlstand.

Angesichts dieser Trends lässt sich unter den südamerikanischen Ländern generell die Suche nach bisher ungenutzten Möglichkeiten um Macht und Eigenständigkeit konstatieren. Zu diesem Zweck wurde die UNASUR, die Union Südamerikanischer Nationen, gegründet. Mit der Unterzeichnung der Gründungsurkunde im Mai 2008 durch alle zwölf südamerikanischen Staaten gewann das neue Bündnis eine bis dahin nicht gekannte Einigkeit. Der Verbund positioniert sich klar für mehr soziale Gerechtigkeit und eine unabhängige Entwicklung des Subkontinents.

Seit einer Reihe von Jahren erhalten die südamerikanischen Staaten zunehmend Aufmerksamkeit auf der internationalen Bühne. Verstärkt beginnt man die Region als potentiellen Partner für wirtschaftliche Beziehungen wahrzunehmen. Große Industrienationen, wie etwa die USA, empfinden die Unabhängigkeitsbestrebungen der Befürworter eines sich vereinenden Südamerikas zunehmend als Störfaktor. Denn die Mitgliedsländer der UNASUR haben ihre Absicht vertraglich eindeutig formuliert: Es geht darum, mit der sich entwickelnden Gemeinschaft an wahrhaftiger Unabhängigkeit zu gewinnen und ein Gegengewicht - eine Gegenmacht – zu den USA zu bilden.

Aber welches Potential hat diese Gemeinschaft und wie realistisch sind ihre Ziele? Woraus speist sich ihre Motivation, auf welchen historischen Zusammenhängen und aktuellen Interessen gründet sich die Union? Wie erfolgversprechend sind die Bemühungen der Gegenmachtbildung? Kann den südamerikanischen Staaten tatsächlich der Schritt aus dem Schatten der mächtigen USA gelingen?

Unabdingbar für den Erfolg der Bemühungen ist eine Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den südamerikanischen Staaten. Nur so kann eine Neupositionierung der Gemeinschaft im internationalen Gefüge gelingen. Eine Veränderung der internationalen Machtverhältnisse sowie des internationalen Systems wären die Folge. Vor diesem Hintergrund, aufgrund der Aktualität des Themas und wegen der großen Bedeutung, die diese Prozesse für den Kontinent haben können, bedarf die Entwicklung der Ereignisse der wissenschaftlichen Begleitung und Analyse.

Die vorliegende Arbeit wird dazu ihren Beitrag leisten, kann sich aufgrund des begrenzten Rahmens jedoch nicht mit allen Details und Aspekten befassen, sondern lediglich Nuancen aufzeigen. Für die wissenschaftliche Analyse ist es nötig die Komplexität der Themenstellung zu reduzieren.

Zur Beantwortung der Fragen werden zunächst die Grundlagen der neorealistischen Theorie erörtert. Der Schwerpunkt wird dabei auf die Akkumulation von Macht zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und auf dem Ausbalancieren von Machtungleichgewichten liegen. Dafür sollen die Taktiken des Balancing, genauer des Soft-Balancing, näher erläutert werden. Die Analyse wird die macht- und sicherheitspolitischen Interessen der Staaten verdeutlichen und ihre Bemühungen belegen, diese durch das Schmieden von Allianzen – Balancing – gegenüber perzipiert mächtigeren Staaten zu sichern.

Ein kurzer Abriss wird in die historischen Hintergründe und Entwicklungen von Abhängigkeitsstrukturen nach der Dekolonialisierung des Kontinents einführen und zeigen, wo die Ursachen für die aktuellen Bestrebungen zur Gegenmachtbildung liegen.

Im resümierenden Teil der Arbeit sollen die bisherigen Bemühungen zur Etablierung verschiedener Bündnisse in Südamerika zusammengefasst und die Gründe für deren Scheitern, beziehungsweise das Stagnieren der Prozesse, dargelegt werden.

Das Staatenbündnis UNASUR steht im Mittelpunkt des fünften Kapitels. Nach einer kurzen Vorstellung der Akteure und Ziele werden die Bestrebungen der UNASUR-Staaten stehen, in Südamerika einen Gegenpol, eine Gegenmacht gegenüber den USA zu entwickeln. Vor einem abschließenden Fazit und dem Versuch eines Ausblicks in Kapitel 7, werden in Kapitel 6 Potentiale und Probleme der UNASUR und folglich auch der Gegenmachtbildung Gegenstand der Erörterung sein.

2 Theorie des strukturellen Neorealismus

Um die Interaktion von Staaten und somit die transatlantischen Beziehungen zu verstehen, benötigt man ein theoretisches Analysemodell, anhand dessen man die Prozesse von Macht- und Gegenmachtbildung analysieren kann. Da sich der strukturelle Neorealismus mit diesen Prozessen beschäftigt, wird er für diese Arbeit herangezogen.

Basierend auf den Kernaussagen des Klassischen Realismus von Hans Morgenthau, schuf Kenneth Neal Waltz 1979¹ eine Theorie der Internationalen Beziehungen, die mit einem Minimum an Variablen auskommen sollte und bis heute zu den bedeutendsten Theorien der internationalen Politik zählt. Die Entstehung des Neorealismus ist dabei eng an den Ost-West-Konflikt, die Frage nach den Gründen der Instabilität der amerikanischen Vormachtstellung

¹ Obwohl Waltz meist aus dem 1979 veröffentlichten Buch „Theory of International Politics“ zitiert wird, findet man bereits 1954 und 1975 erste theoretische Überlegungen zum Neorealismus in anderen Werken

(Schörnig 2006: 66f; Menzel 2001: 162) und der Erkenntnis gebunden, dass Staaten im internationalen System nach ähnlichen Verhaltensmustern agieren.

Grundlage der neorealistischen Theorie und damit der entscheidende Faktor für die Analyse der internationalen Politik ist das neorealistische Verständnis der Struktur des internationalen Systems. Der Neorealismus basiert auf der Annahme, dass das internationale System durch seine anarchische Struktur bestimmt wird, innerhalb der die Staaten (*units*) als zentrale Akteure der internationalen Beziehungen fungieren (Siedschlag 2004: 2f). Staaten sind laut Waltz einheitliche und rational handelnde Akteure, deren innerstaatliche Ebene für den Neorealismus bedeutungslos ist (Schörnig 2006: 71) und deren Verhalten von der Struktur des internationalen Systems bestimmt wird (Waltz 1979: 93).

Die Struktur des internationalen Systems weist laut Waltz drei Charakteristika auf. Das erste Element ist das Ordnungsprinzip, welches sich innerhalb der interagierenden *units* durch eine hierarchische Ordnung und auf Systemebene durch Anarchie auszeichnet, sprich es existiert keine autoritative Instanz über den Staaten (Waltz 1979: 88f). Durch das Fehlen einer Kontrollinstanz leben die Staaten in ständiger Unsicherheit und müssen immer mit dem Expansionsbestreben der Nachbarn rechnen - also zwangsläufig mit Krieg.

„Among men as among states, anarchy, or the absence of government, is associated with the occurrence of violence“ (Waltz 1979:102).

Die rationalen Akteure verfolgen vor allem egoistische Interessen, wobei die Gewährleistung ihrer nationalen Sicherheit und Souveränität, aufgrund der herrschenden Anarchie, ihr höchstes Ziel ist. Aus dieser Überlegung heraus kennzeichnet der Neorealismus die internationalen Beziehungen als ein Zusammenspiel aus der Ablehnung von Zusammenarbeit und dem absoluten Streben nach Sicherheit und Selbsterhaltung (Schörnig 2006: 65) und konzentriert sich vorrangig auf die „*high politics*“, also auf die Sicherheitspolitik.

„Beyond the survival motive, the aims of states may be endlessly varied; they may rage from the ambition to conquer the world to the desire merely to be left alone. Survival is a prerequisite to achieving any goals that states may have [...]“ (Waltz 1979: 91).

Die „*low politics*“ (soziale, ökonomische, ethische und andere gesellschaftsbezogene Fragen) sind nicht Gegenstand der Betrachtung, denn diese – so wird grundsätzlich unterstellt – haben nahezu keinen Einfluss auf zwischenstaatliche Verhaltensmuster.

Das zweite Element besteht aus der fehlenden funktionalen Differenzierung der interagierenden Einheiten. In einem anarchisch strukturierten System existiert keine Aufgabenteilung zwischen den Staaten, so dass jeder Staat die alleinige Verantwortung und Sorge um seine Sicherheit tragen muss. Aufgabenteilung ohne eine übergeordnete Kontrollinstanz stellt ein zu großes Risiko für die nationale Sicherheit dar (Waltz 1979: 107).

Aus diesem Grund wird das internationale System auch als „Selbsthilfesystem“ beschrieben – der internationale Imperativ ist: “Take care of yourself” (Waltz 1979: 107).

Das Ordnungsprinzip (*ordering principle*) und die fehlende funktionale Differenzierung (*qualities*) werden noch durch ein drittes Element ergänzt – die Machtrelation der einzelnen Staaten zueinander (*distribution of capabilities*). Zusammen bestimmen sie die Beziehungen und Prozesse innerhalb des internationalen Systems. Das Strukturmerkmal der Machtrelation ist von besonderer Bedeutung. Obwohl Waltz die anthropologischen Prämissen Morgenthau und des klassischen Realismus im Allgemeinen ablehnt und eine andere Begründung für das menschliche Streben nach Macht hat, kommt er nicht umhin die große Bedeutung von Macht innerhalb der internationalen Beziehungen anzuerkennen. Denn auch laut seiner Theorie funktioniert das System nach dem Prinzip des Machtstrebens und -erhalts und nur durch die Menge an Machtmitteln sind Staaten unterscheidbar. Die „*combined capabilities of a state*“ (Waltz 1990: 36) setzen sich dabei sowohl aus militärischen, als auch politischen und ökonomischen Machtmitteln zusammen (Waltz 1979: 130) und hängen so von einer Kombination verschiedener Faktoren, wie der politischen, wirtschaftlichen und ökonomischen Stärke, der Bevölkerungszahl, Territoriumgröße und Ressourcenausstattung im Allgemeinen ab (Waltz 1993: 50). Zusammen bilden all diese Faktoren die relativen Fähigkeiten eines Staates seine Ziele zu verfolgen und bestimmen dadurch seine Position im internationalen System. Staaten sind deshalb bestrebt mehr Macht als die anderen Staaten des internationalen Systems zu akkumulieren, um etwaige Gefährdungen ihrer eigenen Sicherheit zu verhindern. Anders als bei der klassischen realistischen Sichtweise, wonach Machtstreben in der menschlichen Natur angelegt ist, dienen den Neorealisten Macht und der Gewinn von Macht allein der Gewährleistung der eigenen Sicherheit.

„Realism paints a rather grim picture of world politics. The international system is portrayed as a brutal arena where states look for opportunities to take advantage of each other, and therefore have little reason to trust each other” (Mearsheimer 1994: 9).

Die Verteilung der Macht unter den Staaten bestimmt die Polarität des internationalen Systems. Das internationale System kann dabei multipolar, bipolar oder unipolar sein, je nachdem wie viele Großmächte es gibt und wie viel Stärke und Macht sie untereinander sowie im Verhältnis zu anderen Staaten aufweisen. Bei einem multipolaren System ist die Machtverteilung am meisten diffus und liegt bei mehr als zwei Staaten, wohingegen bei einem bipolaren System zwei Staaten den Großteil der Macht auf sich vereinigen und bei einem unipolaren lediglich einer, der auch Hegemon genannt wird (Jäger/Beckmann 2007: 20).

Zur Entstehungszeit des Neorealismus ging man aufgrund des Ost-West-Konflikts von einem bipolaren System aus, heute spricht man aufgrund der deutlichen Übermacht der USA von einem unipolaren System. Die unipolare Ordnung ist geprägt vom so genannten Hegemon. Dieser nimmt aufgrund seiner Macht eine herausragende Stellung in den internationalen Beziehungen ein. Die Wahrscheinlichkeit von Konflikten und Kriegen ist in dieser Konstellation wesentlich höher als in einem bipolaren System, da andere Staaten versuchen, die Macht des Hegemons durch eine Gegenmachtbildung zu verringern und somit ihre eigene Position zu verbessern (Schörning 2006: 75). Neorealisten, die in diesem Zusammenhang mit den klassischen Realisten übereinstimmen, gehen jedoch davon aus, dass Kooperationen oder Allianzbildungen fast ausgeschlossen sind, es sei denn Staaten schließen sich aufgrund einer drohenden Übermacht zu Bündnissen zusammen, um über einen Machtzusammenschluss die Überlegenheit des anderen Staates auszugleichen, oder um sich diesem aus Sicherheitsgründen anzuschließen. Diese Machtzusammenschlüsse werden in Kapitel 2.2.2 ausführlich analysiert.

Internationale Organisationen, wie die NATO oder die UNO, werden nicht als kooperative Strukturen begriffen. Sie sind letztendlich nur Ausdruck nationaler Staatsinteressen. Zudem üben NGOs oder internationale Organisationen aus neorealistischer Perspektive nur wenig Einfluss aus, da sie die Machtverhältnisse ihrer Mitgliedsstaaten lediglich widerspiegeln, anstatt sie tatsächlich zu beeinflussen (Schörning 2006: 71f). Transnationale Konzerne und internationale Institutionen können laut Waltz auch vernachlässigt werden, da, wie bereits weiter oben beschrieben, die innere Gestaltung eines Staates für die Theorie einer Außenpolitik, nicht aber für die Theorie der Internationalen Beziehungen dienlich ist.

Das Hauptanliegen der Staaten des anarchischen internationalen Systems ist es also nicht ihre Macht der Macht wegen zu vergrößern, sondern es besteht darin, ihr Überleben zu sichern.

2.1 Wahrung der Sicherheit durch Macht

Da Kenneth Waltz „Sicherheit“ als den bedeutendsten Faktor für das Überleben der agierenden Akteure sieht, ist ihre Maximierung aus neorealistischer Perspektive das höchste Ziel. Sicherheit dient, laut Waltz, dazu die eigene Position, mithin die eigene Überlebensfähigkeit, im internationalen System zu sichern (Waltz 1979: 126). Um dies zu erreichen, muss jeder Staat versuchen die beste Machtposition zu erreichen, was ihm nur durch die Akkumulierung von Machtmitteln gelingen kann. Macht ist somit, anders als im Realismus, lediglich Mittel zum Zweck und nicht das eigentliche Ziel. Dabei bleibt zu beachten, dass das Streben nach Macht und Sicherheit der Staaten zu einer sich

perpetuierenden Spirale des Wettrüstens führt: Je mehr Macht und Sicherheit ein Staat anhäuft, desto größer ist die von ihm ausgehende wahrgenommene Bedrohung durch andere Staaten. Die daraus resultierende Verunsicherung versuchen die Staaten wiederum mit einer eigenen Aufrüstung abzubauen. Es entsteht ein Macht- und Sicherheitsdilemma (Waltz 1979: 107), das erst dann endet, wenn sich die Staaten aufgrund eines entstandenen Machtgleichgewichtes nicht mehr zum Wettrüsten gezwungen sehen.

Machtgleichgewichte entstehen aber nicht aufgrund individueller Bestrebungen einzelner Staaten, sondern ergeben sich aus der anarchisch strukturierten Umgebung, sofern die *units* nach der Maximierung ihrer eigenen Sicherheit streben (Waltz 1979: 121). Dementsprechend gilt es aus neorealistischer Sicht bestehende Machtdisparitäten bereits im Keim zu ersticken, da die individuelle Sicherheit durch die Überlegenheit eines bedrohlichen Gegenübers nicht mehr gewährleistet ist.

Staaten haben zwei Optionen, um ihre Sicherheit zu garantieren und ihre Machtposition zu verbessern: Entweder sie versuchen intern Macht durch den Gewinn von politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Fähigkeiten zu erlangen oder sie entschließen sich zu externer Machtbildung, um eine Macht- oder Gegenmachtbildung zu erreichen (Brooks/Wohlforth 2005: 74). Die externe Machtbildung kann sich dabei durch so genanntes *bandwagoning* oder *balancing*² äußern.

2.2 Balancing und Bandwagoning nach der Balance of Threat Theorie

„Balance-of-power theory predicts that states will ally against the strongest state in the system, but balance-of-threat theory predicts they will tend to ally against the most threatening. Thus, the latter can explain not only why a state may align against the strongest power (if its power makes it the most dangerous) but also why one state may balance against another state which is not necessarily the strongest but which is seen as more threatening on account of its proximity, aggressive intentions, or acquisition of especially potent means of conquest“ (Walt 1997: 933).

Sieht sich ein Staat einer signifikanten externen Bedrohung ausgesetzt, so hat er zwei fundamentale Möglichkeiten der Reaktion: Entweder er schließt sich der Großmacht, in den meisten Fällen die Bedrohung selbst, an (Bandwagoning) oder er verbündet sich mit dem Gegner der Übermacht und unternimmt den Versuch einer Gegenmachtbildung (Balancing)³.

² Im Laufe dieser Arbeit werden die englischen Begriffe *balancing* und *bandwagoning*, ebenso wie die Begriffe *soft-balancing* und *hard-balancing* „eingedeutscht“ und somit groß geschrieben und nicht kursiv gekennzeichnet.

³ Durchaus kritisch und mangelhaft an dieser Einteilung ist der Ausschluss von Neutralität als Option, denn es darf bezweifelt werden, dass Neutralität als eine Art Appeasement oder Entgegenkommen gegenüber dem Feind beziehungsweise des bedrohenden Staates und somit unter Bandwagoning subsumieren lässt. Zur Kritik an Walt siehe: Reiter, Dan (1996): *Crucible of Beliefs. Learning, Alliances and World Wars*, Ithaca: Cornell University Press, S. 41-54.

„Im ersten Falle geht es um die Suche nach Wohlwollen im Verhältnis zu einer bedrohlichen Gefahrenquelle, im letzteren um die Allianz mit Stärkeren, die diese Gefahrenquelle neutralisieren“ (Hartmann 2001: 39).

Da in dieser Arbeit die Versuche der Gegenmachtbildung südamerikanischer Bündnisse gegenüber den USA untersucht werden sollen, konzentriert sich die theoretische Analyse insbesondere auf Balancing-Strategien. Der Vollständigkeit halber soll aber vor dem Unterkapitel 2.2.2 Balancing und der Spezifizierung des Balancing durch Soft-Balancing in dem Folgekapitel 2.2.3 eine kurze Darstellung des Bandwagoning erfolgen.

2.2.1 Bandwagoning

Generell tendieren eher schwächere Staaten zu Bandwagoning und schließen sich den beziehungsweise einem mächtigeren Gegenüber an. Sie erhöhen, so zumindest der Strategie nach, dadurch jedoch nicht nur die Macht des Staates, dem sie sich angeschlossen haben, sondern minimieren durch den Schutzeffekt der Großmacht auch das Risiko, selbst Ziel eines Angriffes zu werden oder einen zu großen Souveränitätsverlust zu erleiden. Obwohl sich der oder die schwächeren Staaten damit schützen, unterwerfen sie sich gleichzeitig dem potenten Part und verlieren in den meisten Fällen an Mitspracherecht. In einer solchen Situation verbessern Staaten ihre macht- und sicherheitspolitische Lage nur geringfügig, da ihr Überleben als Staat zwar gesichert ist, dies aber auch nur als Teil einer größeren Einheit und eindeutig in der Position des Schwächeren. Beim Bandwagoning sind Staaten also auf das Wohlwollen der Hegemonialmacht angewiesen, der sie sich unterworfen haben - der eigene Einfluss auf Entscheidungen ist eng begrenzt. Je nach Strategie und Motivation der Staaten, die sich einer Supermacht anschließen, kann Bandwagoning jedoch durchaus auch weitreichende positive Effekte mit sich bringen.

Staaten betreiben nicht nur, wie weiter oben beschrieben, aus einer defensiven Motivation heraus Bandwagoning, d.h. allein um das eigene Überleben zu sichern, sondern können sich auch im Rahmen einer offensiven Strategie dazu entschließen. Wählt ein Staat Bandwagoning aus offensiven Gründen, dann, weil er an den erreichten Erfolgen und Gewinnen des dominierenden Staates teilhaben will (Walt 1994: 18ff), was äußerst zielführend im Sinne der nationalen Überlebensstrategien ist. Denn erfahrungsgemäß sind Supermächte in der Regel nicht nur einflussreicher und mächtiger als weniger potente Akteure, sondern auch beständiger und zuverlässiger in ihrem Wirken. Das macht sie zu bevorzugten Verbündeten für regionale Akteure, die sich durch die in erster Linie militärischen Interessen anderer regionaler Staaten bedroht sehen.

Historisch gesehen tendierten Staaten häufiger zum Balancing als zum Bandwagoning. Seit Ende des Kalten Krieges entscheiden sich Staaten jedoch vermehrt Bandwagoning zu betreiben. Diese historische Abweichung kann mit der neuen unipolaren Struktur des internationalen Systems erklärt werden. Die absolute Übermacht der USA macht dabei Balancing-Versuche wenig erfolgversprechend. Sie ist so allgegenwärtig und ausgeprägt, dass traditionelles Balancing durch andere weniger mächtige Staaten schwer möglich ist und diese es deshalb auch nicht versuchen. Insofern gilt: „the raw power advantage, if the United States means that [...] second-tier states face incentives to bandwagon with the unipolar power” (Wohlforth 1999:8).

Folgende Hypothesen wurden von Walt aufgestellt, um zu zeigen, was „verletzbar und anfällige“ Staaten eher zum Bandwagoning als zum Balancing verleitet: Staaten verbinden sich schneller mit dem Verursacher der Bedrohung je größer der ausgeübte Druck, je größer die gesammelten Ressourcen, je dichter die geographische Nähe zu ihm ist und je wahrscheinlicher und aggressiver die Intentionen des Angreifers und je offensiver er vorgeht (Walt 1987: 114).

Balancing ist also nicht immer das rational günstigere Verhalten für Staaten. Walt betont, dass Bandwagoning unter bestimmten Voraussetzungen sogar von Vorteil sein kann, beispielsweise wenn allgemein ein konträres Verhalten erwartet wird. Für schwächere Staaten ist Bandwagoning auch deshalb eher eine Handlungsoption, da sie durch ihre schwächere Position potentielle Opfer des Hegemons sind, wenig Gegenwehr aufbringen können und einer Allianz wenig bei ihrer Gegenmachtbildung helfen könnten (Walt 1987: 173ff.).

2.2.2 Balancing

Aufgrund der essentiellen Bedeutung von Macht und die durch sie erreichte Sicherheit, sind Staaten permanent im Begriff ihre Machtmittel mit denen anderer Akteure zu vergleichen und die eigene Position im internationalen System zu verbessern und neu zu bestimmen. Machtverschiebungen beziehungsweise Machtungleichheiten gegenüber einem oder mehreren anderen Staaten können im Allgemeinen durch eigenes Aufrüsten oder Bündnisbildung ausgeglichen werden. Setzt ein sehr mächtiger Staat verstärkt Machtmittel ein, um seine Position im internationalen System zu verbessern, so kann davon ausgegangen werden, dass andere Staaten nicht versuchen unilateral gegen diese Politik vorzugehen, sondern über die Bildung einer Allianz versuchen, die Machtbalance des Systems wieder herzustellen (Schörnig 2006: 75).

Im Jahr 1987 modifizierte Stephen Martin Walt die Balancing Theorie von Kenneth Waltz. Anstatt wie bisher von der Theorie der *Balance of Power* auszugehen, spricht Walt von einer *Balance of Threat* Theorie. Waltz hingegen, der die internationalen Beziehungen systemisch darstellt, geht davon aus, dass Staaten versuchen ihre Macht gegenüber mächtigeren Staaten auszugleichen, damit diese nicht zum Hegemon werden und am Ende alle anderen Staaten dominieren können. Es geht ihm also letztendlich darum, dass kein Staat und auch kein militärisches, wirtschaftliches oder politisches Bündnis ein solches Maß an Macht erlangen darf, das ihm die Herrschaft über andere Staaten oder Bündnisse ermöglicht (Vose Gulick 1955: 31f). Im internationalen Beziehungsgeflecht der Staaten geht es also immer um ein ausgeglichenes Kräfteverhältnis, welches mithilfe von Allianzen hergestellt werden kann.

Stephen Walt sieht die Balancing-Aktivitäten aus einer anders akzentuierten Perspektive. Staaten verbünden sich laut seiner Theorie nicht gegen den mächtigsten Staat im System, sondern gegen den „Bedrohlichsten“ (Walt 1997: 933).

Balancing bedeutet demgemäß sich mit anderen Staaten gegen eine bevorstehende Bedrohung zusammenzuschließen, um gesicherter und mit vereinten Kräften gegen diese Bedrohung vorzugehen, deren Einfluss zu schmälern und ihr entgegenzuwirken. Allianzen formieren sich also nicht ausschließlich zum Zwecke der Machtanhäufung, sondern zur Abwendung von Bedrohungen. Staaten oder Koalitionen schützen sich also vor jenen, deren größere Ressourcenausstattung und Interessen eine Bedrohung darstellen. Durch das Verbünden mit den Gegnern des eigenen Feindes, versucht man einen Angriff der stärksten Macht abzuwehren oder ihn sogar von vornherein zu verhindern (Waltz 1979: 126f).

Staaten entscheiden sich für eine Koalition mit anderen Staaten, um den Hegemon am weiteren Ausbau seiner Macht zu hindern. Dabei wäre es riskant das eigene Wohl in die Hände eines deutlich stärkeren Partners zu legen, weswegen Staaten sich häufig mit denen verbünden, die den eigenen Staat nicht mühelos dominieren könnten. Der Zusammenschluss mit „schwächeren“ Staaten bietet einen weiteren Vorteil. Eine Allianz mit solchen Staaten ermöglicht verstärkte Einflussmöglichkeiten, da die schwächere Seite wesentlich mehr auf Verstärkung angewiesen ist (Walt 2005: 108).

Laut Walt lassen sich drei Ebenen der Verbindlichkeit einer Allianz ausmachen: Das höchste Niveau einer Allianz ist erreicht, wenn die Alliierten konkretes Vermögen, wie Territorium, Geld oder sogar Menschen opfern, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Bei Allianzen mittlerer Verbindlichkeit riskieren Verbündete handfeste Verluste oder bringen wichtige diplomatische Opfer, um die Position ihrer Partner zu verbessern. In symbolischen Allianzen

beweisen die Mitglieder eher widerwillig, dass sie ihre Verbündeten durch militärische oder diplomatische Handlungen unterstützen oder gar beschützen würden (Walt 1994: 152).

Dieser Ansatz befasst sich ebenfalls mit der Dauer der Allianzen. Der Zeitraum über den eine Verbindung zwischen Staaten besteht, sagt gleichzeitig etwas über die Interessen der Mitglieder aus. Allianzen von kurzer Dauer werden dabei geringere Bedeutung beigemessen, als jenen, die ein hohes Maß an Verpflichtung zeigen und länger als drei Jahre andauern (Walt 1994: 153). Je länger eine Allianz besteht und seriöser sie ist, desto wahrscheinlicher die Entscheidung mit einem Verbündeten gegen eine bedrohende Macht zu balancieren, da das Vertrauen unter den Alliierten gewachsen ist.

Nicht nur kleinere oder „schwächere“ Staaten suchen Allianzen. Auch Großmächte streben Bündnisse an, um Bedrohungen ihrerseits entgegenzuwirken. Die Bedrohung durch eine andere Groß- oder Supermacht wird, insofern sie erkannt oder wahrgenommen wird, von mächtigen Staaten sehr ernst genommen. Dies geschieht schon deshalb, weil es nur einer geringen Machtverschiebung bedarf, damit die eigene Position im internationalen System deutlich geschwächt wird. Die Bemühungen der Gegenwehr nehmen daher oft schnell konkrete Formen an: Einerseits können Supermächte dadurch kontern, dass sie gegen die regionalen Verbündeten der potenziellen Bedrohung vorgehen, andererseits besteht die Möglichkeit gegnerische Anhänger zu gewinnen und sich mit ihnen zu verbünden (Walt 1994: 157). Balancing zeichnet sich dadurch aus, dass die interagierenden Einheiten geradezu vom Druck ausübenden Staat zu einem Bündnis provoziert werden. Supermächte mit aggressiven und feindseligen Intentionen haben aufgrund ihrer Machtansprüche grundsätzlich schon eine weitläufige Opposition gegen sich. Wie die Staaten der Opposition zueinander stehen oder ob sie vertrauenswürdig sind, spielt in diesem Fall keine Rolle, da jeder mit dem Ziel der Erhöhung und Wahrung der eigenen Sicherheit agiert und nicht um seinem Koalitionspartner einen Gefallen zu tun (Walt 2005: 110).

Die Ausgangsposition der Staaten ist beim Balancing wesentlich günstiger als beim Bandwagoning, da der betroffene Staat sich dem als Bedrohung wahrgenommenen Staat noch nicht unterworfen hat und somit die Abwehrchancen deutlich besser sind. Darüber hinaus neigen Staaten auch eher in Friedenszeiten oder zu Beginn eines Krieges dazu, sich mit anderen Staaten zu verbünden, um einer Bedrohung rechtzeitig entgegenzuwirken (Walt 2005: 113).

Resümierend nennt Walt folgende Beweggründe für eine Politik des Balancing: Staaten, die einer externen Bedrohung ausgesetzt sind, bemühen sich mit Unterstützung anderer Staaten gegen die Bedrohung vorzugehen. Grundlegend wird davon ausgegangen, dass je stärker und

größer die angehäuften Macht des drohenden Staates ist, desto größer auch die Alliantenz. Der Ansporn zum regionalen Zusammenschluss, erhöht sich zudem für die umliegenden Staaten, je näher sich der mächtige Staat geografisch befindet. Je aggressiver die Intentionen des drohenden Staates anderen Staaten erscheinen, desto eher verbünden sich die Anderen. Kommt es zu einer Allianz in Kriegszeiten, könnte sich diese meist umgehend nach dem „Sieg“ auflösen. Andere Allianzen können unterdessen noch Jahrzehnte bestehen (Walt 2005: 113f). Ob es allerdings überhaupt zu verstärkten Balancing-Bestrebungen kommt, hängt von der Machtverteilung im internationalen System ab. Ein multipolares System erweist sich im Unterschied zum bipolaren System insofern als problematisch, als dass sich jeder Staat durch eine Vielzahl anderer Staaten einschließlich ihrer Machtmittel bedroht sehen kann. Da sich niemand bezüglich der Intentionen und Machtmittel des anderen sicher sein kann, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit eines Krieges, sei es weil die einzelnen Staaten ihre jeweils eigene Position verbessern wollen oder weil diese aus der Angst heraus agieren, um sich zu verteidigen. Die Gefahr, die Macht des anderen falsch einzuschätzen, ist in einem bipolaren System vergleichsweise geringer, weswegen ein Machtgleichgewicht leichter herzustellen und aufrechtzuerhalten ist. In einem unipolaren System hingegen stellt der Hegemon für alle anderen Staaten eine klare Bedrohung dar, so dass es häufiger zu gegenmachtbildenden Maßnahmen kommt (Schörnig 2006: 75f) und die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen steigt.

Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes wird das internationale System von einer unipolaren Machtverteilung charakterisiert. Und während zahlreiche Wissenschaftler wie Pape zu Beginn der 1990er Jahre noch davon ausgingen, dass sich alsbald Groß- und Mittelmächte gegen die USA verbünden und die unipolare Ordnung durch eine neue, möglicherweise diffusere Ordnung ablösen würden, deuten die Entwicklungen der letzten Jahre darauf hin, dass sich die internationale Ordnung nicht in der unmittelbaren Zukunft in eine bi- oder multipolare wandeln wird. Mögliche Herausforderer des Unipols sind momentan weder im Alleingang, noch im Kollektiv in der Lage die Vereinigten Staaten von Amerika mit militärischen Mitteln zu konfrontieren und deren Überlegenheit in militärischen, strategischen und technologischen Bereichen durch andere Fähigkeiten auszugleichen (Pape 2005: 9).

Balancing muss aber nicht immer unbedingt auf der Ebene militärischer Machtmittel stattfinden. Im Zuge von weiteren Strategien der Gegenmachtbildung können Staaten auch versuchen, mit „weichen“ Mitteln (*Soft-Balancing*) den Einfluss der Großmacht zu begrenzen. Das *Soft-Balancing* setzt dabei besonders auf die Wirkung von diplomatischen Vereinbarungen, internationalen Institutionen und wirtschaftlicher Staatskunst, um die

unilateralen Handlungen der USA zu unterminieren oder zumindest einzuschränken. Soft-Balancing kombiniert somit Elemente des strukturellen Ausgleichs von Macht von Waltz (*Balance of Power* - BOP) und der Ausgleichsbemühungen aufgrund von Bedrohung von Walt (*Balance of Threat* - BOT). Sowohl Waltz, als auch Walt nutzen Balancing um die potentielle Macht des Hegemons einschränken zu können (Brooks/Wohlforth 2005: 78).

2.2.3 Soft-Balancing

Ein unipolares System bedeutet grundsätzlich, dass es nur eine Supermacht gibt, die sicherer und stärker als andere Staaten ist und somit nicht erfolgreich von diesen angegriffen und in internationalen Verhandlungen überstimmt werden kann. Das heißt aber nicht, dass der Unipol immun gegenüber dem Balancing-Verhalten anderer Staaten ist. Dennoch gestaltet sich eine Politik des Balancing gegenüber der Supermacht als ausgesprochen schwierig, da eine wirksame Oppositionsmacht eine Vielzahl anderer Mächte inkludieren müsste und aufgrund dessen schwer zu koordinieren beziehungsweise zusammenzuhalten wäre. Es käme auf jeden einzelnen Unterstützer an und die geringste Fehleinschätzung bezüglich Vertrauenswürdigkeit und Standhaftigkeit könnte zum Scheitern des Gesamtprojekts führen (Pape 2005: 9). Schwierig gestaltet sich der Versuch der Gegenmachtbildung auch deshalb, da potentielle Unterstützer fürchten, allein durch die bloße Allianzbildung ihre nationale Sicherheit zu gefährden. Sie wollen durch die Allianzpartner Unterstützung und Sicherheit erreichen und beabsichtigen nicht die Provokation der Supermacht zu militärischen, politischen oder ökonomischen Sanktionen, weil sich diese nun bedroht sieht. Besonders der militärischen Stärke des Hegemons sind diese Staaten nicht gewachsen. Aus diesem Grund, und da andere Großmächte sich nicht in ihrer Souveränität und Sicherheit durch die USA gefährdet sahen, gab es seit dem Ende der 1980er Jahre keinen nennenswerten Versuch von Staaten des Aufbaus einer Gegenmacht zur Großmacht USA. Die Strategien des Hard-Balancing wurden stark vernachlässigt (Paul 2005: 47, 71).

Nach Ende des Kalten Krieges und mit dem Wegfall eines konkurrierenden Gesellschaftssystems konnten die USA sowohl ihre wirtschaftliche, als auch politische Macht relativ unangefochten ausbauen und festigen, so dass es ihnen möglich war ihre militärischen Interessen und eine unilaterale Politik zu verfolgen. Die Mehrheit der Staaten sah sich aufgrund der als unbedrohlich wahrgenommenen Intentionen der USA, gemeinsamer Überzeugungen und vor dem Hintergrund der wahrgenommenen Sicherheit nicht zum Balancing gezwungen. Dies änderte sich grundlegend mit dem Einmarsch der USA in den Irak, die Reaktion der US-Amerikaner auf die Terroranschläge vom 11. September 2001. War

bis dahin die Zahl jener Staaten, die der US-amerikanischen Interventionspolitik kritisch gegenüberstand geringer⁴, so wuchs seither die Ablehnung in der internationalen Staatengemeinschaft vehement und Soft-Balancing-Tendenzen entwickelten sich.

In der Kosten-Nutzen-Kalkulation der Staaten hat das Soft-Balancing gegenüber dem Hard-Balancing eine Reihe von Vorteilen: Zunächst einmal erweisen sich die Koalitionen nicht in allen Fragen als absolut belastbar. Führen unterschiedliche Auffassungen zu einem abweichenden Handeln, sind die Auswirkungen in Bezug auf die Maßnahmen des Soft-Balancing nicht so gravierend. Zum Anderen führen die Maßnahmen des Soft-Balancing nicht so schnell zu konfrontative Konfliktsituationen. Sie sind eher auf die Störung von militärischen, unilateralen oder auch aggressiven Machtansprüchen gerichtet. Die Politik des Soft-Balancing verfolgt das Ziel, der Hegemonialmacht, die Nutzung seines überlegenen Potentials zu erschweren. Der politisch Unterlegene nutzt dabei Methoden der indirekten Einflussnahme, im Gegensatz zu einer Politik des Hard-Balancing. Der politische Widersacher wird also nicht direkt mit militärischen Mitteln zur Durchsetzung einer Machtposition konfrontiert, sondern mit den „weichen“ Methoden.

Zu den „weichen“ Balancing-Methoden kann die Verweigerung oder Einschränkung eingeräumter Rechte zur Gebietsnutzung in den Bereichen Boden, Luft oder Wasser zählen. Dabei kann es beispielsweise zu einer Einschränkung von Überflugrechten, der Entziehung von zur Nutzung für militärische Zwecke überlassenen Territorien oder auch die Verweigerung des Zugangs zu natürlich Ressourcen erfolgen, wie etwa Wasser. Zu den Soft-Balancing-Methoden zählen auch die Möglichkeiten der strategischen Gestaltung diplomatischer Beziehungen. In solchen Fällen bleibt beispielsweise die diplomatische Unterstützung für bestimmte Anliegen mächtigerer Staaten aus oder führt zu einer Behinderung der geplanten Politik. Unter Soft-Balancing versteht man auch, dass regionale Wirtschaftskooperationen unter Ausschluss der Großmacht gegründet werden. Diese verfolgen das Ziel, den wirtschaftlichen Erfolg des in seinen Ressourcen überlegenen Hegemons durch die Erstarkung der Gegner der Bedrohung zu hemmen. Diese Bemühungen können zur gezielten Unterstützung der Feinde einer bedrohlich erscheinenden Großmacht führen. Selbst das Signal der Bereitschaft eine entsprechende Allianz zu gründen, kann als Soft-Balancing-Maßnahme gewertet werden (Pape 2005: 36, 126).

⁴ In der Zeit zwischen dem Kalten Krieg und dem 11. September 2009 gab es zahlreiche Situationen, in denen sich immer wieder Staaten von den USA bedroht gefühlt haben und die US-amerikanischen Intentionen und Interventionen keineswegs als selbstlos und positiv empfunden wurde. Da diese Arbeit jedoch einen begrenzten Umfang hat, können nur ausgewählte und für die Arbeit zentrale Aspekte aufgezeigt werden, weshalb diese Fakten nicht aufgeführt werden.

Thazha Varkey Paul geht davon aus, dass Soft-Balancing unter folgenden Bedingungen stattfindet: Erstens, wenn die Machtposition und das militärische Verhalten des Hegemons besorgniserregend sind, er aber die Souveränität von schwächeren Machthabern noch nicht ernsthaft in Frage stellt. Zweitens, wenn der dominante Staat die Hauptquelle von öffentlichen Gütern im Wirtschafts- und Sicherheitssektor darstellt und nicht einfach ersetzt werden kann und drittens, wenn der dominante Staat nicht ohne weiteres Vergeltung üben kann, da entweder die Balancing-Anstrengungen anderer Staaten nicht offenkundig sind oder da sie seine Machtposition nicht mithilfe von militärischen Mitteln infrage stellen⁵ (Paul 2005: 59). Soft-Balancing basiert also oft auf begrenzter Waffenausrüstung, enger Zusammenarbeit in regionalen oder internationalen Institutionen und einer verstärkten Kooperationsbereitschaft unter den Staaten. Genau diese Faktoren können sich aber auch zum Hard-Balancing entwickeln (Brooks/Wohlforth 2005: 73), je nachdem wie stark Soft-Balancing betrieben wird, können sich durch die verstärkte Behinderung die Kosten der Großmacht erhöhen, was sich wiederum auf ihre stärksten Ressourcen, die wirtschaftliche und auch militärische Kraft, auswirken kann (Pape 2005: 10). Stephen Walt warnte folgendermaßen vor der gravierenden Wirkung, die Soft-Balancing haben kann:

„Successful soft-balancing today may lay the foundations for more significant shifts tomorrow. If other States are able to coordinate their policies so as to impose additional costs on the United States or obtain additional benefits for themselves, then America’s dominant position could be eroded and its ability to impose its will on others would decline” (Walt 2004: 17).

Pape und andere Wissenschaftler kommen auch zu dem Schluss, dass die ersten Versuche des Soft-Balancing bereits eingesetzt haben, und bis die USA nicht radikal ihren Kurs wechselt, es weiterhin zum Gebrauch internationaler Institutionen, wirtschaftlicher Druckmittel und diplomatischen Manövrierens kommen wird, um deren Vormachtstellung abzuschwächen (Pape 2005: 41). Der daraus entstehende Unterstützungsschwund der Großmacht, sowie die zunehmenden antiamerikanischen Ressentiments in der internationalen Staatengemeinschaft schränken die unilateralen Handlungsoptionen der USA ein.

⁵ Originalzitat: „Soft-balancing behavior occurs under the following conditions: first the hegemon’s power position and military behavior are of a growing concern but do not yet pose a serious challenge to the sovereignty of second-tier powers, second the dominant state is a major source of public goods in both the economic and security areas that cannot simply be replaced, and third the dominant state cannot easily retaliate either because the balancing efforts of others are not overt or because they do not directly challenge its power position with military means (Paul 2005:59)“

3 Von der Entdeckung bis in die Gegenwart

Im Mittelpunkt dieses Kapitels steht ein kurzer historischer Abriss der lateinamerikanischen Geschichte. In den historischen Zusammenhängen sind die ersten entscheidenden Anstöße für die späteren Tendenzen der Gegenmachtbildung zu suchen. Bereits in der Vergangenheit begründete Beziehungsgeflechte und gesammelte Erfahrungen strahlen auf die prozesshaften Veränderungen in den internationalen, für den Subkontinent entscheidenden, Machtgefügen aus und bilden die Grundlage für die aktuelle Politik der südamerikanischen Staaten. Der zweite Teil dieses Kapitels widmet sich den aktuellen Verhältnissen in Lateinamerika. Es dient dem Versuch, die Entwicklung von der ehemaligen Kolonie über die beeinflussbaren Entwicklungsländer hin zu sich emanzipierenden und aufstrebenden Staaten als Teil eines erstarkenden Bündnisses nachvollziehbar zu machen und folgend das Potential zur Gegenmachtbildung zu beschreiben.

Der Überblick über die historische Entwicklung kann nur ein grober sein, der alle Punkte vernachlässigt, die nicht in einem direkten Zusammenhang zur Fragestellung stehen. Gleiches gilt für die Analyse der aktuellen Situation.

3.1 Allgemeines zum historischen Werdegang Südamerikas

Nachdem Christoph Kolumbus 1492 Lateinamerika⁶ entdeckte, eroberten die Spanier und Portugiesen bis zum 16. Jahrhundert den gesamten Kontinent (Quintana Martínez 1999: 15ff.). War die Region zunächst vor allem für Entdecker, Forscher und Religionsflüchtlinge interessant, so geriet Lateinamerika⁷ schon bald vor allem in den ökonomischen Fokus, der in Europa Einflussreichen und Mächtigen⁸. In kurzer Zeit offenbarte sich diesen die schier unerschöpflich scheinenden Möglichkeiten der Bereicherung und Gewinnmaximierung. So wurde der Subkontinent über drei Jahrhunderte zum Ausbeutungsobjekt der europäischen Kolonialmächte. Egal ob Gold, Zuckerrohr, Kaffee oder indigene Sklaven als billige

⁶ Der Begriff Lateinamerika wurde erstmals 1856 von Torres Caicedo formuliert und somit erst ab dem 19. Jahrhundert offiziell verwendet. Obwohl in der Arbeit deshalb zunächst von Hispano- und Iberoamerika oder dem lusitanischen Amerika die Rede sein müsste, wird zur besseren Übersichtlichkeit gleich von Lateinamerika gesprochen (Kaller-Dietrich, Mayer 2005: 1).

⁷ Im historischen Teil dieser Arbeit wird die Geschichte Gesamt-Lateinamerikas behandelt, da die historische Entwicklung der mittel und südamerikanischen Staaten nicht voneinander zu trennen ist. Da sich die Arbeit ab Kapitel vier auf die Gegenwart und moderne Bündnisse konzentriert, steht nicht mehr Lateinamerika, sondern Südamerika im Vordergrund. Somit wird erst von Lateinamerika, später von Südamerika gesprochen.

⁸ „Lateinamerika ist in erster Linie ein politisch, teilweise auch kulturell definierter und verwendeter Begriff, der dazu dient, die spanisch- und portugiesischsprachigen Länder Amerikas gegenüber Angloamerika abzugrenzen. Aufgrund der Überschneidung mit anderen Begriffen und verschiedener Varianten der Untergliederung sind mehrere Verwendungen und Bestimmungen möglich“ (Gärtner 2007: 5).

Arbeitskräfte, die lateinamerikanischen „Ressourcen“ vergrößerten den Reichtum der Kolonialmächte enorm.

Die politische Macht übernahmen zunächst die vom König eingesetzten Spanier beziehungsweise die Portugiesen, während die in Lateinamerika geborenen Kreolen – die spanischstämmigen aber in Südamerika geborenen Nachfahren der Konquistadoren – nur wenig Einfluss, kaum Anerkennung sowie politische und wirtschaftliche Beteiligung erlangten (Kaller-Dietrich/Mayer 2005). Im 18. Jahrhundert entwickelten die Kreolen zunehmend ein immer größeres Selbstbewusstsein, welches gekoppelt an den Wunsch nach ökonomischer Unabhängigkeit zur treibenden Kraft der Unabhängigkeitskämpfe wurde. Die großen politischen Veränderungen und Ereignisse der gesamten Epoche trugen durch ihre Vorbildwirkung das ihre dazu bei: Der nordamerikanische Unabhängigkeitskrieg, aber auch die Französische Revolution und die mit ihr einhergehenden politischen und militärischen Konsequenzen für das Mutterland, ermutigten die spanischen Kolonien sich aufzulehnen und ihre Unabhängigkeit einzufordern (Pieper 2004: 18).

Die Loslösung vieler lateinamerikanischer Staaten vom spanischen Mutterland, die zwischen 1810 und 1824 erfolgte, hatte nicht nur die Abkehr von der zentralistischen Macht Madrids zur Folge, sondern auch ein tiefes Misstrauen gegenüber jeder Form von regionaler Kooperation. Lateinamerika zerfiel mit der Unabhängigkeit in eine Vielzahl von Staaten (Korthoff 2005: 55). Die ausgerufenen Republiken gründeten sich auf Verfassungen, die sich an denen Frankreichs und Nordamerikas orientierten. Die unkritische Übertragung und fehlende Berücksichtigung der regionalen Verhältnisse führte in der Konsequenz zu politischer Instabilität, die den Widerspruch und Widerstand der Mehrheitsgesellschaft herausforderte und von Eliten der Gesellschaft nicht akzeptiert wurde (Tobler 2009: 13f). Einer der bedeutendsten Unabhängigkeitskämpfer, Simón Bolívar, erkannte das Problem frühzeitig und versuchte den Auflösungserscheinungen und dem gesellschaftlichen Niedergang entgegenzuwirken. 1826 organisierte er den „Ersten Kongress der Amerikanischen Staaten“ und stellte dort seine Idee von einer großen Allianz als Vorstufe eines Staatenbundes inklusive Verfassung vor. Bolívars Bestrebungen waren auf die politische Mobilisierung und Selbstbestimmung des lateinamerikanischen Kontinents gegenüber den europäischen und dann auch nordamerikanischen Hegemonialmächten gerichtet (Kahle 1981: 41). Letztendlich förderten seine programmatischen Schriften nach europäischem Vorbild in weiten Teilen Südamerikas das militärische Vorgehen gegen die spanische Herrschaft, das angestrebte Ziel, die nachhaltige Konföderation Lateinamerikas, entstand jedoch nicht (Hausberger 2004: 122).

Brasilien nahm im Verlauf der südamerikanischen Geschichte immer wieder eine Sonderstellung ein. Sie soll an dieser Stelle aber nur kurz erläutert werden. Im Gegensatz zu den Ländern des hispanoamerikanischen Teils Südamerikas erlangte Brasilien seine Unabhängigkeit über die Entwicklung einer föderativ politischen Struktur. Gefördert wurde diese Entwicklung durch besondere ökonomische Interessen und die ohnehin bereits bestehende relativ große politische und auch wirtschaftliche Autonomie gegenüber der portugiesischen Krone. Darüber hinaus begann der Weg in die politische Unabhängigkeit Brasiliens vergleichsweise spät. Aufgrund der unterschiedlich verlaufenden Entwicklungen im hispano- und im luso-amerikanischen Teil Lateinamerikas, gab es lange Zeit keine Verbindung zwischen den sich vehement vom spanischen Mutterland emanzipierenden Staaten und dem weiterhin eng mit dem Mutterland verbundenen Brasilien. Grundsätzlich fehlte es an Initiativen und Motiven zur Förderung einer gesamtlateinamerikanischen Konföderation (Mols 1996: 122).

Die Zeit der Unabhängigkeitskriege war in Hispanoamerika von großen innenpolitischen Unruhen gekennzeichnet. Auf der Suche nach Stabilität wandte sich ein Teil der lateinamerikanischen Staaten Unterstützung suchend an Europa. Die Idee eines neuen Protektorats fand auf dem alten Kontinent jedoch kaum Befürworter (Kahle 1981: 38f, 44ff). Die europäischen Interessen orientierten sich eher auf einen wirtschaftlichen als auf einen sicherheitspolitischen Einfluss. Es ging um die Kontrolle der südamerikanischen Märkte. Die Regierungen und Wirtschaftskreise Europas nährten in sich die Hoffnung, derartig von der wirtschaftlichen und politischen Zwangslage der Staaten Südamerikas zu profitieren, dass ihnen in der Folge die Überflügelung ihres schärfsten Konkurrenten – die aufsteigenden USA – gelingen würde. Dieses Vorhaben gelang nicht und so konnten die USA im 19. Jahrhundert in Lateinamerika ihre beispiellose Expansionspolitik beginnen. Zwei ideologische Kurzformeln wurden zur Rechtfertigung dieses Expansionskurses herangezogen: Zum Einen die 1823 formulierte Monroe-Doktrin⁹, die mit den Worten „Amerika den Amerikanern“ letztendlich den Hegemonialanspruch auf den Doppelkontinent manifestierte (Dietrich 2004: 136) und zum Anderen das „Manifest Destiny“. In diesem Text definierten die USA ihre Ansprüche auf die Erschließung und Ausnutzung des Subkontinents quasi als gottgegebenes Recht (Kaller-Dietrich/Mayer 2005). Die Monroe-Doktrin erwies sich im Nachhinein als wichtiger und noch heute bestimmender Eckpfeiler der amerikanischen Lateinamerika-Politik. In einer Zeit der politischen Neuordnung auf dem Kontinent und der weiterhin in Europa

⁹ Die Monroe-Doktrin wurde vom damaligen US-Präsidenten James Monroe formuliert und zeigte die langfristigen Vorhaben der US-amerikanischen Außenpolitik auf.

massiv verfolgten kolonialpolitischen Interessen und Intentionen warnte der fünfte amerikanische Präsident James Monroe die Weltmächte Europas unmissverständlich vor jeder Form von Rekolonialisierung. Jeder Versuch macht- und wirtschaftspolitischer Einflussnahme auf dem amerikanischen Kontinent würde als friedensgefährdender Akt interpretiert und bekämpft werden. Monroes Proklamation gipfelte in dem Satz: „Amerika den Amerikanern“ (Meisterle 2005: 1). Mit dem Ausbleiben jeder Form von Gegenwehr von Seiten Europas begann letztendlich eine neue Ära in der Geschichte Lateinamerikas. Im Laufe der Jahre veränderte sich diese Richtlinie für die amerikanische Außenpolitik. Die nachfolgenden Präsidenten der USA, insbesondere Theodore Roosevelt, nutzten beide Doktrinen zur Legitimation raumgreifender amerikanischer Einflussnahme in der Region. Immer wieder nutzten amerikanische Politiker insbesondere die Monroe-Doktrin, zur Interessenswahrung und Durchsetzung auf dem Kontinent. Mit dem Verweis auf die nationale Sicherheit der USA wurden seither immer wieder auch militärische Interventionen legitimiert, insbesondere im Verlauf des Kalten Krieges.

In den südamerikanischen Staaten hatte man diesem machtpolitischen Selbstverständnis der prosperierenden USA wenig entgegenzusetzen. Als Reaktion auf diese Entwicklung näherten sich die Südamerikaner wieder stärker an Europa an und wünschten sich wieder unter europäisches Protektorat (Kahle 1981: 38f). Nach der Absage Europas gerieten die Staaten Lateinamerikas zu „bloßen Objekten der Weltmacht“ (Kahle 1981: 42). Mit der Weltwirtschaftskrise zu Beginn des 20. Jahrhunderts verstärkte sich dieser Zustand und zog nicht nur ökonomische, sondern auch dramatische politische Entwicklungen, wie den Aufstieg des Faschismus und auch das Aufflammen sozialer und revolutionärer Bewegungen weltweit, nach sich.

Der Kontinent, seit dem 19. Jahrhundert Primärgüterlieferant für die Alte Welt, wurde mit der Weltwirtschaftskrise 1929 vom Weltmarkt regelrecht ausgeschlossen. Südamerika stürzte infolgedessen sowohl in eine Schulden-, Außenhandels- und Wachstumskrise, als auch in eine politische Krise. Die Exportabhängigkeit der Staaten wurde als fundamentales Problem identifiziert und südamerikanische Ökonomen und Wirtschaftspolitiker entwickelten binnenmarktorientierte, importsostituierende Industrialisierungsstrategien um dieser Situation zu entfliehen. Getragen wurde dieser Wandel von nationalistisch-populistischen Regimen (Kaller-Dietrich 2005: 2), die diktatorisch und höchst protektionistisch bis in die 1980er Jahre herrschten.

Noch gravierendere Folgen hatte die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstandene neue internationale Ordnung auf die Entwicklung Lateinamerikas. Die Reintegration in den

Weltmarkt offenbarte die überlegene Wettbewerbsfähigkeit der Industrieländer erneut (Bernecker 2004: 68f). Sowohl der Ost-West- als auch der Nord-Süd-Konflikt prägte die Region negativ. Die lateinamerikanischen Staaten, bisher unterschiedlich starke Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft, wurden in der Konsequenz des Nord-Süd-Konflikts unterschiedslos der Kategorie der Entwicklungsländer zugeordnet. Im Ost-West-Konflikt wurden sie als *bargaining-chips* instrumentalisiert, und dienten der Balance of Power der Supermächte. Linksgerichtete politische Tendenzen und auch jede Form von politischem Kontakt zu den Ostblock-Staaten wurde von den westlichen Führungsmächten dementsprechend misstrauisch betrachtet.

Ein großes Interesse der lateinamerikanischen Staaten lag bei der Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit ihrer Industrie auf dem Weltmarkt. Der politische Protektionismus wurde deshalb durch Maßnahmen gezielter Wirtschaftspolitik ergänzt: Zölle spürbar gesenkt, eine Freihandelszone eingerichtet, die lokalen Industrien zunehmender Konkurrenz ausgesetzt und schließlich sollte eine eigenständige Technologieentwicklung die bessere Anpassung der Produktionsprozesse an lokale Bedingungen bewirken (Bernecker 2004: 72).

Die existentiellen Wirtschaftsprobleme entzogen den populistischen Bündnissen jedoch langsam die Basis. Es begann eine Phase sozialer und politischer Auseinandersetzungen, die neben der langen Zeit der Militärputsche und Diktaturen zwischen 1965-1985 und der „Década Perdida“¹⁰ in den 1980er Jahren charakteristisch für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika werden sollte. In den 1960er Jahren gab es deutliche Bestrebungen zur lateinamerikanischen Integration, die auf eine verstärkte Einflussnahme auf das internationale System zielten (Mols 1996: 123).

Während des Kalten Krieges rangen die beiden Supermächte Sowjetunion und USA unübersehbar um mehr Einfluss in Lateinamerika. Die USA wollten keine kommunistische Infiltration in Lateinamerika riskieren und unterstützten daraufhin rechte Strömungen mithilfe politischer und militärischer Interventionspolitik. Der Militärputsch in Chile im Jahre 1973 ist dabei nur ein Beispiel.

Zu dieser Zeit war das internationale System eindeutig bipolar ausgerichtet und laut neorealistischer Analyse betrieben die weniger mächtigen Staaten in dieser Phase eher eine Politik des Bandwagoning als des Balancing. In vielen westeuropäischen Staaten wuchs in den 1980er Jahren das Interesse an den Vorgängen auf dem südamerikanischen Subkontinent. In dieser Dekade wurde eine Reihe von langjährigen Militärdiktaturen entmachtet und durch

¹⁰ Übersetzung von „Década Perdida“ ist verlorenes Jahrzehnt.

demokratische Regierungen ersetzt. Die Demokratien Europas unterstützten den Prozess aktiv, auch um den eigenen Einfluss wieder auszubauen.

Die 1990er Jahre standen in Südamerika wirtschaftlich und politisch ganz im Zeichen der Liberalisierung, Privatisierung und einer neuen starken Integrationsdynamik. Einerseits sollte damit der neu entstandenen Weltordnung politisch begegnet, andererseits infolge des verschärften globalen Wettbewerbs Gewinne aus der Integration mit anderen Staaten gezogen werden (Korthoff 2005: 54).

In den letzten Jahren hingegen hat sich Lateinamerika politisch ausdifferenziert. Die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den Staaten sind größer geworden. Andererseits gibt es zunehmend politische und wirtschaftliche Verknüpfungen zwischen den Staaten, was sie zusammenrücken lässt. In der Konsequenz präsentieren sie sich völlig anders als zu Kolonialzeiten.

3.2 Ein Blick auf das heutige Südamerika

Bevölkerung

Gegenwärtig leben zirka 6,8 Milliarden Menschen auf der Erde, davon 386 Millionen (5,7% der Weltbevölkerung) in Südamerika¹¹ (DSW Länderdatenbank 2009). Die Bevölkerungsverteilung Südamerikas gestaltet sich dabei sehr asymmetrisch. Fast 50 Prozent der Bevölkerung Lateinamerikas leben in Brasilien, 12 Prozent in Kolumbien, 10 Prozent in Argentinien und nur sieben Prozent in Venezuela. Die kleinsten und auch bevölkerungsärmsten Länder Südamerikas sind Paraguay und Uruguay mit 1,6 % und 0,8 %¹². Die südamerikanische Gesellschaft ist multikulturell. Die deutlichen Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur gehen dabei auf die historische Entwicklung der Staaten zurück. So kam es während der Kolonialzeit in vielen Regionen neben dem Bevölkerungszuwachs durch Spanier und Portugiesen zu einer radikalen Dezimierung der prähispanischen Ureinwohner, zur Migration von Millionen afrikanischer Sklaven und in der Folge zum Aufeinandertreffen verschiedenster Bevölkerungsgruppen, zur ethnischen Differenzierung und somit zur Entstehung neuer Gruppen (Hensel 2004: 77). Über einen sehr langen Zeitraum begriffen sich die Einwohner der kolonialen Herrschaftsgebiete weniger als Einheit. Heute sind sie sich der integrativen Impulse der gemeinsamen Sprache, Religion, Kolonial- und Verwaltungsstruktur

¹¹ Definition ‚Südamerikas‘: In dieser Arbeit werden unter Südamerika oder südamerikanische Staaten alle Länder Südamerikas verstanden, außer Französisch Guyana, das noch heute ein Überseedepartement und somit ein Teil Frankreichs ist.

¹² Darstellung nach eigener Berechnung auf Grundlage der DSW Länderdatenbank 2009.

(Pietschmann 1981: 62) sehr wohl bewusst und begreifen sich nicht mehr nur als Mehrheit, sondern mittlerweile als Gesamtheit.

Trotz unterschiedlicher Ethnien zählen die christliche Religion und die spanische Sprache zu den dominanten kulturellen Merkmalen Südamerikas. Allein in Brasilien hat sich die portugiesische Sprache durchgesetzt.

Auch in den vergangenen Jahrzehnten sind die Bevölkerungszahlen in Lateinamerika stetig gestiegen. Allerdings fallen die Wachstumsraten deutlich schwächer aus. Dadurch haben sich die Entwicklungschancen der Staaten und der Individuen letztendlich verbessert. So sind etwa mit dem gestiegenen Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung auch die Höhe der Rücklagen und die Höhe der Investitionen gestiegen. Die positiven Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung der Region liegen auf der Hand (UNFPA 2002: 20ff).

Wirtschaftliche Trends

Die internationale Gemeinschaft charakterisiert Südamerika seit langem als Entwicklungsregion, die zum Teil signifikanten Veränderungen unterworfen ist. Die im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte registrierten positiven Verläufe und Trends entsprechen oft noch lange nicht europäischen Standards und sind auch nicht in jedem Land Südamerikas spürbar oder gleich ausgeprägt. Sie veranlassen aber insgesamt zu einer positiven Prognose bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung.

So kategorisiert beispielsweise der Human Development Index 2009 die meisten der südamerikanischen Staaten in den Bereich der hochentwickelten Staaten mit einem HDI¹³ zwischen 0,8 bis 0,89. Der Gini-Koeffizient¹⁴ – ein Mittel zur Darstellung von Ungleichverteilung von beispielsweise Einkommen oder Vermögen - liegt bei Mittelwerten von 50 bis 60 Prozent¹⁵ (UN Development Report 2007: 55). Außerdem ist in den letzten Jahren in Südamerika ein deutliches Wirtschaftswachstum zu beobachten, was ganz im Gegensatz zu den Jahren davor steht.

Als Konsequenz aus der Verschuldungskrise von 1981 zielten die wirtschaftlichen Anstrengungen in der Mehrheit auf die Herstellung einer makroökonomischen Stabilität und

¹³ Der "Human Development Index" (HDI) kombiniert mehrere Indikatoren, wobei 1,0 den höchsten erreichbaren Wert darstellt. Diese Indikatoren sind: Lebenserwartung, Ausbildung und BIP (Bruttoinlandsprodukt). Im Einzelnen werden beispielsweise die Lebenserwartung bei der Geburt, Alphabetisierung der erwachsenen Bevölkerung und Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erfasst. Darüber hinaus enthält der jährlich von UNDP herausgegebene Human Development Report eine Vielzahl zusätzlicher Daten aus dem ökonomischen, sozialen und politischen Bereich.

¹⁴ Der Gini-Koeffizient gibt dabei eine noch präzisere Auskunft über den Entwicklungsstand eines Landes, da beim HDI lediglich Durchschnittswerte verwendet werden.

¹⁵ Im Vergleich dazu erreicht Deutschland 28,3 Prozent, die USA 40,8 Prozent und Namibia 74,3 Prozent (UN Development Report 2007/2008: 55, Table15:281).

der Ankurbelung des Wirtschaftswachstums ab. Vor diesem Hintergrund legten Internationaler Währungsfonds und Weltbank den südamerikanischen Regierungen konkrete Verpflichtungen auf, die eine möglichst niedrige Inflationsrate, einen stabilen Wechselkurs und weitgehend ausgeglichene Leistungsbilanzen vorsahen. In den ersten Jahren nach der Krise wurden die dazu notwendigen Reformen allerdings nur selten konsequent durchgeführt, sodass sich die wirtschaftliche Lage vieler Staaten weiter verschlechterte. Neben der enormen Schuldenlast verschärfen eine Importreduzierung und ein extremer Anstieg der Arbeitslosigkeit die Situation (Waldmann 1997: 42f). Gegen Ende der 1990er Jahre steckten vor allem Brasilien und Argentinien in einer schwerwiegenden Finanzkrise. Die Auswirkungen waren auch in den übrigen Staaten des Kontinentes spürbar. Schuldenlast und Inflationsraten stiegen noch einmal und insbesondere die Auslandsverschuldung wurde zunehmend zum ernsthaften Problem für die wirtschaftliche Stabilität der Staaten.

Wichtig für den wirtschaftlichen Aufschwung der Region und die Außenwahrnehmung des lateinamerikanischen Wirtschaftspotentials waren die Integrationsprozesse, die Anfang der 1990er Jahre einsetzten. Bereits 1996 entfielen rund 20 Prozent der Exporte auf den intraregionalen Handel. Das Niveau von 1980 wurde wieder erreicht (Nolte 1997: 47).

Seit 2005 zeichnete sich die lateinamerikanische Wirtschaft durch ein besonders starkes Wachstum aus. Dabei hängt sie aber noch immer extrem von den Industrieländern ab, aus denen sie Kapital importiert und in die sie Rohstoffe exportiert¹⁶. Eine erfolgreiche *Balance of Power* wird dadurch unwahrscheinlicher. Während die Industrieländer zirka zwei Drittel des Welt-Bruttoinlandsprodukts erwirtschafteten, ist ganz Lateinamerika nur mit 5,9 Prozent am globalen BIP beteiligt (Rösler 2009: 5). Allein schon aus diesem Grund wird die Rezession der Industrieländer im Jahr 2009 noch direkte Auswirkungen auf Lateinamerika haben.

Wirtschaftliche Instabilität ist nicht zuletzt auch das Resultat entsprechender politischer Verhältnisse. Mangelnde Kontinuität, politische Machtspiele und Regierungswechsel, Korruption und eine ausgeprägte Neigung zur Improvisation stellen keine optimale Basis für ein hohes Maß an wirtschaftlicher Kontinuität dar. Deshalb soll im Folgenden die politische Entwicklung Lateinamerikas näher betrachtet werden.

¹⁶ Infolge der globalen Nachfrage nach Rohstoffen sollte der südamerikanische Subkontinent aufgrund seines Ressourcenreichtums prinzipiell zu den Nutznießern dieser Entwicklung zählen. Doch allein die starke Nachfrage nach den Ressourcen ist nicht ausreichend für ein gesichertes Wachstum. Die Kluft zwischen dem Reichtum durch Bodenschätze und der Armut der Bevölkerung in diesen Ländern wird auch als Fluch der Rohstoffe bezeichnet. Denn es gelingt den südamerikanischen Ländern nicht genügend aus den Rohstoffexporten zu profitieren. Um unabhängiger von den Industrienationen zu werden, muss die eigene Produktion von Konsumgütern angekurbelt werden, um von der reinen Rohstoffproduktion wegzukommen. Dennoch sorgt der Ressourcenboom schon heute für ein neues Selbstbewusstsein unter den südamerikanischen Ländern, denn aufgrund ihrer Ausstattung mit den begehrten Rohstoffen, haben sie eine bessere Position bei internationalen Verhandlungen.

Politische Entwicklungen

Waren die Jahre zwischen 1965-1985 eine Periode der Diktaturen und Militärregime, so kann man die Zeit danach als Phase der Demokratisierung ansehen. Allerdings ist der Demokratisierungsprozess bis heute noch nicht komplett abgeschlossen.

Viele der neuen demokratischen Regierungen sahen sich bei ihrem Amtsantritt mit massiven wirtschaftlichen Problemen konfrontiert zu deren Bewältigung neoliberale Reformen in fast allen Staaten Südamerikas eingeleitet wurden. Diese Reformen und die damit entstehenden Umbrüche und Krisen schwächten und veränderten das Parteiensystem erneut und erschütterten das Vertrauen der Wähler. Bis heute erhalten die politischen Parteien lateinamerikanischer Staaten in Umfragen durchgehend niedrige Vertrauenswerte, dennoch sind sie unverzichtbar für die Festigung der ohnehin noch immer krisenanfälligen südamerikanischen Demokratiesysteme (Nolte 1997: 60).

Allein zwischen 1990 und 2005 wurden insgesamt 30 große politisch-institutionelle Krisen für Südamerika registriert, darunter fünf Staatsstriche und zahlreiche unerwartete Präsidentenrücktritte, bei denen in mindestens 19 Fällen das Militär der Urheber war (Nolte 2005: 91) und das obwohl das Militär seit den 1990er Jahren signifikant an Macht und Bedeutung verloren hat. War im Lateinamerika des 20. Jahrhunderts der Staatsstreich fast die normale Form des Machtwechsels, so sieht das heute anders aus. Doch noch immer gibt es Versuche den Machtwechsel durch einen Militärputsch zu bewirken, wie der vom Militär gesteuerte Staatsstreich gegen Präsident José Manuel Zelaya in Honduras im Juni 2009 beweist. Vor dem Hintergrund neuer Bedrohungen etwa durch den Terrorismus, dem dramatischen Anstieg der Kriminalitätsraten und dem allgemeinen Abbau der Sicherheit im Alltag (Tobler 2004: 53) zeigen sich neue Tendenzen eines erneuten innenpolitischen Machtzuwachses der Militärs.

Die fortgeschrittenen Demokratisierungsprozesse zeigen sich zwar im Hinblick auf die Grundrechte der Bürger oder bei der wechselseitigen Kontrolle der politischen Gewalten. Die weiterhin offensichtlichen Korruptionsfälle, willkürlichen Verfassungsänderungen¹⁷ und massiven Ungerechtigkeiten beziehungsweise Ungleichheiten unter den Bürgern lassen das Vertrauen in die Landesregierung und Demokratie jedoch nicht erstarren. In der Konsequenz kommt es immer wieder zu radikalen politischen Wechsell.

In der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts zeichnete sich in Südamerika ein Trend zur Wahl populistischer und linksgerichteter Politiker mit den verschiedensten Politikstilen ab.

¹⁷ Der linksgerichtete venezolanische Präsident Hugo Chávez setzte im Februar 2009 die Verfassungsänderung durch und kann nun unbegrenzt zur Wiederwahl antreten.

Wirtschaftspolitisch treten die neuen linken Politiker für eine stärkere Kontrolle des Staates und für die Nationalisierung ausländischer Unternehmen ein. Dabei versuchen sie oft die Gewaltenkontrolle auszuhebeln, verfolgen einen meist populistischen Regierungsstil mit plebiszitären Elementen und einem bewussten Freund-Feind-Denken, was sich häufig gegen frühere politische Führungsschichten, aber auch gegen momentane Entscheidungsträger im Ausland richtet. Von einem ausgesprochenen Linksruck kann man aber auch tatsächlich nur für Südamerika sprechen. In Zentralamerika finden sich nach wie vor auch Politiker aus dem Mitte-Rechten-Spektrum in Regierungsverantwortung.

Zu den zentralen Herausforderungen der lateinamerikanischen Demokratien zählen noch immer die weit verbreitete Armut, die großen Einkommensunterschiede und die steigende Kriminalität. Noch ist die tatsächliche Stabilität der Demokratie nicht gegeben und wer der Bevölkerung die dringend benötigte soziale Unterstützung verspricht oder auch angedeihen lässt, wird mit Wählerstimmen belohnt.

4 Bisherige südamerikanische Bündnisbemühungen

Auf der Grundlage der verschiedenen historischen Erfahrungen entwickelten sich in den Staaten des Subkontinents ab 1960 vermehrt Bemühungen um regionale Integrationsansätze. Sowohl der mühsame Kampf um Unabhängigkeit vom spanischen beziehungsweise portugiesischen Mutterland, als auch die starke politische und kulturelle Einflussnahme durch die USA und die sich international wandelnden politischen Machtverhältnisse, machten den politischen Kräften in den südamerikanischen Staaten die unumgängliche Notwendigkeit der Eigenständigkeit immer wieder deutlich. Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Etablierung in den sich neu strukturierten internationalen Beziehungen und im Prozess der Globalisierung war anerkanntermaßen die Loslösung aus der in der Kolonialgeschichte begründeten Abhängigkeit von Europa und später den USA. Als hilfreich dafür wurden in diesem Prozess die verschiedenen Integrationsbemühungen ausgemacht, die in diesem Kapitel analysiert werden. Es handelt sich um wirtschaftliche Integrationsbündnisse, die Soft-Balancing-Strategien zur Durchsetzung ihrer Ziele verfolgen. Mit jedem weiteren Bündnis wird dabei deutlich, dass die Zielsetzungen zunehmend größer wurden. Die südamerikanischen Staaten bemühten sich stets um mehr Macht und somit auch Sicherheit, um an Einfluss und wachsender Unabhängigkeit von insbesondere den USA zu gewinnen.

Inspiziert von den schnell erreichten Erfolgen der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und dem damit verbundenen Aufschwung der Mitgliedsländer der EWG, gründeten sechs südamerikanische Staaten und Mexiko 1960 das erste lateinamerikanische Integrationsbündnis – die Lateinamerikanische Freihandelsassoziation ALALC (Asociación Latino-Americano de Libre Comercio). In den folgenden Jahren traten noch vier weitere subkontinentale Staaten bei und versuchten mit den Gründungsmitgliedern eine Freihandelszone zwischen den beteiligten Staaten zu schaffen. Erklärtes Ziel war die Etablierung von wirtschaftspolitischer Kooperation und Zusammenarbeit in Lateinamerika. Innerhalb der ALALC versuchten die Bündnispartner, mithilfe eines „nach innen gerichteten“ Integrationsschemas, nationale und subregionale Industrialisierungsprozesse zu verstärken, um somit das Potential eines größeren Marktes zu nutzen, die Sicherheit für den Kontinent auszubauen und die Abhängigkeit von außen auf der Grundlage einer aufstrebende Wirtschaft zu verringern (Schuster 2005: 51).

Letztendlich scheiterten die ALALC-Mitgliedsländer an der Diskrepanz zwischen Vereinbarungen und Realität. Der weiterhin herrschende einzelstaatliche Protektionismus ließ alle Bemühungen um eine Freihandelszone zunichte werden. Mit zunehmender Unzufriedenheit über diesen Misserfolg intensivierte sich das Nachdenken und das Bemühen um eine modifizierte Nachfolgeorganisation: 1980 wurde die lateinamerikanische Integrationsvereinigung ALADI (Asociación Latinoamericana de Integración) gegründet. Mit ihr verbanden die Förderer der Idee die Hoffnung, den regionalen Integrationsprozess neu zu beleben und die wirtschaftliche Kooperation zu vertiefen. Die intergouvernementale Form der Zusammenarbeit diene im Wesentlichen der wirtschaftspolitischen Koordination zwischen den Vertragsstaaten und ist verantwortlich für den Abschluss weiterer internationaler Abkommen und Vereinigungen, wie den Andenpakt oder den MERCOSUR (Mercado Común del Sur). Bis heute spielt die ALADI eine wichtige Rolle bei der Artikulation und Angleichung der verschiedenen Bündnisprozesse (Ferrero Costa 1995: 158).

4.1 Andengemeinschaft

4.1.1 Entstehung und Ziele

Motiviert durch die Sorge, von den größeren Staaten der ALALC übervorteilt zu werden, und bereits zermürbt von den Verteilungskonflikten in der großen Gruppe, gründeten 1969 Bolivien, Ekuador, Kolumbien, Peru, Venezuela (ab 1974) mit der anfänglichen Unterstützung von Chile den Andenpakt. Damit entstand ein eigenes, subregionales Integrationssystem, das sich von Anfang an nicht nur als wirtschaftlichen Zusammenschluss,

sondern auch als politisches Bündnis verstand (Effner 2003: 105). Auf der Agenda standen die Initialisierung von gemeinsamen Entwicklungsprojekten, die politische Koordination, sowie integrative Zielsetzungen wie etwa die Liberalisierung des Handels zwischen den Mitgliedsländern. Alle ehrgeizig auf den Weg gebrachten Projekte, wie die Bildung einer Freihandelszone, die Gründung einer Zollunion, der abgestimmte Umgang mit ausländischem Kapital und die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik, scheiterten nach durchaus vielversprechenden ersten Schritten an immer wieder aufkommenden Interessenkonflikten einzelner Mitglieder untereinander. 1976 resignierte Chile und verließ das Cartagena-Abkommen¹⁸. 1983 war die Zusammenarbeit so schlecht, dass der intraregionale Handel fast vollständig erlag. Erst 1997 gelang mit dem Vertrag von Trujillo ein Neuanfang und aus dem Andenpakt ging die modifizierte Andengemeinschaft hervor, ein Bündnis auf dessen Grundlage sich die Region zu einem festen Bestandteil des Welthandels entwickeln sollte (Institut Iberoamerika-Kunde 1992: 130).

Die Andengemeinschaft (Comunidad Andina de Naciones = CAN) beschäftigte sich im Gegensatz zum Andenpakt nicht allein mit den Fragen der wirtschaftlichen Integration. Politische Ziele, wie die gemeinsame Außenpolitik, die Festigung der Demokratie sowie die polizeiliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit unter den Justizbehörden zur Bekämpfung organisierter Kriminalität, Korruption, Armut und Marginalisierung rückten stärker in den Vordergrund. Wirtschaftlichen Ziele wie die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes und einer gemeinsamen Agrarpolitik, die Angleichung bestimmter Rechtsvorschriften oder auch die grundsätzliche Harmonisierung der Wirtschaftspolitik wurden zusätzlich durch eine Sozialagenda ergänzt. Über diesen Weg sollten auch die Bereiche Bildung, Gesundheit, soziale Partizipation und Integration im Andenraum verbessert werden (Kuwayama 2005: 22). All diese Bemühungen waren primär auf die Stärkung und Behebung regionaler Probleme ausgerichtet. Die aktive Einflussnahme auf den internationalen Markt beziehungsweise die Loslösung von den USA zählten noch nicht zu den zentralen Themen.

Mit dem Austritt Venezuelas 2006 verlor die Andengemeinschaft nach Chile ein weiteres wichtiges Mitglied ihres Bündnisses. Heute besteht die CAN nur noch aus vier festen Mitgliedern (Peru, Bolivien, Ekuador und Kolumbien). Assoziierte Mitglieder sind Brasilien, Chile, Argentinien, Paraguay und Uruguay. Panama und Mexiko besitzen Beobachterstatus.

¹⁸ Das Abkommen von Cartagena ist die juristische Grundlage der Andenrechtsordnung und wird verallgemeinernd als Synonym für den Andenpakt verwendet.

Die Andengemeinschaft erweist sich in ihrer Grundstruktur erschüttert und die Gefahr des politischen Zerfalls ist beträchtlich gewachsen.

4.1.2 Institutioneller Aufbau

Die institutionelle Ausgestaltung der Andengemeinschaft erfolgte 1997 in enger Anlehnung an den Aufbau der Europäischen Union. Eingebettet in das Andinische Integrationssystem (SAI) sind die Organe der Andengemeinschaft zwar denen der EU nachempfunden, eine supranationale Integration wie bei der EU konnte jedoch aufgrund des starken Intergouvernementalismus nicht erreicht werden. Trotz der formalen Existenz supranationaler Organe gibt es keine Übertragung nationaler Kompetenzen auf die Gemeinschaftsebene. Die Entscheidungskompetenz verbleibt bei den Staaten, Entscheidungen können nur einstimmig getroffen werden und die Organe der CAN sind lediglich zur Unterbreitung von Empfehlungen und Vorschlägen berechtigt (Zimmek 2005: 12).

Das „*Systema Andino de Integración*“ (SAI) besteht aus zwölf Organen¹⁹, an deren Spitze der Präsidiale Rat, gebildet durch die Präsidenten der Mitgliedsstaaten, steht. Der Präsidiale Rat, dessen Vorsitz jährlich unter den Staaten wechselt, trifft sich regulär einmal im Jahr und nur nach Notwendigkeit darüber hinaus. Er definiert die politischen Richtlinien des Integrationsprozesses und beschäftigt sich mit allen Aspekten und Angelegenheiten, die mit ihm verbunden sind. Die politische Führung der Andengemeinschaft obliegt dem Rat der Außenminister. Die vier Außenminister sind im Zuge des Rates für die subregionale Integration und die Außenpolitik in der Gemeinschaft zuständig. Zudem wählen sie den Generalsekretär, der wiederum für das ausführende Organ der CAN verantwortlich ist – dem Generalsekretariat. Mit dem ständigen Sitz in Lima sorgt es für die Einhaltung des Cartagena-Abkommens. Als Beschlussorgan fungiert das Andinische Parlament, das die Bevölkerung verkörpern soll. Gesetzesvorschläge unterbreitet die Kommission, die Rechtssprechung obliegt aber dem „*Tribunal de Justicia*“ - dem Gerichtshof. Beratende Funktionen haben der Beirat für Wirtschaft und der Beirat für Arbeit. Finanzielle, soziale und gesundheits- und bildungsfördernde Aufgaben erfüllen weitere Institutionen wie die Andinische Kooperation für Entwicklung, der Lateinamerikanische Rücklagenfonds, die Sozialkonvention, die Universität Simón Bolívar und auch der Rat der Indigenen Völker - „*Consejo Consultivo Pueblos Indigenas*“ oder die andine Gesundheitsorganisation.

¹⁹ Sämtliche Informationen über die Institutionen der CAN werden dem offiziellen Internetauftritt der Andengemeinschaft entnommen, siehe <http://www.comunidadandina.org/ingles/sai/que.html>.

4.1.3 Bisherige Erfolge und Hemmnisse

Die Andengemeinschaft war zur Zeit ihrer Gründung das ehrgeizigste Projekt regionaler Zusammenarbeit Südamerikas und gleichzeitig das Projekt, das die meisten Schwierigkeiten bei der Verfolgung seiner Ziele hat.

Seit der Gründung 1969 konnten wesentliche Fortschritte bei der wirtschaftlichen und politischen Integration der Andenstaaten festgestellt werden, wenngleich dieser Prozess auch erst mit der Umgestaltung des Andenpakts zur Andengemeinschaft Ende der 1990er Jahre Form annahm. Die Mitgliedsländer engagieren sich seitdem wieder spürbar stärker für das Bündnis. Eine Freihandelszone wurde geschaffen, ein gemeinsamer Außenzoll eingeführt und die Assoziationsvereinbarungen mit den Staaten des MERCOSUR²⁰ abgeschlossen. Der signifikante Ausbau der Handelsbeziehungen unter den Mitgliedsstaaten ist ein weiterer Erfolg der Andengemeinschaft. Allerdings fällt ihr Anteil am gesamten Exportvolumen noch immer geringer aus als der des 1991 entstandenen Bündnisses MERCOSUR. Ökonomische Erhebungen belegen, dass es zu einer deutlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, Staaten der Andengemeinschaft durch die erhöhte regionale Exportquote und den verstärkten intraregionalen Handel kommen kann (SELA 2005: 15).

Nicht unbedingt ein Erfolg, aber zumindest ein weiteres Zeichen für das Bestreben der Andengemeinschaft, ist das Bemühen den Integrationsprozess breiter zu gestalten. Neben dem wirtschaftlichen Aspekt sollen nun institutionelle, soziale und kulturelle Ebenen ausgedehnt und in den Fokus der Zusammenarbeit genommen werden (Declaración de Quiramba 2004). Die Mitglieder der Andengemeinschaft haben zumindest schon theoretisch verinnerlicht, dass neben der Öffnung der Märkte und der Integration in den Weltmarkt, auch der eigenen politischen wie ökonomischen Entwicklung, sowie dem Kampf gegen Armut, Korruption und soziale Ungerechtigkeit höchste Priorität eingeräumt werden müssen (SELA 2004: 27).

Seit einigen Jahren werden zunehmend Stimmen laut, die vom faktischen Zerfall der Andengemeinschaft sprechen (Maihold/Zilla 2005: 2). Der Untermauerung dieser These dienen Verweise auf die zahlreichen Krisen der jüngeren Vergangenheit und die Verständigungsprobleme unter den Mitgliedern, die das Bündnisprojekt erschüttern und die geplanten Vertiefungsstrategien immer wieder aufhalten.

Die Andengemeinschaft stellte lange Zeit das institutionell am weitesten entwickelte Bündnis auf dem südamerikanischen Kontinent dar und verfügt zumindest auf dem Papier über ein

²⁰ MERCOSUR ist das Akronym für den gemeinsamen Markt des Südens – eine Integrationsgemeinschaft, die sich 1991 gründete und im kommenden Kapitel 4.2 näher betrachtet wird.

umfangreiches System von Gemeinschaftsorganen. Der hohe Institutionalierungsgrad steht aber im starken Gegensatz zur mangelnden Bereitschaft der Mitgliedsstaaten tatsächlich Souveränität auf die gemeinschaftlichen Instanzen zu übertragen. Folglich sind die Institutionen realpolitisch äußerst schwach, da sie keine Autonomie gegenüber den Nationalstaaten gewonnen haben. Sie sind nicht in der Lage eine integrationspolitische Eigendynamik zu entwickeln und den Vertiefungsprozess voranzutreiben (Effner 2003: 113ff). Da in der Andengemeinschaft die intergouvernementale Komponente entscheidend ist, hängt jeder Fortschritt von der Unterstützung der nationalen Regierungen ab. Trotz umfangreicher Ankündigungen und Beteuerung besteht noch heute eine enorme Diskrepanz zwischen diplomatischer Rhetorik und der tatsächlichen Bereitschaft zur Umsetzung vereinbarter Maßnahmen, ein Indiz für das fehlende Engagement der beteiligten Staaten im Integrationsprozess. Nationale Interessen genießen regelmäßigen Vorrang vor gemeinsam beschlossenen Zielen, Regeln und Absichten (Effner 2003: 115).

Weitere Probleme des andinen Integrationsprozesses sind auf innerstaatliche Faktoren zurückzuführen. So sind, wie bereits oben erwähnt, soziale Konflikte, bewaffnete interne Auseinandersetzungen, Korruption sowie die stetig wachsende Kriminalität Ausdruck der enormen Probleme der Gesellschaften. Die Nichtbewältigung dieser Konfliktpotentiale fördert den Legitimitätsverlust der demokratischen Regierungen. Neben der politischen Instabilität erschweren aber auch wirtschaftliche Krisen der Mitgliedsländer den Aufbau eines erfolgreichen regionalen Integrationsprozesses. Beispiele für die Auswirkungen dieser nationalen Krisen stellen die innenpolitischen Turbulenzen in Ekuador und Bolivien dar. Aber auch Kolumbien mit seiner US-affinen Haltung, Nähe und Orientierung dorthin wird zunehmend zu einem regionalen Sicherheitsproblem (Effner 2003: 110), das die durch den Austritt Venezuelas 2006 ohnehin schon geschwächte Gemeinschaft, sowohl politisch, institutionell, als auch ökonomisch zusätzlich hemmt (Maihold/Zilla 2005: 5). Zur Förderung stabiler demokratischer Institutionen und zur Abschwächung der Auswirkungen interner Krisen beschlossen die Mitgliedsstaaten des Bündnisses ein „Verpflichtungsprotokoll für die Demokratie“ und die Verankerung geeigneter Instrumente in der andinen Menschenrechtscharta (SELA 2005: 16).

Ein ganz grundsätzliches Problem der Andengemeinschaft ist die Tatsache, dass sie ein Verbund der ärmsten südamerikanischen Staaten darstellt. Sämtliche reichere Staaten haben sich sehr schnell dem „Markt des Südens“ zugewandt. Andere ärmere Staaten, wie beispielsweise Bolivien zählen zudem zu den assoziierten Staaten des MERCOSUR. Sollten die Assoziationsabkommen und die bilateralen Bestrebungen der CAN-Mitglieder

letztendlich nicht zum Ausbau der Andengemeinschaft als Teil einer vergrößerten Integrationsalternative führen, sondern eher das Auseinanderdriften in verschiedene politische Richtungen befördern, so wird die Andengemeinschaft zerfallen und scheitern. Mit der wachsenden Zahl bilateraler Abkommen zu nationalen Zwecken potenziert sich die Gefahr, dass der Bilateralismus die regionalen Integrationsbestrebungen unterminiert. Sollte die CAN also auch künftig nicht in der Lage sein, eine gemeinsame Linie in ihrer Zusammenarbeit zu finden, stellt sie ihre Existenz selbst in Frage.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass die CAN ein stark bürokratisiertes und von Krisen geplagtes System ist, das keinen nennenswerten Beitrag zur Vertiefung der Integration leisten konnte.

4.2 MERCOSUR (Mercado Común del Sur)

4.2.1 Entstehung und Ziele

Der Entschluss zur Gründung des bis dato erfolgreichsten Integrationsprojektes in Südamerika geht hauptsächlich auf die Annäherung der großen Staaten Südamerikas Brasilien und Argentinien zurück. Angetrieben durch die feste Überzeugung, mithilfe einer intensiveren wirtschaftlichen Zusammenarbeit den Wohlstand beider Staaten zu vergrößern, gelang die Vernachlässigung politischer und wirtschaftlicher Gegensätze und der Abschluss eines bilateralen Abkommens.

Der Erfolg dieser Entscheidung sowie die Vorteile zahlreicher anderer bilateraler Handelsverträge zwischen Argentinien und Brasilien überzeugten die Regierungen der kleineren Nachbarländer Paraguay und Uruguay von der Notwendigkeit solcher Kooperationen. Die Gefahr von einer potentiellen entstehenden südamerikanischen Freihandelsgemeinschaft ausgeschlossen zu werden und somit Nachteile bezüglich der eigenen Nationalökonomien zu erleiden, wollte man nicht eingehen (Boris 2001: 132).

Am 26.03.1991 gründeten dann diese vier Staaten in Asunción/Paraguay den MERCOSUR. Dieser stellt einen Paradigmenwechsel in der lateinamerikanischen Bündnisgeschichte dar und wurde als klare Chance für eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit seiner Mitgliedsstaaten auf dem Weltmarkt bewertet (Gratius 2003: 75). Mit der Gründung des MERCOSUR wurde eine Freihandelszone zwischen den Mitgliedsstaaten geplant, die erst in eine Zollunion mit gemeinsamen Außenzoll münden und schließlich zum gemeinsamen Markt des Südens mit freier Zirkulation von Kapital, Arbeit und Produktionsfaktoren werden sollte. Im Juli 2006 vergrößerte sich die Mitgliedszahl des MERCOSUR mit der Aufnahme Venezuelas als Vollmitglied. Neben den fünf Vollmitgliedern gibt es mit Chile und den vier Mitgliedsländern

der Andengemeinschaft (Peru, Bolivien, Ekuador und Kolumbien) aber auch assoziierte MERCOSUR-Staaten.

Das neue Integrationsprojekt war dabei vorrangig auf die Schaffung eines gemeinsamen Raums der Stabilität und Demokratie ausgerichtet, dessen Mitglieder ihre Ressourcen und Märkte teilen, um dann auf dem internationalen Markt gemeinsam zu agieren und Handel zu treiben (Mols 2001: 24). Um die Idee eines „Gemeinsamen Markt des Südens“ erfolgreich umzusetzen, setzten sich die Mitgliedsstaaten im Vertrag von Asunción (Präambel von Asunción) folgende wirtschaftliche und politische Ziele: Die Gewährleistung des freien Verkehrs von Waren, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren zwischen den Staaten durch die Abschaffung von Zöllen und nichttarifärer Handelsbeschränkungen. Zudem sollte eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittstaaten begründet werden sowie die Koordinierung der Anstrengungen der Mitgliedsstaaten in regionalen und internationalen, wirtschaftlichen und kommerziellen Foren, aber auch die Abstimmung der makroökonomischen und sektoralen Politik der Mitgliedsländern in den unterschiedlichsten Bereichen. Schließlich sollte durch die Vereinheitlichung der Normen, Gesetze, Institutionen und Wirtschaftspolitik eine umfassende Union zwischen den Völkern aufgebaut werden (Sangmeister 2001: 6).

4.2.2 Institutioneller Aufbau

Am institutionellen Aufbau des MERCOSUR fällt zunächst auf, dass es im Gegensatz zur Europäischen Union lange überhaupt keine und auch jetzt nur in Ansätzen eine supranationale Kompetenzübertragung gibt (Jaguaribe 2001:32f). Der Vertrag von Asunción von 1991 legte zu Beginn lediglich zwei Organe fest und definierte deren Aufgabe nur sehr unpräzise. Das hatte zwar den Vorteil, dass keine neuen bürokratischen Zwänge und Strukturen die Zusammenarbeit negativ beeinflussten und sich auch der Integrationsprozess zumindest auf den ersten Blick einfacher vollzog, allerdings entwickelte sich im Gegenzug keinerlei Kontinuität in der Zusammenarbeit. Erst das Protokoll von Ouro Preto vervollständigte 1994 die institutionelle Struktur des MERCOSUR, neue Organe wurden geschaffen und ihre Aufgaben und Zuständigkeiten festgelegt (Korthoff 2005: 93). Die entscheidungsbefugten Gremien sind intergouvernemental aufgebaut, d.h. sie sind mit Vertretern der jeweiligen nationalen Exekutive besetzt.

Der Rat des Gemeinsamen Marktes, der die Verantwortung für die politische Führung und die Entscheidungsfindung innehat, ist das höchste Organ des MERCOSUR. Er besteht aus den Außen- und Wirtschaftsministerien der Mitgliedsstaaten, die sich zweimal im Jahr unter

Beteiligung der jeweiligen Staatspräsidenten treffen und den Vorsitz halbjährlich wechseln. Exekutivorgan im Wirtschaftsblock ist die Gruppe des Gemeinsamen Marktes. Das 16-köpfige Gremium setzt sich aus je vier Vertretern eines jeden Mitgliedstaates zusammen und besitzt das Initiativrecht, aber keine Entscheidungskompetenz. Unterteilt in 11 Subgruppen ist diese Gruppe für die Überwachung der Vertragsausführungen, Erarbeitung von Entscheidungsvorlagen für den Rat und für Verhandlungen mit Drittstaaten verantwortlich (AHK Uruguay 2007: 6f) und wird von der Handelskommission im Bereich der Handelspolitik unterstützt. Das ständige Sekretariat mit Sitz in Montevideo war ursprünglich ein reines Verwaltungssekretariat, wodurch ein komplizierter institutioneller Aufbau vermieden werden sollte. (Klein 1997: 73) Heute ist es ein technisches Sekretariat mit einer Vielzahl von Aufgaben.

Beratende Funktion übernimmt die Gemeinsame Parlamentarische Kommission, gebildet aus nationalen Parlamentsvertretern sowie das wirtschaftliche und soziale Konsultativforum, das sich aus den wirtschaftlichen und sozialen Sektoren der Mitgliedsstaaten ergibt.

Das Komitee der ständigen Vertreter mit der Aufgabe der Koordinierung der MERCOSUR-Unterorganisationen sowie das Revisionsgericht und das Parlament vervollständigen die Aufzählung. Das Revisionsgericht ist das dritte ständige Organ, dessen Aufgabe es ist, das Recht zu systematisieren und zu vereinheitlichen (AHK Uruguay 2007: 7). Das 2007 gegründete Parlament des MERCOSUR beschäftigt sich mit der institutionellen Stärkung und dem Fortgang des Integrationsbündnisses, der Ausgleicheung des demokratischen Defizits und der Überwindung der viel zitierten Asymmetrien zwischen den Mitgliedsstaaten. Das Parlament will sich dabei den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen widmen, wobei klar ist, dass es lediglich Empfehlungen abgeben kann, da es über keine Entscheidungskompetenzen verfügt (Elsner 2007).

4.2.3 Bisherige Erfolge und Hemmnisse

Der Gemeinsame Markt des Südens war lange der Inbegriff für ein modernes, emanzipiertes und weltoffenes Südamerika und auch aus wirtschaftlicher Hinsicht ein Erfolgsprojekt. Als mittlerweile viertgrößte Wirtschaftsmacht mit einem Bruttoinlandsprodukt von 1.002 Milliarden US\$ und einer Bevölkerung von 235 Millionen Einwohnern (Gehrke 2009: 23), ist er nicht nur für die verstärkte Kooperation unter den Mitgliedsstaaten und dem signifikanten Anstieg des Handels- und Wirtschaftswachstums verantwortlich, sondern steht zudem für einen völlig neuen Integrationsansatz in Südamerika (Gratius 2003: 76). Die Mitgliedsstaaten wollten über eine effizientere Nutzung ihrer gemeinsamen Ressourcen einen gemeinsamen

Raum schaffen, um so einen festen Platz auf dem internationalen Markt einnehmen zu können. Dafür kommt es unter den Mitgliedern erstmals verstärkt zu einer intensiveren und breiteren Diplomatie und der Handel entfaltet sich. Beides kann aus neorealistischer Sicht als Soft-Balancing gesehen werden, um das Machtungleichgewicht auszugleichen.

Besonderen Auftrieb bekam das ins Stocken geratene Projekt durch die Wahl der relativ integrationsfreundlichen linksgerichteten Politiker Luiz Inácio Lula da Silva in Brasilien und Nestor Kirchner in Argentinien an die Spitze der Regierung ihrer Staaten im Jahr 2003. Beiden und mittlerweile auch viele andere sind der Auffassung, dass der MERCOSUR ein Gegengewicht zu den USA darstellen und Südamerika ein größeres Gewicht in der internationalen Politik verschaffen könnte (Institut für Iberoamerika Kunde 2004: 119). Anlass zu dieser Überzeugung liefert in erster Linie das größere ökonomische Potential, dass die „reicheren“ Staaten Südamerikas mit sich bringen.

Seit der Gründung des MERCOSUR vor 18 Jahren hat der Staatenbund an politischem Einfluss gewonnen. Das hängt auch mit der Aufnahme Venezuelas als Vollmitglied und dem Abschluss der Assoziationsverträge mit den Mitgliedern der Andengemeinschaft zusammen. Zudem erweitert sich das Netzwerk der Außenhandelsbeziehungen stetig, beispielsweise durch Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik China, den Golfstaaten, der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union oder aber auch Verhandlungen mit Russland, Indien und der Südafrikanischen Union. Diese Erweiterung des Netzwerkes belegt einerseits, auch wenn es keine schriftlichen Aussagen dazu gibt, die Suche der südamerikanischen Staaten nach Alternativpartnern zu den USA, um die eigene Position zu stärken und an Gewicht und Macht zu gewinnen. Andererseits wird auch die steigende wirtschaftliche Bedeutung der südamerikanischen Staaten – in diesem konkreten Fall vor allem von Brasilien und Argentinien – im internationalen System deutlich.

Die Entwicklung der MERCOSUR kann leider nicht nur positiv bewertet werden. Die essentielle Schwäche des Staatenbundes besteht vor allen Dingen in der offenkundigen Diskrepanz zwischen Ankündigungen, Vereinbarungen und programmatischen Konzepten sowie der tatsächlichen Umsetzung der gesteckten Ziele. Ein Vergleich mit den ursprünglich formulierten Zielen macht das mehr als deutlich (Boris 2001: 135). Die Etablierung eines internen Freihandels, einer gemeinsamen Außenhandelspolitik und der vollständigen Errichtung eines gemeinsamen Marktes sind bis heute nicht erreicht.

Fast zwei Jahrzehnte nach Gründung und 15 Jahre nach dem geplanten Verwirklichungszeitpunkt sieht die Realität folgendermaßen aus: Weder von einer

gemeinsamen Wirtschaftspolitik, noch von erleichterten Migrations- und Reisebestimmungen, oder einer abgestimmten Geld- und Wechselkurspolitik, noch von einer echten Annäherung geschweige denn Vereinigung zwischen den Mitgliedsstaaten kann gesprochen werden (Boris 2001: 132). Die Diskrepanz zwischen vereinbartem Ziel und der Realität wird unterstrichen durch den Umstand, dass auch andere Zeitpläne für Integrationsschritte und Liberalisierungen beispielsweise im Dienstleistungsbereich oder bei der makroökonomischen Koordination nicht eingehalten werden.

Die pragmatische Ausrichtung, der politische Wille der Regierungen und die unbürokratischen, zwischenstaatlichen Strukturen des MERCOSUR ermöglichten früh außerordentliche Erfolge. Genau diese Faktoren sind aber auch für die heutigen Defizite des Bundes verantwortlich. Die unbürokratische Struktur hat nicht nur schwache rechtliche Grundlagen zur Folge, sondern auch fehlende supranationale Institutionen und Steuerungsmechanismen (Gratius 2003: 78), die über die nationalen Interessen hinaus fungieren und das Bündnis vorantreiben würden. Dazu mangelt es den Regierungen der Region an gegenseitigem Vertrauen, was vor allem an den ideologischen Vorstellungen eines jeden Landes liegt. Die Asymmetrien zwischen und innerhalb der Mitgliedsstaaten, die sich sowohl auf Größenunterschiede, als auch auf das Entwicklungsgefälle beziehen, gepaart mit den verschiedenen Interessenprofilen und Zielvorstellungen macht den politischen Konsens sehr schwierig. Daran ändern Lippenbekenntnisse zu Demokratie und Marktwirtschaft wenig. Nach wie vor handeln die Staaten in erster Linie im eigenen nationalen Interesse.

Geradezu beispielhaft das Vorgehen der brasilianischen Regierung. Mit der breiten Streuung der Wirtschaftsziele und Strukturen geht eine unübersehbare Verschiebung der Interessen einher. Mit der Sicherung und dem Ausbau der eigenen Macht sinkt das Engagement und auch die Notwendigkeit der verstärkten subregionalen Integration. Die Bedeutung von Verhandlungen auf multilateraler Ebene steigt hingegen stetig an. Eine Politik mit fatalen Folgen: Für eine starke Ausgangsposition bei internationalen Verhandlungen braucht Brasilien die Plattform MERCOSUR. Nur so kann das Land sich den notwendigen Rückhalt sichern und einen realistischen Führungsanspruch geltend machen (Phillips 2003: 341). Die anderen MERCOSUR-Partner hegen große Erwartungen an die Exportnation Brasilien und sehen in dem Land den Motor des Prozesses. Als Konsequenz ihrer großen Abhängigkeit von den regionalen Märkten befürworten Argentinien, Uruguay und Paraguay das Vorantreiben der sub-regionalen Integrationsbemühungen. Sie wollen und müssen intensiver vom Bündnis profitieren, um erstens den eigenen Wohlstand zu vergrößern und zweitens eine Angleichung des Entwicklungsniveaus zu erreichen, was sie auch politisch stärken würde (Gratius

2003: 85). Wichtig dafür ist es den intraregionalen Handel weiter zu stärken, aber auch ökonomisch schwächere Staaten zu fördern und ihnen Entwicklungschancen in speziellen Sektoren zu bieten, damit sich ihr wirtschaftlicher Erfolg erhöht. Sollten diese Erfolge auch künftig ausbleiben, wird sich unter der Bevölkerung mit großer Wahrscheinlichkeit eine Art Integrationsmüdigkeit ausbreiten und die damit verbundenen Zweifel werden dem Projekt keinesfalls gut tun.

4.3 ALBA – die Bolivarianische Alternative für die Amerikas

4.3.1 Entstehung und Ziele

Als im Dezember 2004 die Präsidenten Venezuelas und Kubas der Öffentlichkeit auf unsicherem Terrain und ohne andere politische Unterstützer ihr Projekt von der „Bolivarianische Alternative für die Amerikas“ - abgekürzt ALBA – vorstellten, erschien die Idee vielen Beobachtern auf den ersten Blick relativ absurd. Allerdings vermittelte auf den zweiten Blick allein schon das Akronym eine ernstzunehmende und zentrale Botschaft: ALBA könnte die Antwort auf ALCA (*Área de Libre Comercio de las Américas*) sein, die bereits seit Jahren von den USA angestrebte Gesamtamerikanische Freihandelszone. Während die Andengemeinschaft noch allein auf Lateinamerika bezogen war, und der MERCOSUR hauptsächlich der besseren Positionierung im Weltgefüge diene, scheint dieses Bündnis eine konkrete Reaktion auf die US-amerikanische Vormachtstellung zu sein.

Die ALCA, eine Idee des US-Präsidenten William Clinton aus dem Jahr 1994, sollte die Beziehungen zu Lateinamerika auf eine neue Grundlage stellen und die wirtschaftlichen Verflechtungen innerhalb der westlichen Hemisphäre durch die Gründung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone verstärken (Sangmeister 2003a: 3f). Doch während man von dem Washingtoner Vorhaben einer neoliberalen Handelsallianz von Alaska bis Feuerland heute kaum noch spricht, gewinnt der südamerikanische Gegenvorschlag zunehmend an Beachtung und Unterstützung.

Die linksregierten Staaten des Bündnisses wollen gemeinsam Mechanismen entwickeln, um die historische Abhängigkeit von den Industriestaaten abzulegen und damit ihre Position im internationalen System ausbauen, um somit als ebenbürtige Partner anerkannt zu werden und endlich aktiv in die Geschehnisse der internationalen Beziehungen eingreifen zu können. Basierend auf der Betonung von Gleichheit, Solidarität und Kooperation sollen die Mechanismen die bestehenden Asymmetrien zwischen den Staaten beseitigen, da diese die Entwicklung der Staaten hemmen. ALBA gilt als Versuch insbesondere diesen Faktoren entgegenzutreten:

„...that prevent true integration such as the poverty and the social exclusion; the unequal interchange and the lack of equity conditions in the international relations, the free access to the information, to the technology and to the knowledge; it aspires to construct consensuses, to rethink the agreements of integration based on reaching a national and regional endogenous development to eradicate the poverty, to correct the social inequalities and to assure and to increase life quality for all the countries.” (ALBA 2004: 1)

Die „Bolivarianische Alternative für die Amerikas“ geht auf eine Idee des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez im Jahr 2001 zurück, der damals wie heute maßgeblich für das Vorankommen der Allianz zuständig ist. Der messianisch auftretende Chávez beruft sich in seinem Handeln immer wieder auf das Konzept des Bolivarismus – ein besonders in Venezuela gepflegter Personenkult um Simón Bolívar. Mithilfe der mythischen Verklärung soll ein revolutionärer Neuanfang gelingen. Die Vorstellungen von Bolívars heroischem Kampf für die Unabhängigkeit von den Spaniern und den USA werden neu belebt. Notwendige Voraussetzung dafür wäre die Rückgewinnung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Souveränität der lateinamerikanischen Staaten. Denn nur politisch, wirtschaftlich, kulturell und militärisch vereint kann sich der globale Süden gegen den mächtigen Einfluss der USA erwehren und einen möglichen Ausgleich der Kräfte erreichen (Boeckh 2003b: 18). Aus neorealistischer Sicht werden hier Macht- und Sicherheitsbestrebungen deutlich, um die unipolare Struktur des internationalen Systems abzuschwächen.

Nach der ersten Erwähnung im Dezember 2001 wurde genau drei Jahre später das Gründungsdokument des politischen und wirtschaftlichen Bündnisses mit ersten Formalien zwischen Venezuela und Kuba unterzeichnet und durch den Beitritt Boliviens 2006 um ein weiteres Land und den „Handelsvertrag der Völker“ (Tratado de Comercio de los Pueblos – TCP) erweitert. Heute ist die ALBA die zentrale Organisation der neuen amerikanischen Linken und besteht aus den neun Staaten Venezuela, Kuba, Bolivien, Ekuador, Honduras, Nikaragua sowie den karibischen Kleinstaaten Antigua und Barbuda, Dominica, St. Vincent und die Grenadinen. Die parallel entstandene Bank des Südens (Banco del Sur) vereint zusätzlich zu Bolivien, Ekuador und Venezuela auch die Regionalmacht Brasilien, das ebenfalls wirtschaftlich starke Argentinien sowie Paraguay und Uruguay (Neuber 2009: 16). Letztere besitzen ebenso wie Haiti und Grenada schon jetzt einen Beobachterstatus in der ALBA.

Die zwischen den Staaten unterzeichneten Verträge und getroffenen Vereinbarungen haben eine klare Intention. Dabei bilden nicht neoliberale Wirtschaftsmaxime die Basis des neuen Staatenbundes, sondern ein Konzept der solidarischen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die künftige Kooperation und der Warenaustausch zwischen den Mitgliedern soll fortan immer allen Partnern Vorteile bringen und das sowohl wirtschaftlich, als auch sozial. Vor

allem der Kampf gegen Armut, für Nahrungsmittelsicherheit, Bildung und Energieversorgung steht im Mittelpunkt. Hohe Bedeutung kommt der Durchsetzung der Menschenrechte, dem Schutz der Umwelt und der Landwirtschaft zu (Fritz 2007: 8). Es gilt den produktiven Sektor zu stärken, also Landwirtschaft und Industrie, statt „maquiladora“²¹. Nicht der Niedriglohnsektor und die Produktion von Konsumgütern für den Norden sollen die regionale Entwicklung und Wirtschaft ankurbeln, sondern eine nachhaltige Entwicklung der eigenen Ressourcen und wirtschaftlichen Grundlagen, die langfristig zu mehr Unabhängigkeit vom Weltmarkt und dessen Krisen führen soll (Gehrke 2009: 24). Ferner will ALBA die Ursachen von Integrationsblockaden beseitigen und eine Vertiefung der lateinamerikanischen Integration ohne die USA erreichen²². Erkenntlich wird dadurch, dass nicht mehr nur von einer Tendenz zur Loslösung von den USA gesprochen werden kann, sondern ganz klar von dem expliziten Versuch die Macht Lateinamerikas zu vergrößern und anschließend Gegenmacht bildende Maßnahmen zu ergreifen. Um dem Ziel der Unabhängigkeit näher zu kommen, werden spezielle Kooperationsabkommen (vor allem im Bereich Energie) geschlossen. Eine eigenständige Freihandelszone ist aber noch nicht vorgesehen.

4.3.2 Institutioneller Aufbau

Im Vergleich zur Andengemeinschaft oder MERCOSUR ist der Institutionalisierungsgrad der ALBA bis heute gering. Die institutionellen Strukturen sind allerdings auch noch nicht vollständig ausgebaut.

Neue Vertragsabschlüsse, Vereinbarungen oder Abstimmungen erfolgen auf halbjährlich stattfindenden Konferenzen, den Cumbre del ALBA. Teilnehmer dieser Konferenzen sind die Präsidenten und Minister der einzelnen Mitgliedsstaaten, aber auch die Bewerber auf eine Vollmitgliedschaft und Delegationen der Staaten, die den Beobachterstatus besitzen. Neben dem übergeordneten „Rat der Präsidenten“ (Consejo de Presidentes del ALBA) gibt es zwei

²¹ Maquiladoras sind Montagebetriebe, die aus angelieferten Vorprodukten das Endprodukt fertigen, das anschließend wieder ins Ursprungsland re-exportiert wird. Durch zahlreiche Initiativen, besonders in Mexiko, konnten zahlreiche Arbeitsplätze in der Maquiladora-Industrie geschaffen werden. Hierbei handelt es sich meist um sehr einfache Arbeiten, die unter prekären Bedingungen abgeleistet werden müssen. Nicht nur wegen der schlechten Arbeitsbedingungen, sondern auch aufgrund des starken Ressourcenverbrauchs hat die Maquiladora-Industrie sehr negative Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung. Außerdem erscheint das Modell nicht zuletzt aufgrund der einseitigen Exportabhängigkeit der Betriebe von den USA kaum bestandsfähig (Parnreiter/Novy/Fischer 1999: 21).

²² Hintergrundtext mit weiteren Zielen unter: „Que es el ALBA?“, Ministerio de Integración y Comercio Exterior der BR Venezuela, nachzulesen unter http://www.alternativabolivariana.org/pdf/alba_mice_en.pdf.

einander gleichgestellte Räte, den „Consejo de Ministros“ (Ministerrat) und den „Consejo de Movimientos Sociales“ (Rat der Sozialen Bewegungen)²³.

Werden auf Ebene der Staatschefs Neuaufnahmen oder Verträge beschlossen, sind die Minister und die jeweils zuständigen Kommissionen und Ausschüsse für die Koordinierung und Implementierung zuständig. Je nach Thematik agieren unterschiedliche Kommissionen beziehungsweise Ausschüsse und unterstützen den Rat der Minister. Beispielsweise gibt es den Finanzausschuss oder aber auch den Ausschuss für Politik, Bildung oder Umwelt.

Die Aufgabe des Rates der sozialen Bewegungen ist vor allem eine beratende. Im Vorfeld des VI. ALBA-Gipfels im Dezember 2007 traf man sich beispielsweise, um konkrete Vorschläge zur Partizipation basisnaher sozialer Organisationen zu erarbeiten, die dann den Präsidenten zur Beratung und Entscheidung vorgelegt wurden. Die Kooperation mit sozialen Organisationen ist dabei wenig verwunderlich, da mehrere der linksgerichteten Präsidenten selbst aus solchen Basisbewegungen stammen (Neuber 2009: 16).

4.3.3 Bisherige Erfolge und Hemmnisse

Als Venezuela und Kuba im Dezember 2004 das Projekt ALBA ins Leben riefen, wurde das Projekt als wenig relevant abgetan. Seitdem sind fünf Jahre vergangen, in denen die ALBA auf neun Mitglieder angewachsen und politisch etabliert ist. Grund für diesen Erfolg ist nicht nur die Suche nach Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftssystem, der Antrieb und die Ägide Chávez oder die enge Zusammenarbeit des Staatenbundes mit Nichtregierungsorganisationen. Im Gegensatz zu den traditionellen Bündnissen berücksichtigt der ALBA-TCP-Vertrag insbesondere die Asymmetrien zwischen den Partnern beispielsweise bezüglich ihres unterschiedlichen Entwicklungsniveaus (Fritz 2007: 23).

Neben dem Modell der regionalen Kreditaufnahme durch die *Banco del Sur* - Bank des Südens - versuchen Chávez und die übrigen Mitglieder noch in anderen Bereichen regional zusammenzuarbeiten. Diese sind neben dem Finanzgebiet (die jüngste Initiative der ALBA zielt auf eine gemeinsame Währung – den Sucre ab), der Ausbau der Infrastruktur und die groß angelegte Energiepolitik, mit dem wichtigsten Eckpfeiler der venezolanischen Integrationsbemühungen - der PetroAmérica (Serbín 2007: 192). Die PetroAmérica verbindet eine Vielzahl regionaler Einzelinitiativen, die das ambitionierte Ziel haben, die Energiebedürfnisse der ALBA-Mitglieder zu decken. Die somit entstandenen zahlreichen bi-

²³ Informationen zur Institutionellen Struktur sowie Ursprung der Grafik sind dem offiziellen Internetauftritt der ALBA entnommen und nachzulesen unter http://www.alternativabolivariana.org/images/_00aa11.jpg.

und subregionalen Energieabkommen unterstreichen die Bedeutung von Erdgas und Erdöl in der venezolanischen Außenpolitik und festigen gleichzeitig das Bündnis.

All diese Entwicklungen sind bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass sich die Länder Lateinamerikas und der Karibik noch nie auf eine solche Weise verbunden haben und gerade die Staaten Zentralamerikas und der Karibik bislang durch Freihandelsabkommen in die US-Wirtschaft eingegliedert und somit unter US-amerikanischer Hegemonie standen. Den wirtschaftlichen Erfolg nun mit Hilfe lateinamerikanischer Staaten zu suchen, zeigt auch bei diesen Staaten erste Balancing-Tendenzen.

Weitere bemerkenswerte Erfolge konnte die ALBA in den Bereichen Bildung und Gesundheit erzielen. Das ist besonders wichtig, da das Bündnis den Anspruch erhebt, sich insbesondere dem Kampf gegen die Armut, den sozialen Ausschluss und den Benachteiligten der Gesellschaft zu widmen (Fritz 2007: 9). Problematisch ist dabei, dass sich zunehmend herauskristallisiert, dass einige der Bildungs- und Gesundheitsprojekte, die im Rahmen der ALBA öffentlichkeitswirksam umgesetzt wurden, schon zuvor existierende venezolanische Projekte waren, die im Nachhinein als ALBA-Initiativen deklariert worden sind. Immer wieder wird kritisch angemerkt, dass viele umgesetzte Projekte vor allem wegen ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit unterstützt und befördert werden (Flemes/Westermann 2009: 4). Grundsätzlich besteht das Problem, dass aufgrund der starken Einflussnahme Chávez häufig der Eindruck entsteht, dass es sich bei der als Gegenprojekt zur ALCA gestarteten Initiative um eine Fortsetzung venezolanischer Außenpolitik handelt. Dem Anschein nach zielen viele der Projekte vor allem auf die Akquirierung neuer Mitglieder ab und auf die Unterstützung der ALBA durch die breite Bevölkerung.

Für die grundsätzliche politische Bewertung ist noch nicht klar, ob „sich die ALBA nicht vielmehr als Dachorganisation verschiedenster Initiativen und weniger als klassisches Integrationsbündnis begreift“ (Flemes/Westermann 2009: 2). Neben der Problematik der Achtungserfolge im Energie- und Infrastruktursektor und der schwierigen Differenzierung zwischen „Effekthascherei“ in der Öffentlichkeit und der Effektivität im Sinne einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, weist die ALBA erhebliche Institutionalisierungsdefizite auf. Es gibt weder einen Verfassungsvertrag, noch klare Regelungen für die Entscheidungsfindung oder die Streitschlichtung (Flemes/Westermann 2009: 7). Im Zentrum der Betrachtung liegen nicht die regionalen Organe, sondern klar die nationalen staatlichen Akteure. Ergo: es wird wieder keine Souveränität entwickeln, was den Integrationsprozess und somit auch die Gegenmachtbildung behindert.

Die von „linken“ Positionen genährte zentralistische Politik der Hauptakteure der ALBA-Initiative ist sicherlich nicht optimal, sie ist aber ein präzises Zeichen für den Widerstand gegen das als neokolonial wahrgenommene Auftreten der USA. ALBA ist klar als ein Zeichen des Aufbegehrens gegen die seit Jahrhunderten andauernden Bemühungen der USA die eigenen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Vorstellungen auf die Länder Lateinamerikas zu übertragen, zu verstehen. Die gemeinsame Vergangenheit, die sich wandelnden politischen Gegebenheiten aber auch die Schirmherrschaft eines politisch äußerst einflussreichen Hugo Chávez verleihen dem Bündnis die benötigte Durchsetzungskraft und Akzeptanz. So setzt das durch seine erfolgreiche Finanz- und Energiepolitik gestärkte Venezuela ganz bewusst seine Ressourcen strategisch für den Aufbau einer Gegenmacht zum politischen und wirtschaftlichen Einfluss der USA ein.

Es geht darum sich endlich vom Makel, der Hinterhof der USA zu sein, zu befreien.

5 UNASUR – Union Südamerikanischer Nationen

Wie in den vorhergehenden Kapiteln dargelegt, sind die bisherigen Versuche der lateinamerikanischen Staaten, über regionale Bündnisse eine Gegenmacht zu den USA zu bilden, gescheitert, stagniert oder noch im Aufbau. Allen Bündnissen gemein war jedoch, dass sie aus dem Bestreben Lateinamerikas entstanden, die wirtschaftliche, politische und auch kulturelle Situation in den Mitgliedsstaaten zu stärken. Im Laufe der letzten Dekaden verband sich mit diesem Ziel zunehmend der Wunsch durch eine Loslösung von der Hegemonialmacht USA, eine eigene Position innerhalb der internationalen Beziehungen zu verbessern und mehr Einfluss auf die Entwicklung auf dem eigenen Kontinent nehmen zu können. Immer antiquierter und deplaziert wirkt die Monroe-Doktrin, mit der sich die US-Amerikaner den Subkontinent zu Eigen machten und ihre Vormachtstellung zu sichern suchten. Immer notwendiger machen Risiken wie die wachsende Kriminalität, der Drogenhandel oder auch die Gefährdung durch den internationalen Terrorismus und die nach wie vor bestehenden regionalen Sicherheitsprobleme eine regional verflochtene und unter den Staaten abgestimmte Politik. Und stärker als in der Vergangenheit wächst in den Staaten des Subkontinents die Einsicht und die Bereitschaft, unabhängig von jedem hegemonialen Einfluss, mit vereinten Ressourcen, den Problemen entgegenzutreten und sie abzubauen (Brooks/Wohlwort 2005: 79).

So starteten bereits mehrere südamerikanische Staaten Initiativen der Bündnisbildung, darunter auch das international immer stärker agierende Brasilien. Neben dem 1991 von

Brasilien und Argentinien gegründeten Wirtschaftsbündnis MERCOSUR, formulierte der ehemalige brasilianische Präsident Fernando Henrique Cardoso auf dem ersten südamerikanischen Gipfel im Jahr 2000 den Plan, mithilfe einer südamerikanischen Union die Kooperation unter den Staaten zu intensivieren (Maihold 2005: 1). Zwei Jahrhunderte nach dem Wirken von Simón Bolívar sollten die Staaten Südamerikas ein zweites Mal, und diesmal als geeinter Subkontinent, den Versuch der Emanzipation wagen. Diesmal jedoch nicht um politische Unabhängigkeit von den europäischen Kolonialmächten zu erlangen, sondern um sich wirtschaftlich, politisch und auch kulturelle von der Weltmacht USA zu lösen. Am 08. Dezember 2004 im Rahmen des dritten südamerikanischen Gipfels im peruanischen Cusco, wurde von den südamerikanischen Staaten ein neuer politischer Verbund aus der Taufe gehoben: der CSN (Südamerikanischer Staatenbund)²⁴, aus dem wenig später die UNASUR hervorging.

5.1 Akteure und Ziele

Gründungsmitglieder der CSN, heute UNASUR, waren die Vertragsstaaten des Mercosur sowie die ihm assoziierten Staaten Bolivien, Kolumbien, Ecuador und Peru, die ihrerseits die Andengemeinschaft bilden. Es ist also ein politischer Zusammenschluss von bislang hauptsächlich auf ökonomischem Gebiet kooperierenden Integrationsverbündeten (Maihold 2004: 1) zuzüglich der Staaten Chile, Surinam und Guyana. Mit der Ausnahme Französisch-Guayanas gehören der Staatengemeinschaft somit sämtliche Staaten auf dem südamerikanischen Kontinent an. In Anbetracht der Integrationsbemühungen der vergangenen Jahrhunderte ein Meilenstein.

Ausgehend von gemeinsamen Werten wie Demokratie und Menschenrechten setzten die Gründungsmitglieder den Kampf gegen Ungleichheit, soziale Ausgrenzung, Armut und Hunger auf ihre Agenda und räumten dazu ein, dass sich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nicht allein auf Wirtschaftswachstum reduzieren lässt. Vielmehr müsse man die Ungleichheiten zwischen den Staaten berücksichtigen und entsprechend den Notwendigkeiten eine gerechtere Einkommensverteilung anstreben, den Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung sicherstellen und sich dem Schutz der Umwelt widmen, da auch von ihm die Entwicklung der Region abhängt (Declaración del Cusco 2004: Absatz 3)²⁵. Die

²⁴ Der 2004 gegründete lose Staatenbund firmierte erst unter dem Namen Südamerikanische Staatengemeinschaft (Comunidad Sudamericana de Naciones – abgekürzt CSN), wurde im April 2007 dann in Union der Südamerikanischen Staaten – abgekürzt UNASUR (span. Union de Naciones Suramericanas) umbenannt.

²⁵ Siehe Declaración de Cusco: http://www.comunidadandina.org/documentos/dec_int/cusco_sudamerica.htm.

Gründungsurkunde erwähnt neben der geteilten Vergangenheit, der gemeinsamen südamerikanischen Identität und der Übereinstimmung von wirtschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen sowie sicherheitspolitischen Interessen die maßgebliche Rolle der Völker und räumt dieser einen besonderen Stellenwert ein (Declaración del Cusco 2004: Absatz 1).

Feierlich heißt es in der Gründungsurkunde weiter, dass die Regierungschefs mit der Gründung den Ideen der großen Freiheitskämpfer Bolívar, Sucre und San Martín folgen und für die Einheit eines großen und geeinten südamerikanischen Vaterlandes eintreten wollen. Der ausdrückliche Bezug auf die bedeutendsten Unabhängigkeitskämpfer Lateinamerikas unterstreicht den Willen der Staaten mit Hilfe der UNASUR die Politik der Gegenmachtbildung weiter zu verstärken und sich letztendlich von der Vormachtstellung und dem Einfluss der USA unabhängiger zu machen. Eine offene Integration und die eindeutige Orientierung auf den Weltmarkt können als Bekenntnis in diesem Sinne gewertet werden (Husar 2007: 92). Ungeachtet des Wunsches und der Möglichkeit als Gemeinschaft eine bessere Position in den internationalen Beziehungen zu erreichen, schlossen die Mitglieder 2004 keinen formellen Vertrag, sondern beschränkten sich lediglich auf einzelne Erklärungen und Vereinbarungen. Diese betreffen eine politische und diplomatische Harmonisierung, den Technologietransfer, die Kooperation in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Bildung sowie die Annäherung der Gemeinschaft in den bestehenden Institutionen. Dabei sollen jedoch weder zusätzliche Ausgaben getätigt werden, noch der Prozess zusätzlich bürokratisiert werden (Declaración del Cusco 2004 Absatz 3).

Nach einigen ereignis- und ergebnislosen Jahren gewann 2007 mit der Umbenennung in die „Union Südamerikanischer Nationen“ (UNASUR) die Idee neue Kraft und Unterstützung und die zwölf Staaten der Region besiegelten am 23. Mai 2008 mit der Unterzeichnung der Gründungscharta endgültig die neue Allianz. Die Langfristigkeit der Vereinbarungen sagt dabei etwas über die Qualität des Engagements der Mitgliedsstaaten aus. Je länger eine Allianz besteht, umso stärker wächst die Möglichkeit - aus neorealisticer Sicht – dass sich die Verbündeten zu einer Politik des Balancings gegen die bedrohlich erscheinende Hegemonialmacht entscheiden (Walt 1994: 153). Das finale Ziel eine Gegenmacht gegen die USA zu bilden, steht also fest auf der Agenda. So gilt es lediglich noch eine ausreichende Vertrauensbasis unter den Alliierten zu schaffen.

Die UNASUR hat dabei mit fast 390 Millionen Bewohnern und einem erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt von 1.000 Milliarden US-Dollar (Flemes/Westermann 2009:2) nicht nur enorme wirtschaftliche Entwicklungschancen. Mit einer Fläche von 17,6 Millionen km², dem Besitz von regenerativen und auch nicht-erneuerbaren Energiereserven, mineralischen

Bodenschätzen, einer reichhaltigen Biodiversität und 27 Prozent der Süßwasservorkommen ist das Potential Südamerikas immens (Flórez 2009: 149). Genau dieses Potential macht den Subkontinent für die Vereinigten Staaten unverändert interessant und genau gegen die Ausnutzung dieser Vielfalt und wirtschaftlichen Ressourcen zielt die politische Positionierung der UNASUR-Staaten ab.

Als effizient hat sich in diesem Zusammenhang die Beförderung der regionalen Integration erwiesen, die sich vor allem aus gemeinsam gefassten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen speist. Von Feuerland bis zum Norden Südamerikas - und später vielleicht sogar darüber hinaus – soll ein einziger großer und gemeinsamer Binnenmarkt geschaffen werden, der zu einer starken wirtschaftlichen Integration und zu politischer Zusammenarbeit führt. Die UNASUR zeichnet sich dabei schon jetzt dadurch aus, dass sie auf viel mehr Ebenen agieren will, als die bisherigen Bündnisse. Die Union legt ihren Schwerpunkt dabei auf die Verbesserung der Lebensqualität, die Schaffung von Arbeit, eine gerechte Verteilung der eingehenden sozialen Gewinne an die Bevölkerung und auf Energie- und Infrastrukturprojekte, die der Verbesserung der physischen Integration des südamerikanischen Kontinents dienen (Nolte/Stolte 2009: 3). Die neue Gemeinsamkeit soll über die Einführung eines freien Personenverkehrs und gemeinsame Pässe sowie eine einheitliche Gesetzgebungen gefördert werden. Im Prinzip soll in naher Zukunft jeder Südamerikaner jedes Land auf dem Subkontinent mit einem Touristenvisum besuchen können. Ganz nach dem Vorbild der Europäischen Union (EU) soll ein Staatenbund entstehen, der neben den verbesserten Reisebedingungen für Bürger auch die Einführung einer einheitlichen Währung und den Abbau von Handelshemmnissen vorsieht.

5.2 Institutioneller Aufbau

Auch die institutionelle Organisation der UNASUR orientiert sich eindeutig an der EU. So wurde unter anderem eine jährlich rotierende Präsidentschaft vereinbart. Den Anfang macht die damalige Staatspräsidentin Chiles Michelle Bachelett. Ihr folgen die Staatshäupter der anderen Mitgliedsstaaten in alphabetischer Reihenfolge. Der oder die Präsidentin auf Zeit präsentiert die UNASUR auf internationalen Veranstaltungen, ist verantwortlich für die Vorbereitung der Treffen der unterschiedlichen Organe und gibt dem Rat der Außenminister und dem Delegiertenrat das Protokoll und die für ihre Amtszeit anstehenden Aufgaben weiter²⁶.

²⁶ Informationen zum institutionellen Aufbau wurden dem Gründungsvertrag entnommen, nachzulesen unter http://www.comunidadandina.org/unasur/tratado_constitutivo.html.

Die höchste Instanz der politischen Steuerung bilden die jährlichen Treffen der Staats- und Regierungschefs. Ihre Aufgabe ist es für Stabilität und Entwicklung der UNASUR zu sorgen, die verschiedenen Ministerien und Komitees zusammenzurufen, über präsentierte Vorschläge der Minister und Außenminister zu entscheiden und politischen Entscheidungen gegenüber Dritten durchzusetzen. Der Vorsitz ändert sich ebenso wie der Präsidentschaft auf Zeit jährlich.

Neben diesen beiden Organen gibt es zusätzlich den sich halbjährlich treffenden Rat der Außenminister und den Rat der Delegierten, der alle zwei Monate zusammen kommt. Der Rat der Außenminister ist dem Rat der Staats- und Regierungschefs untergeordnet und hat eine ihm zuarbeitende und unterstützende Funktion. Einige der zahlreichen Aufgaben sind die Koordinierung von zentralen Themen bezüglich der südamerikanischen Integration, die Entwicklung und Herbeiführung eines politischen Dialogs über Themen von regionalem und internationalem Interesse und die Durchsetzung der politischen Vereinbarungen in den internationalen Beziehungen.

Zusammen mit dem Generalsekretariat und der/dem Präsidentin/en auf Zeit setzt der Rat der Delegierten Entscheidungen des Rates der Staats- und Regierungschefs und auch des Außenministerrates um. Gleichzeitig bringen sie Projekt- und Themenvorschläge ein, mit denen sich auf höherer Entscheidungsebene beschäftigt werden soll, und koordinieren die fünf Arbeitsgruppen, die auf dem Gipfel in Cochabamba gegründet wurden. Diese beschäftigen sich mit Themen der Sozialen Integration, der Infrastruktur, der Finanzierung, der Bildung und mit Energiethemen.

Das Generalsekretariat hat bislang am meisten Aufregung erregt, weil es bei der Besetzung des Generalsekretärs zu Unstimmigkeiten unter den Mitgliedsstaaten kam. Die zentrale Aufgabe des Generalsekretärs ist es, im Auftrag der anderen UNASUR-Organen erteilte Mandate auszuführen. Der Verwaltungssitz befindet sich in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito. In der bolivianischen Stadt Cochabamba wird das noch entstehende Parlament der UNASUR seinen Sitz finden. Die „Bank des Südens“ ist zwar kein institutioneller Bestandteil des Staatenbundes, dessen ungeachtet aber von immenser Bedeutung. Diese Bank dient der Stabilisierung und Loslösung der südamerikanischen Staatengemeinschaft von den globalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds. Das Ziel der Teilnehmerstaaten besteht in einer größeren Unabhängigkeit von den durch US-amerikanische und europäische Interessen stark dominierten Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Es ist auf die Positionsstärkung der südamerikanischen Staaten ausgerichtet und somit als ein weiterer Versuch der Gegenmachtbildung zu bewerten. Mehr Unabhängigkeit

von den internationalen Finanzinstitutionen und die wachsende Möglichkeit Projekte und Entwicklung durch eine eigene Institution zu finanzieren, stärkt eindeutig das Mitspracherecht der südamerikanischen Staaten innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft und ermöglicht ein bislang unbekanntes Maß an Eigenständigkeit.

Nach den Kriterien Einwohnerzahl und Bruttoinlandsprodukt bewertet, nimmt die UNASUR hinter der EU und der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA die Position des drittgrößten Staatenbundes weltweit ein. Das Streben nach einer stärkeren Position gegenüber den einflussreichen Handelspartnern eint in spürbarem Maße gerade auch die Länder, die traditionell ein extrem schwieriges Verhältnis zueinander haben, wie beispielsweise Bolivien und Chile. Beide unterhalten bekanntermaßen ja schon seit Jahren keine diplomatischen Beziehungen zu einander. Bis zum Jahre 2025 wollen die Mitglieder der UNASUR ein mit europäischen Verhältnissen vergleichbares Maß an Integration erreicht haben. Bis zu diesem Zeitpunkt soll neben der verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Mehrheit der Unionsmitglieder auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik etabliert sein. Zweifellos zählt die Einbindung politisch so unterschiedlich regierter Staaten wie Kolumbien und Venezuela in einen gemeinsamen Verteidigungsrat - der neben der Koordination der Rüstungsindustrie und gemeinsamen Manövern auch eine südamerikanische Verteidigungsstrategie formulieren soll (Joerißen/Steinhilber 2009: 26) - als großer Erfolg. Diesen beanspruchen in erster Linie die Brasilianer für sich. Die brasilianische Regierung versteht sich seit Gründung der UNASUR als Initiator und Kopf des Bündnisses.

5.3 UNASUR eine Politik der Gegenmachtbildung

Wie bereits mehrfach erwähnt wurde die UNASUR unter maßgeblicher Beteiligung Brasiliens initiiert. Da Brasilien sowohl für die Initiative verantwortlich ist und die Führungsrolle einnehmen möchte, soll im Folgenden besonders auf diesen Staat eingegangen werden.

Die brasilianische Außenpolitik hat sich in den vergangenen Jahren maßgeblich gewandelt und viele positive Veränderungen erfahren. So spricht Gratius von einem politischen Richtungswechsel „von der regionalen zur globalen Außenpolitik“ seit den 1960er Jahren (Gratius 2004: 8). Schon zum damaligen Zeitpunkt wurden Tendenzen zur Vervielfältigung politischer und wirtschaftlicher Partnerschaften und eine Annäherung der Staaten zur Verteidigung gemeinsamer Interessen, die mit der Forderung nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung einhergingen, gesehen. Mit der Beziehungsintensivierung zu den Staaten

des Südens ging parallel eine Distanzierung gegenüber den USA einher. Das galt allerdings nicht für die Zeiten der Militärdiktatur von 1964 bis 1985.

Mit der Rückkehr zur Demokratie ab 1985 und besonders nach dem Ende des Kalten Kriegs wandelte sich Brasilien mehr und mehr zu einem kooperativen und dialogorientierten Land, das seinen Fokus auf die Erweiterung der Außenbeziehungen und die Stärkung Südamerikas durch eine aktive Nachbarschaftspolitik legte (Gratius 2004: 7f). Durch die Möglichkeit der Umstrukturierung und Neudefinition des internationalen Systems verfolgen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts zahlreiche Präsidenten südamerikanischer Staaten die Förderung der regionalen Integration zur wirtschaftlichen Entwicklung. Besonders hervorzuheben haben sich diesbezüglich aber die brasilianischen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso²⁷ und sein Nachfolger Luis Inácio Lula da Silva. Auf ihrer außenpolitischen Agenda stehen nicht nur die regionale Integration, sondern auch die Festigung von Stabilität und Sicherheit unter den Nachbarstaaten sowie die Forderung nach mehr Multilateralismus auf internationalem Terrain (Sousa 2008: 2). Durch eine Intensivierung der Nachbarschaftsbeziehungen und ein vermehrtes Interesse an internationalen Belangen und Organisationen versucht Brasilien sich selbst, aber auch den Kontinent als Ganzes auf internationaler Ebene besser zu positionieren und Einfluss auf die Neustrukturierung des internationalen Gefüges zu nehmen. Langsam und mit Rücksicht darauf, dass langjährige Strukturen sich sofort umstoßen lassen, aber auch in dem Bemühen keine neuen Entfremdungen und Konflikte zu fördern, hält die brasilianische Politik auch an den traditionellen Partnern, wie den USA und der EU fest. Andererseits wird deutlich versucht, die Macht dieser Großmächte im südamerikanischen Raum zu begrenzen und zu verringern, indem Projekten wie der gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA ein spürbarer Widerstand entgegen gebracht wird (Schirm 2007: 7) und im Gegenzug dazu neue Integrationsbündnisse wie die UNASUR entstehen, bei denen die USA ganz bewusst ausgeschlossen werden

Die UNASUR ist ein hervorragendes Beispiel für die verstärkte Ausrichtung auf Süd-Süd-Kooperationen, die ein multilaterales Handeln zugunsten der Staaten des Südens fördern soll (Saraiva 2007: 56). Joerißen, die in der Beförderung dieser Süd-Süd-Allianzen einen Schwerpunkt der brasilianischen Außenpolitik sieht, umschreibt die neue Situation folgendermaßen:

„Die brasilianische Außenpolitik ist in den vergangenen Jahren markanter geworden, selbstbewusster, schenkt ihre Aufmerksamkeit unterschiedlichen internationalen Foren und Mechanismen – Brasilien diversifiziert seine Außenpolitik. Es setzt seinen Schwerpunkt auf die

²⁷ Präsident Brasilien vom 2. Januar 1995 bis 1. Januar 2003.

Süd-Süd-Allianzen und arbeitet dabei vor allem mit für die brasilianische Politik nicht unbedingt traditionellen Partnern zusammen“ (Joerißen 2008: 5).

Durch die regionalen Partner der UNASUR versucht die Regierung Lula den eigenen und südamerikanischen Handlungsspielraum insgesamt zu erweitern und einen „Multilateralismus des Südens“ aufzubauen (Meier 2005:1). Die südamerikanischen Staaten beginnen also zunehmend sich gegen die neokolonialen Bestrebungen der USA aufzulehnen, die Südamerika den Makel des „Hinterhofs der Vereinigten Staaten“ einbrachte. Somit wird auch ersichtlich, warum Südamerika immer deutlicher den eigenen Führungsanspruch gegenüber den USA betont und die eigenen Vorstellungen denjenigen der USA entgegenstellt (Schirm 2007: 2).

5.3.1 Gründe der UNASUR für eine Gegenmachtbildung

Angesichts der im vorhergehenden Kapitel dargelegten Tendenzen der Gegenmachtbildung stellt sich die Frage, warum die Staaten der UNASUR gerade jetzt das Ziel haben sich aktiv und deutlicher als früher den USA entgegenzustellen, deren Machteinfluss zu dezimieren und unter Nutzung der eigenen Ressourcen und Möglichkeiten die Position Südamerikas zu verändern und bestenfalls so eine Umstrukturierung des internationalen Systems zu bewirken. Warum verfolgen Teile der Staatengemeinschaft diese Strategie jetzt und nicht schon seit den 1960er Jahren oder spätestens mit Ende des Kalten Krieges? Denn bereits damals kam es zu zahlreichen US-amerikanischen Interventionen, mit denen beispielsweise rechte Lager unterstützt und die Entwicklung des Kontinents somit gehemmt wurde.

Als Hauptgrund für das selbstbewusstere Verhalten der Südamerikaner erweist sich in diesem Zusammenhang nicht etwa der eigenständige Machtgewinn. Vielmehr sind die Ursachen dafür im Macht- und Imageverlust der USA in den letzten Dekaden, insbesondere in der Amtszeit von George W. Bush, zu suchen. Hat man in der Vergangenheit die Politik der USA und ihrer Institutionen in erster Linie als für die Sicherheit und den Wohlstand der Völker förderlich interpretiert, fürchtet man heute den willkürlichen Umgang mit der Macht (Pape 2005:9). Die USA waren und sind, wie jeder andere Staat auch, um ihre nationalen Interessen bemüht. In ihrer Durchsetzung konnten die USA aufgrund ihrer Stärke seit je her wesentlich mehr Mittel einsetzen als andere Staaten. Das tun sie auch heute noch - aufgrund der veränderten Gegebenheiten und dem Antiamerikanismus jedoch verstärkt und aggressiver.

Die veränderte Wahrnehmung der USA hängt, wenn auch nicht nur, zu großen Teilen eng mit den Geschehnissen um den 11. September 2001 zusammen. Seit den Terroranschlägen aufsetzen die Vereinigten Staaten verstärkt auf die militärische Durchsetzung ihrer Interessen (Paul 2005: 47). Die während der Amtszeit von Georg W. Bush entwickelten Bush-Doktrin

stärkten das Unwohlsein der anderen Staaten bezüglich des anwachsenden Unilateralismus spürbar und somit „they have opted for low-cost diplomatic strategies that essentially seek to constrain U.S. power and dim the chances of the United States becoming a more threatening hegemon“ (Paul 2005: 58). Mit dem Einmarsch in den Irak und den damit einhergehenden militärischen Maßnahmen veränderte sich die Wahrnehmung der USA durch die internationale Gemeinschaft. Viele Staaten zweifelten aufgrund zahlreicher Fakten an den Motiven der USA. Ging es tatsächlich um eine Entmachtung Saddam Hussein im Interesse des Weltfriedens oder eher um die Sicherung des Zugriffs auf die Ölressourcen im Nahen Osten? Nutzten die USA nicht vielmehr die Situation und die als bedrohlich wahrnehmbare Lage als Vorwand zur Durchsetzung unilateraler Interessen? Bereits bei vorherigen US-amerikanischen Interventionen auf lateinamerikanischem Gebiet wurden die Motive der Amerikaner immer wieder angezweifelt. Im Fall Afghanistan und Irak registrierten auch die südamerikanischen Staaten – wie andere Akteure und Großmächte – das Hinwegsetzen der Vereinigten Staaten über internationales Recht und internationale Normen ausgesprochen kritisch. Aus neorealistischer Perspektive war diese Entwicklung zu erwarten. Aus neorealistischer Perspektive war dieses Verhalten absehbar, da internationale Organisationen eine reine Verhandlungsarena sind, die die realpolitischen Verhältnisse widerspiegeln. Da die USA der Hegemon sind, war somit zu erwarten, dass sie sich über die internationalen Institutionen hinwegsetzen. Dennoch schürte das zusätzliche Befürchtungen und verringerte das Ansehen der USA weiter.

Der auf der Radikalisierung der Politik basierende Ansehensverlust der USA erhöhte die Wahrscheinlichkeit der Allianzbildung - des Balancings – und somit die Erfolgsaussichten in Bezug auf die Etablierung einer Gegenmacht durch andere Staaten also auch durch die südamerikanischen. Noch finden sich keine belastbaren Belege dafür, dass sich die Politik der USA zu einer Gefahr für die anderen Staaten entwickelt. Das trägt aber nicht zur Beruhigung bei, vielmehr wächst die Befürchtung aus dem unipolaren Führer könnte ein „unbezähmbarer“ globaler Hegemon werden (Pape 2005: 35).

Ein weiterer Grund für den wachsenden Widerstand gegen den Führungsanspruch der USA und zugleich auch eine Erklärung für das Entstehen und den sich zunehmend einstellenden Erfolg der UNASUR, ergibt sich aus dem neuen politischen und ideologischen Gegebenheiten auf dem südamerikanischen Kontinent. Diese liegen in der Vergangenheit begründet und bedürfen eines kleinen Exkurses.

Ausgangspunkt ist die Krise des „Washingtoner Konsens“. Für die Bearbeitung der Verschuldungskrisen nach dem Ende der ISI-Strategien²⁸ setzte man auf ein politökonomisches Wundermittel: Der Staat hatte sich zu beschränken und sollte sich aus möglichst vielen gesellschaftlichen und insbesondere den wirtschaftlichen Bereichen zurückziehen. Es folgte eine Welle der Privatisierung staatlicher Betriebe und eine generelle Liberalisierung der Wirtschaft (Önis/Senses 2005: 263f). Die lateinamerikanischen Märkte öffneten sich, die öffentlichen Ausgaben wurden drastisch reduziert, insbesondere zu Lasten der Sozialprogramme. Die Finanz- und Staatskrisen ließen sich damit aber nicht sofort beheben. In der Folge geriet die Hegemonie des marktradikalen und neoliberalen Denkens zunehmend ins Wanken. Der wirtschaftliche und politische Aufstieg der Tigerstaaten (Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong) verstärkte diesen Trend, der auch die Staaten Südamerikas zunehmend tangierte. Die Frustration der Bevölkerung über die sozial katastrophalen Folgen der neoliberalen Strukturanpassungs- und Wirtschaftspolitik führte in den letzten Jahren in vielen Staaten Lateinamerikas zu einer Diskreditierung des neoliberalen Modells und ebnete den Weg für den so genannten Linksruck.

Die sich als politisch links definierenden Regierungen haben vor allen Dingen durch ihre anti-neoliberalen Programme Erfolg, in denen sie sich antiimperialistisch, patriotisch darstellten und sich auf ihre indigene Vergangenheit beriefen. Neben diesen Gemeinsamkeiten verbindet auch die persönliche Entwicklung und Vergangenheit die neuen Präsidenten Lateinamerikas. Alle blicken auf einen ähnlichen politisch-ideologischen Hintergrund zurück und teilen dadurch oftmals Weltanschauung und Feindbilder. Vor diesem Hintergrund entstehen Kooperationen deutlich leichter und es gelingt eine Abstimmung der Außenpolitik. Mehr oder weniger offen erklärtes Ziel einer Vielzahl von lateinamerikanischen Regierungen ist es, die politischen Verbindungen zwischen den Staaten zu nutzen, um den bisherigen Status quo der hegemonialen Dominanz der USA in Richtung einer multipolaren Machtbalance auf dem Kontinent zu verändern.

Zusätzlich begünstigt ein weiterer Punkt das Entstehen der neuen Integrationsbündnisse: Die Befürchtungen oder besser das starke Bedenken gegenüber der US-dominierten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA. Beispielhaft in diesem Zusammenhang ist der Beitritt Mexikos zur NAFTA (*North American Free Trade Agreement*). Zunächst profitierte das Land in wirtschaftlicher Hinsicht, sowohl was das Wirtschaftswachstum als auch die

²⁸ ISI-Strategien sind Strategien von Entwicklungsländern zur Beschleunigung der industriellen Entwicklung (Hein 2005).

Armutsbekämpfung und die Frage der Einkommenserhöhungen anging. Die Effekte waren aber deutlich regional und zeitlich begrenzt (Sangmeister/ Melchor del Rio 2004: 67).

Im Zuge der Bemühungen um die Freihandelszone ALCA sind die Befürchtungen ähnliche. Aus südamerikanischer Perspektive nutzen die USA auch dieses Projekt als Instrument, um südamerikanische Integrationsbündnisse überflüssig zu machen und den Kontinent im eigenen Interesse zu gestalten. Der Verlust von Souveränitätsrechten und die Ausbeutung der südamerikanischen Ressourcen wären dabei wahrscheinlich nur einige der Konsequenzen für den Subkontinent (Sangmeister 2003).

Aufgrund der historischen Erfahrungen mit den konsequent den eigenen Vorteil durchsetzenden USA, hat ein Großteil der Staaten Südamerikas - und gerade die mit starken sozialen Bewegungen - immense Vorbehalte sich in einen asymmetrischen Integrationsprozess zu begeben. Insbesondere wenn sie sich einer unilateral agierenden und nicht auf Ausgleich orientierten Supermacht gegenüber sehen, die ausschließlich auf die Öffnung der Märkte aus ist (Gratius 2005: 94). Ein Blick in die Vergangenheit der US-Lateinamerikapolitik reicht, um zu verstehen, warum die Aufrufe Washingtons zur panamerikanischen Zusammenarbeit eher Skepsis und negative Assoziationen wecken, als Begeisterung. Die USA haben ihre Interessen und Ansprüche immer wieder mit Gewalt durchgesetzt und mit Hilfe zahlreicher selbstverfasster Doktrinen wie der Monroe-Doktrin durchgesetzt. Die US-Lateinamerikapolitik führte die lateinamerikanischen Staaten jedoch nicht, wie versprochen, in eine Zukunft des Wohlstands, sondern in eine Realität, die von politischer und ökonomischer Instabilität geprägt war. Die offensichtliche Disparität zwischen den politischen Versprechungen der USA und der machtpolitischen Realität erschütterten das Vertrauensverhältnis zwischen den Nordamerikanern und dem südamerikanischen Subkontinent nachhaltig. Hartmut Sangmeister beschreibt und untermauert die starken Bedenken gegenüber den US-amerikanischen Projekten folgendermaßen:

„Meinungsumfragen eines unabhängigen US-Forschungsinstituts in acht lateinamerikanischen Ländern ergaben im Jahr 2002 ein deutlich gesunkenes Ansehen der USA im Vergleich zu früheren Jahren. Die Mehrheit der Befragten war der Ansicht, dass die Politik der Vereinigten Staaten zu einer Verschärfung der Unterschiede zwischen Arm und Reich beitrüge, und dass die Weltmacht keinen entscheidenden Beitrag zur Lösung der Weltprobleme leiste. In allen lateinamerikanischen Ländern, die in die Meinungsumfrage einbezogen waren, wurde eine zunehmende Amerikanisierung der eigenen Gesellschaft mehrheitlich abgelehnt“ (Sangmeister 2003).

Die Staaten Lateinamerikas verbinden aufgrund zahlreicher Faktoren die US-amerikanische Politik als eine Bedrohung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen. Der Vorrang, der heute den Projekten der Süd-Süd-Integration eingeräumt wird, kann deshalb nicht verwundern. Mit dieser Entscheidung wachsen die Chancen der erfolgreichen Gegenwehr

gegen ein weiteres handelspolitisches Vorrücken der USA und der Stärkung der eigenen Positionen in den regionalen Abkommen und auch auf internationaler Ebene (Boeckh 2005: 93f).

Handlungsspielräume ergeben sich für die südamerikanischen Präsidenten durch die zahlreichen Probleme und Krisenherde, mit denen die USA insbesondere im letzten Jahrzehnt zu kämpfen hatten. So ließ wie bereits erwähnt das US-Engagement und -Interesse für Südamerika infolge des Terroranschlags vom 11. September 2001 erheblich nach und eröffnete Südamerika so die Möglichkeit ihre internationalen Beziehungen zu vertiefen und diversifizieren (Nolte/ Stolte 2009: 3). In den acht Jahren Bush-Administration haben die südamerikanischen Staaten zudem mehrere regionale und subregionale Foren geschaffen, von denen die USA ausgeschlossen blieben, ALBA und auch die UNASUR richteten sich sogar explizit gegen die Hegemonialmacht.

5.3.2 Vorgehensweise der UNASUR bei der Gegenmachtbildung

Noch befindet sich der Staatenbund UNASUR in seiner Aufbauphase und kann noch kaum Erfolge für sich verbuchen. Erklärtes Ziel des Bündnisses ist es aber - und das schon seit Beginn der Zusammenarbeit - eine langfristige Gegenposition zu den USA zu installieren.

Die Gegenmachtbildung ist aus der Perspektive der Neorealisten, wie in Kapitel 2 ausführlich beschrieben, eine Möglichkeit bestehende Machtungleichheiten im internationalen System auszugleichen, die Stärke der bedrohlichen Hegemonialmacht einzuschränken und bestenfalls die eigene Position im internationalen System neu zu bestimmen. Dabei schließen sich in dem Fall der UNASUR Staaten zu einer Allianz zusammen und bemühen sich mit der gegenseitigen Unterstützung gegen eine potentielle Bedrohung durch die USA vorzugehen. Die Politik des Balancing gegenüber der Supermacht USA gestaltet sich dabei als außerordentlich schwierig und bedarf des absoluten Zusammenhalts der Allianzmitglieder, um den Einfluss und die Bedrohung der Supermacht zu schmälern.

Obwohl die Union Südamerikanischer Nationen noch recht jung ist, lassen sich erste Tendenzen einer Gegenmachbildung mithilfe weicher Mittel – Soft-Balancing erkennen. Sie sollen im Folgenden exemplarisch verdeutlicht werden.

Erstmals in der Geschichte Südamerikas vereinigten sich unter dem Namen UNASUR alle südamerikanischen Staaten. Damit arbeiten jetzt Staaten zusammen, die nicht unbedingt als traditionelle Partner zu betrachten sind (Joerißen 2008: 5), geschweige denn freundschaftliche Beziehungen zu einander unterhalten. Selbstverständlich funktioniert die Zusammenarbeit unter den Nachbarstaaten nicht immer reibungslos und einige Staaten verbünden sich auch

ausdrücklich und lediglich, um die eigene Position gegenüber dem potentiellen Gegner oder Kontrahenten zu stärken. Allerdings ermöglicht die zweckorientierte Überbrückung von Vorurteilen die Beilegung von Konflikten und die gegenseitige Annäherung auf anderen Gebieten. So fungierte Brasilien bereits in zahlreichen Fällen erfolgreich als Vermittler, beispielsweise im Kolumbienkonflikt oder auch während der Regierungskrise in Bolivien 2003 (Scholvin/Mattes 2007: 4), und trug damit zur Problemlösung bei.

Das Ziel sich mit dem Feind des Feindes einzulassen und so mehr Machtmittel und Stärke anzuhäufen ist nicht der einzige Grund für die Allianzbildung. Mit der UNASUR wurde zudem eine Wirtschaftskooperation begründet, welche die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Kontinents vorantreibt und nicht nur auf die eigene Gewinnmaximierung abzielt, sondern auch auf einen Gewinnverlust auf Seiten der US-amerikanischen Wirtschaft. Der verstärkte Handel unter den Nachbarstaaten und unter Ausschluss der USA soll dabei zu einer neuen Handelsgeografie führen, mit derer man die Abhängigkeit von den US-amerikanischen Märkten und den für den Süden ungünstigeren Handel mit dem Norden verringern möchte. Durch die verstärkte Zusammenarbeit und der Kooperation untereinander soll ein multilaterales System entstehen, bei dem die aufstrebenden Staaten Südamerikas einen politischen Gegenpol zu den Industrienationen (speziell den USA) bilden und der Protektionismus der Industriestaaten abgebaut wird (Gratius 2004: 17). Südamerika will nicht länger als ein Kontinent der Schwellen- und Entwicklungsländer wahrgenommen werden, sondern als mächtiger Teil in der Welt, der seine regionalen Konflikte und Vertrauensschwierigkeiten abbaut, um als geeinter Kontinent am Weltgeschehen teilhaben und es sogar mitbestimmen zu können (Flórez 2009: 156).

In Südamerika kümmerten sich die einzelnen Staaten lange Zeit immer nur um das nationale Wohl. Um die unilateralen Handlungen der USA zu unterminieren oder zumindest einzuschränken, setzt man nun auf die Wirkung von diplomatischen Vereinbarungen. Eine intensive und breite Diplomatie in der Region eint die südamerikanischen Staaten und hilft aus der rhetorischen Integration endgültig eine reale werden zu lassen. Beispielhaft für die positive Wirkung nachbarschaftlicher Diplomatie sind die Ereignisse im Zusammenhang mit der Invasion der kolumbianischen Armee in Ekuador im März 2008. Dieser völkerrechtswidrige Angriff, bei dem laut unbestätigten Berichten auch US-amerikanische Streitkräfte beteiligt waren, hätte fast zu einem Krieg Kolumbiens mit Ekuador und Venezuela geführt. Die Konfliktbeilegung und Lösung gelang einem geeinten Südamerika, das in Folge der gemeinsamen Strategie an Stärke gewonnen hat und eine weitere Einflussnahme der USA verhinderte (Flórez 2009: 150).

Diplomatisches Geschick müssen die UNASUR-Mitglieder auch in den letzten Monaten vermehrt aufbringen. Die USA bemühen sich um eine Aufstockung der US-amerikanischen Militärpräsenz durch die Neuerrichtung zahlreicher Militärbasen auf südamerikanischem Territorium. In der offiziellen Begründung heißt es, diese seien für die Bekämpfung von Drogen und Terrorismus und für die humanitäre Nothilfe unabdingbar notwendig (Schierkes 2008: 3). Sie werden von den südamerikanischen Staaten aber eher als Kontrolle und Bedrohung wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund und sich berufend auf die Tatsache, dass sich Südamerika seit dem Zweiten Weltkrieg als Friedenszone versteht, wächst der Widerstand gegen die Aufstockung der Militärpräsenz. Unterstützt wird dieser Widerstand gegen die dauerhafte Stationierung ausländischer Armeen innerhalb der aktuellen politischen Integrationsprozesse.

Seit der Gründung der UNASUR und des Südamerikanischen Verteidigungsrats haben sich die südamerikanischen Staaten in ihren Beziehungen untereinander verstärkt diplomatischen Mitteln zugewandt und man verfolgt eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik, weshalb nun auch bezüglich der Errichtung weiterer US-Militärbasen mit einer Ausnahme²⁹ an einem Strang gezogen wird. Das erschwert den USA die Umsetzung ihrer Pläne erheblich. Zudem versagen die UNASUR-Staaten anderen US-amerikanischen Vorhaben die diplomatische Unterstützung, zum Beispiel der Entsendung südamerikanischer Soldaten in US-amerikanische Krisenherde.

Mit dem Boykott zusätzlicher Militärstützpunkte will die UNASUR den USA verdeutlichen, dass die US-amerikanischen Pläne nun zunehmend der südamerikanischen Unterstützung bedürfen. Die selbstverständliche Nutzung des Subkontinents für US-amerikanische Interessen scheint vor dem Hintergrund des geschlossenen Auftretens der südamerikanischen Staatengemeinschaft nicht mehr so leicht möglich. Eine beschränkte beziehungsweise gänzlich untersagte Gebietsnutzung scheint möglich und greifbar.

Brasilien, als Motor des Bündnisses, betreibt über das Bündnis UNASUR weitere gegenmächtsbildende Maßnahmen. Dr. Stefan Schirm schreibt dazu:

„Sowohl in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen als auch in sicherheitspolitischen Fragen entwickelte das Land neue Aktivitäten. [...] Dabei beschränkte sich die brasilianische Außenpolitik nicht nur auf die eigene Region, sondern zeigte zunehmend globale Dimensionen. Herausragende Beispiele für das schärfere Profil der internationalen Rolle Brasiliens sind das Auftreten bei WTO-Verhandlungen, in der UNO und in der Auseinandersetzung mit den USA in den Planungen zur ALCA“ (Schirm 2007: 1).

²⁹ Das USA nahe Kolumbien unterstützt die USA bei der Errichtung neuer Militärstützpunkte und durchkreuzt auch sonst häufiger das gemeinsame Vorgehen der UNASUR-Mitglieder (Schierkes 2008).

Durch einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und eine stärkere Position bei WTO-Verhandlungen soll nicht nur Brasiliens internationales politisches und wirtschaftliches Gewicht gestärkt werden (Joerißen 2008: 6), sondern das des gesamten UNASUR, womit das Ziel einer multipolaren Weltordnung gestärkt würde und der Handlungsspielraum auf internationaler Ebene erheblich erweitert wäre.

Die Erweiterung des Handlungsspielraumes ergibt sich zusehend auch durch das verstärkte Interesse anderer Großmächte an dem südamerikanischen Kontinent. Nicht nur aufgrund ihrer großen Ressourcenvielfalt und den damit verbundenen Möglichkeiten, sondern auch aufgrund der Beschäftigung der UNASUR mit für sie neuen beziehungsweise nun wichtigeren Themen, wie sozialer Gerechtigkeit, Sicherung der Menschenrechte, Kampf gegen Armut und Hunger zeigen die Mitglieder der UNASUR ihr Streben nach Entwicklung und werden deshalb zunehmend von der internationalen Staatengemeinschaft unterstützt. Doch gerade das vermehrte Interesse Europas missfällt den USA, weshalb es in ihren Projekten, wie der mittlerweile gescheiterten ALCA, oft darum geht, Südamerika gegenüber dem europäischen Integrationsmodell zu immunisieren (Sangmeister 2003). Denn die europäische Variante mit seiner Süd- und Osterweiterung wird in Südamerika als Idealvorlage für die eigenen Integrationsbemühungen gesehen, wodurch die US-amerikanischen Entwürfe weiter an Attraktivität verlieren.

Eine wirkliche Wahlmöglichkeit bezüglich der wirtschaftlichen Integration nach europäischen oder US-amerikanischen Modell haben die schwächeren lateinamerikanischen Volkswirtschaften natürlich nur dann, wenn ihnen die Europäer mit ihren Angeboten entgegenkommen. Diese tun sich diesbezüglich aber noch immer schwer und zeigen sich außer mit entwicklungspolitischen Unterstützungsangeboten mit ihren Freihandelsofferten wenig kompromissbereit (Sangmeister 2003). Dass die Situation dabei nicht nur schwierig und unabsehbar für die Staaten Südamerikas ist zeigt folgender Kommentar des Politikwissenschaftlers Hartmut Sangmeister:

„Bekanntermaßen sind Dreierverhältnisse nicht immer frei von Spannungen und unliebsamen Überraschungen. Wir Europäer dürfen insofern gespannt sein, ob sich doch noch erfüllt, was bereits 1910 von dem damaligen US-Präsidenten Taft geäußert wurde. Damals, als die hispanoamerikanischen Republiken das hundertjährige Bestehen ihrer Unabhängigkeit feierten, hatte der US-Präsident erklärt: *„Der Tag ist nicht fern, da drei Sternenbanner die Ausdehnung unseres Staatsgebietes kennzeichnen: eines am Nordpol, das andere am Panamakanal und das dritte am Südpol. Die ganze Hemisphäre wird in der Tat [...] unser sein“* (Sangmeister 2003).

Aus neorealistischer Sicht kann man die Außenpolitik der UNASUR mit dem Streben nach einer Macht- und Sicherheitsmaximierung erklären. Dabei versuchen die Staaten durch ihre Süd-Süd Kooperation eine Veränderung in der internationalen Macht-Hierarchie zu erreichen und die Dominanz der Industrieländer bzw. die US-amerikanische Hegemonie im

internationalen System zu verringern. Unter Berücksichtigung des Neorealismus ist also zu erwarten, dass die UNASUR Soft-Balancing-Methoden anwendet, um tatsächlich eine Gegenmacht gegenüber den USA aufzubauen. Denn, wie bereits erwähnt, kooperieren Staaten regional immer mit dem Zweck der Stärkung der eigenen Position in ihrem internationalen Umfeld, dem Ziel Machtungleichheiten auszubalancieren oder Bedrohungen der eigenen Wettbewerbsposition durch Gegenmachtbildung zu begegnen (Roloff 1998: 77). In einer anarchisch strukturierten Welt gestaltet sich die Allianzbildung für die südamerikanischen Staaten zwar schwierig, aber ist so ziemlich die einzige Möglichkeit genügend Fähigkeiten und somit Macht anzuhäufen, um eine Gegenmacht zu bilden. Soft-Balancing ist dabei eine der sicheren und erfolgversprechenden Vorgehensweisen, wenn die gegenwärtige Situation und auch die verfügbaren Ressourcen kein Hard-Balancing erlauben.

6 Die UNASUR als Gegenmachtbildung – Potential und Problematik

Wie im Verlauf dieser Arbeit dargestellt, zeichnet sich Südamerika durch eine Vielzahl von bi- und multinationalen Zusammenschlüssen aus. In keiner anderen Region ist eine vergleichbare Dichte und Vielfalt an Bündnissen zu finden. Die immer wieder auftauchende Idee regionaler Bündnisse ergibt sich dabei laut Manfred Mols aus einem „reichhaltigen Vorkommen an ausreichender Substanz und Resonanz in Kooperations- und Integrationsmaterien“ (Mols 1996: 101). Horst Pietschmann beschreibt als Grund für die hohe Empfänglichkeit der südamerikanischen Staaten gegenüber solchen Zusammenschlüssen ihre historischen Erfahrungen. Diese stehen im engen Zusammenhang mit der Freiheitsvorstellung und dem Streben nach Selbstbestimmung Südamerikas, die sich gegen jede Form von äußerer Bevormundung richten (Pietschmann 1981: 54). Beide Positionen ergänzen einander und belegen, dass die Idee eines regionalen Bündnisses nie aufgegeben und stetig weiter entwickelt wurde. Auch wenn es zahlreiche Initiativen gab, die nie über den theoretischen Ansatz hinaus gingen und ambitionierte Projekte wie der MERCOSUR und die CAN, die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnten.

Die Gründung der UNASUR ist Ausdruck der weiterhin existierenden Hoffnung auf einen Staatenbund, der neben einer Vielzahl von beeindruckenden konkreten Zielen auch die Möglichkeit und die politische Idee einer Gegenmachtbildung zu den USA impliziert. Dem Beobachter stellt sich die Frage, welches Potential die UNASUR realpolitisch betrachtet tatsächlich hat. Entwickelt sich hier das zukunftssträchtige Modell eines funktionierenden und

die Situation auf dem südamerikanischen Kontinent effizient verbessernden Bündnisses? Kann die mit der Staatengemeinschaft verbundene Machtbehauptungspolitik gegenüber den USA fruchten und wenn ja aus welchen Gründen? Oder erweist sich die UNASUR letztendlich wieder als ein temporäres Phänomen, das in einigen Jahren als wiederum gescheiterte Integrationsbemühung zu den Akten gelegt werden muss?

Welche Faktoren für und gegen das Fortbestehen der UNASUR und somit für das Gelingen der Gegenmachtbildung sprechen und welche eher hemmend wirken, wird im Folgenden dargestellt.

6.1 Potential der UNASUR und der Gegenmachtbildung

Die immer wiederkehrende Idee eines geeinten Südamerikas, mit dessen Hilfe sich mittelfristig eine qualitative Verbesserung in allen Lebensbereichen des Kontinents ergeben würde, gründet sich auf die vielen Gemeinsamkeiten der Staaten des Subkontinents und lässt sich bis in die Kolonialzeit zurückverfolgen. Diese Gemeinsamkeiten, die sich aus der Historie und Gegenwart ergeben haben, sind Teil des Potentials für das Fortbestehen der UNASUR und somit auch für die Gegenmachtbildung.

In Bezug auf Sprache, Religion und Geschichte stellen die südamerikanischen Staaten eine im Vergleich zu anderen Weltregionen relativ homogene Region dar. Diese Homogenität wird von den Gründerväter der UNASUR immer wieder betont und als wichtige Grundlage für das Entstehen und Fortbestehen der Staatengemeinschaft gewertet und als existentiell für die Herausbildung einer gemeinsamen südamerikanischen Identität beschrieben.

Allein in neun der zwölf UNASUR-Staaten ist Spanisch Amtssprache. Letztendlich wird es aber, begründet durch die territoriale Größe und den hohen Bevölkerungsanteil Brasiliens, nur von rund 50 Prozent der südamerikanischen Bevölkerung gesprochen. Die andere Hälfte der Bevölkerung des Kontinents spricht Portugiesisch³⁰, was nicht wirklich ein Hemmnis darstellt, da es dem Spanischen sehr ähnelt.

Laut Jeffrey Frankel wirkt sich eine gemeinsame Sprache sehr positiv auf den Handel zwischen zwei Ländern aus (Frankel 1998: 96). In der Regel steigt die Handelsquote mit gleichsprachigen Nachbarn auf bis zu 60 Prozent an. Im Vergleich zur EU, dem erklärtermaßen großen Vorbild der UNASUR, haben die südamerikanischen Bündnispartner somit einen signifikanten Vorteil. Denn nicht nur Handelsbeziehungen, sondern auch der

³⁰ In den Staaten Surinam und Guyana, ebenfalls Mitgliedsstaaten der UNASUR, wird Niederländisch und Englisch gesprochen. In den beiden Staaten lebt schätzungsweise weniger als ein Prozent der südamerikanischen Gesamtbevölkerung. Grundsätzlich wird die Bevölkerung hier eher selten zur Kategorie Südamerikaner gezählt. Als Nachfahren der holländischen und englischen Eroberer und Kolonialherren entsprechen sie nicht dem traditionellen Verständnis.

Personenverkehr, die vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten und auch die Attraktivität für Unternehmer profitieren davon und wirken sich somit positiv auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Kooperation und damit auch auf den Prozess der Annäherung und gemeinsamer Interessenvertretung aus.

Südamerika bietet grundsätzlich ein breites Spektrum religiöser Glaubensformen. Das ändert nichts daran, dass der katholische Glaube noch immer der einflussreichste und am weitesten verbreitete ist. Obwohl der Einfluss der Kirche zunehmend schwindet, wird ihr von der Gesamtbevölkerung noch immer ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt.

Neben Religion und Sprache ist die gemeinsame Vergangenheit ein die südamerikanischen Staaten stark verbindendes Element, das auch von entscheidendem Einfluss für die Festigung des Bündnisses gewertet wird. Wie bereits im dritten Kapitel beschrieben, unterlag der Subkontinent bis zur Unabhängigkeitsbewegung faktisch einer politischen Zweiteilung. Dabei wurde dem Kontinent ein Regionalismus nach den Vorstellungen der spanischen und portugiesischen Krone aufgezwungen (Korthoff 2005: 55). Aufgrund der zunächst großen Abhängigkeit von Europa und dem nach der eigenen Unabhängigkeit steigenden Einfluss von Nordamerika etablierten sich über einen Zeitraum von fast einhundert Jahren nur relativ schwache Impulse für eine Konföderation. Doch bereits die ersten Integrationsbestrebungen³¹ sind laut Kahle Ausdruck eines gemeinsamen Bewusstseins einer Schicksalsgemeinschaft, die auf der Suche nach einem Verteidigungsinstrument gegen außerkontinentale imperialistische Absichten ist (Kahle 1981: 40ff). Auch wenn sich die Einwohner der kolonialen Herrschaftsgebiete nicht als Einheit empfanden und weiterhin großen Wert auf ihre Verschiedenheit legten, waren sie sich der integrativen Impulse ihrer gemeinsamen Sprache, Religion, Kolonial- und Verwaltungsstruktur durchaus bewusst (Pietschmann 1981: 62). Auch heute gibt es ein latentes Gefühl der Gemeinsamkeit, aus dem sich nicht nur ähnliche Wertevorstellungen sondern auch eine gefühlte gemeinsame südamerikanische Identität speisen.

Ebenso wie der gleiche historische Werdegang eint auch die politische Vergangenheit und Gegenwart die südamerikanischen Staaten. So etablierten sich zwischen 1965 und 1985 auf dem gesamten Subkontinent rechtsgerichtete Diktaturen, die in den 1980er Jahren beinahe zeitgleich entmachteten wurden und auf dem gesamten Kontinent in Präsidialsysteme mündeten.

³¹ Simón Bolívar identifizierte und benannte Anfang des 19. Jahrhunderts als erster die wachsenden Probleme der früheren Kolonialgebiete (Kahle 1891: 41). Die Ziele Bolívars sind unvergessen und spielen bei fast allen Integrationsprojekten in der Geschichte Südamerikas eine besondere Rolle. Der Bolivarismus hat sich mittlerweile zu einem spanisch-amerikanischen Mythos entwickelt, der sich in erster Linie auf die Aspekte einer gemeinsamen Sprache, Abstammung und einer gemeinsamen Geschichte begründet.

Südamerika entwickelte sich seitdem zu einer demokratischen Region³² und von wenigen Ausnahmen abgesehen ist es bis heute weitgehend demokratisch. Die Qualität der Demokratien muss allerdings als begrenzt eingeschätzt werden (Thiery 2007).

Südamerika ist ein Kontinent großer gesellschaftlicher Widersprüche und Probleme: Armut, soziale Ungerechtigkeiten, gravierende Unterschiede zwischen Arm und Reich, Korruption und Kriminalität schlagen sich negativ auf die Entwicklung der Region nieder, andererseits schafft die Tatsache, dass fast alle Staaten in gleicher Weise mit diesen Problemen belastet sind, eine weitere Gemeinsamkeit. Aus dieser erwächst ein besonderes Verständnis für einander und der Wille vereint dagegen vorzugehen. Diese gemeinsamen Probleme und Zielsetzungen haben im Laufe der letzten Dekaden, in der Hoffnung so die Situation der einzelnen Staaten und des gesamten Subkontinents zu verbessern, immer wieder neue Bündnisprojekte initiiert. Eine Triebkraft dieser Bemühungen war auch stets die gefühlte Frustration und der existierende Unmut gegenüber den USA und der von ihnen praktizierten Integrationspolitik.

Als politischer Gegenentwurf findet die EU immer mehr Bewunderer und Unterstützer, deren Strukturen und Ideen von einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einheit, auf dem nach neuer Stärke suchenden Kontinent auf großes Interesse stoßen. Die bereits bestehenden südamerikanischen Bündnisse, Institutionen und Organisationen ermöglichen den UNASUR-Mitgliedern mittlerweile den regelmäßigen Gedankenaustausch und Treffen, was die grundsätzlichen Integrations- und Annäherungsbemühungen spürbar unterstützt.

Zudem hat sich Südamerika in den vergangenen Jahren in eine wirtschaftlich florierende Region entwickelt, die sich auch mit technologischen Erfolgen schmücken kann³³. Die mit den neu entdeckten Ressourcen, wie die Erdöl- und Gasvorkommen in Brasilien, Ekuador und Venezuela, gewachsenen Zukunftschancen rücken die Region zusätzlich in den Fokus der Öffentlichkeit. Für eine erfolgreiche Realisierung der UNASUR gilt es dieses Potential zu nutzen, ebenso wie die in den Bündnissen MERCOSUR und CAN gesammelten Erfahrungen, vor allem aber um aus den Fehlern der Vergangenheit gemeinsam die richtigen Schlüsse zu ziehen.

³² Zum Vergleich: Im Jahr 1977 gab es mit Costa Rica, Venezuela und Kolumbien nur noch drei Staaten, die als Demokratien eingestuft werden konnten. Die übrigen 16 Länder wurden autoritär regiert – zumeist von Militärs oder militärisch gestützten zivilen Regierungen. Innerhalb von nur 13 Jahren kehrte sich diese Situation um: Außer Kuba und dem Nachzügler Mexiko konnten sich im Jahr 1990 alle Regierungen auf eine demokratische Legitimation durch weitgehend freie und faire Wahlen stützen (Thiery 2007).

³³ Brasilien zeigt sich besonders erfolgreich im Export von Flugzeugen und langlebigen Verbrauchsgütern. Bei entsprechender Förderung könnten sich auch Argentinien, Chile und andere Länder als Produzenten im High-Tech-Agrarbereich profilieren, beispielsweise als Vorreiter im Bereich der Agrobiotechnologie (Sachs 2004: 2).

Die Chancen der UNASUR zum Abbau der intraregionalen Spannungen beizutragen, können als groß eingeschätzt werden. Das Bündnis kann die Entwicklung der Wirtschaft enorm ankurbeln und die Abhängigkeit zu den USA verringern. Die gemeinsame Interessenvertretung wird spürbaren Niederschlag in der Stärkung der Verhandlungspositionen der südamerikanischen Staaten haben. Mit Blick auf die übergroße Vielzahl der existierenden Initiativen scheint eine Konzentration auf die UNASUR angebracht. Bestehende Staatenbünde wie die CAN oder der MERCOSUR könnten dann ganz ersetzt werden. Die Zusammenarbeit der südamerikanischen Staaten mit Drittstaaten würde auf diesem Wege deutlich an Überschaubarkeit gewinnen.

In der UNASUR sind alle Staaten Südamerikas vereint. Im Gegensatz zu CAN und MERCOSUR gehören sowohl die ärmeren als auch die reicheren Staaten zum Bündnis. Zudem lassen sich erste substanzielle Fortschritte in den Bereichen Infrastruktur, Energie und regionalen Sicherheits- und Verteidigungssektor erkennen. Projekte wie IIRSA³⁴ und CSD³⁵ belegen dies (Flemes/Westermann 2005: 4, 6). Aufgrund dieser Erfolge und dem Potential der UNASUR sind Kooperationsprozesse mit vorwiegend wirtschafts- und handelspolitischen Zielen, wie beispielsweise CAN und MERCOSUR, bereits deutlich in den Hintergrund getreten und die Chancen der Gegenmachtbildung steigen. Der Subkontinent kann mit einer Stimme sprechen und der Zugewinn an Territorium schlägt sich in einer Erhöhung des wirtschaftlichen Potentials nieder. Der Zuwachs und die Konzentration von finanziellen Mitteln macht die Lösung von Problemen, egal welcher Natur, leichter.

Aufgrund dieser zahlreichen positiven Faktoren, scheint das Potential, eine Gegenmacht zu bilden, somit Selbstbewusstsein und neue Einflussmöglichkeiten zu gewinnen und die Etikettierung als Hinterhof der USA endlich abzustreifen, groß.

6.2 Problematik an der UNASUR und der Gegenmachtbildung

Neben den Vorteilen, die ein Integrationsbündnis wie die UNASUR zu bieten hat, gilt es auch eine Reihe von potentiellen Nachteilen und drohenden Problemen zur Kenntnis zu nehmen. Auch in dieser Beziehung ist der Prozess der europäischen Integration, der nicht in allen EU-Mitgliedsstaaten auf die gleiche Unterstützung stößt, beispielgebend, was unter anderem bei den Abstimmungen über die europäische Verfassung mehr als deutlich wurde. Der Schutz

³⁴ Die regionale Infrastrukturinitiative IIRSA ist ein Projekt, welches auf die Vernetzung südamerikanischer Kommunikations, Energie- und Transportkorridore und damit auf die Verbindung regionaler Wirtschaftszentren zielt (Flemes/Westermann 2005: 4).

³⁵ Der Südamerikanische Verteidigungsrat (CSD), der sich an den NATO-Strukturen kollektiver Sicherheit orientieren soll, dient der Wahrung der Sicherheit und auch der Möglichkeit zur Verteidigung der UNASUR-Staaten (Flemes/Westermann 2009: 6).

nationaler und auch kultureller Besonderheiten und Interessen bedarf bei allen Integrationsbemühungen immer besondere Aufmerksamkeit. Das gilt erst recht für die Prozesse in der südamerikanischen Staatengemeinschaft.

Als äußerst problematisch erweist sich immer wieder der unterschiedliche Entwicklungsstand der einzelnen Staaten sowie die herrschenden sozialen Missstände. Der Großteil der südamerikanischen Bevölkerung lebt in Armut und hat kaum Zugang zu Bildung. Insofern ist fraglich wie viel diese Mehrheit von der Integration profitieren kann und inwiefern sie vor diesem Hintergrund die integrationsfreundlichen Regierungen unterstützt. Nicht zu vernachlässigen ist auch die Frage des Nationalstolzes. Berücksichtigt man zu diesem Punkt zusätzlich die Tatsache der mangelhaften finanziellen Ausstattung dieses Bevölkerungsteils, so sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass die mit zunehmender Integration wachsenden Chancen der Fluktuation – sei es in Bezug auf einen Wohnungs- oder Arbeitsplatzwechsel – auch genutzt werden. Das ausgeprägte Nationalbewusstsein der einzelnen Staaten spiegelt sich häufig in Rivalitäten und Konflikten zwischen Nachbarstaaten wider. Oft geht es um Nachwirkungen von längst vergangenen Kriegen, wie beispielsweise zwischen Bolivien, Peru und Chile³⁶, teilweise aber auch um aktuelle Konflikte, wie zwischen Kolumbien und Venezuela³⁷. Generell gestalten sich die Kooperationsbemühungen und -prozesse zwischen den Ländern sehr schwierig, wenn zwischen den Nachbarstaaten Konflikte bestehen. Die Diskrepanz zwischen Zielvorstellungen und tatsächlicher Situation ist oftmals zu groß.

Die Realität zeigt ein anderes Bild, als das in den öffentlichen Reden von nationalen Politikern heraufbeschworene Zusammengehörigkeitsgefühl (Sangmeister 2003a: 16). So verzeichnete die Geschichte immer wieder signifikante Differenzen zwischen Bolivien und Chile, die sogar bis zum Abbruch sämtlicher diplomatischer Beziehungen reichten. Ob es nun um den Zugang zum Pazifik oder den Verlauf von Grenzen geht, die existierenden Rivalitäten spiegeln sich immer wieder in der aktuellen Politik und bei den Absprachen zwischen den Mitgliedsstaaten der UNASUR wider, egal ob es sich dabei um die Aufgabenzuweisung für Gemeinschaftsorgane oder die Kompetenzabgabe an supranationale Organe handelt. Nationale Interessen wurden und werden immer wieder über die des Kollektivs gestellt und somit handelte es sich bei den bisherigen Zusammenschlüssen lediglich um formale.

³⁶ Zwischen 1879 bis 1884 wurde der so genannte Salpeterkrieg zwischen Chile, Bolivien und Peru geführt. Ein Resultat des Krieges war, dass Bolivien den Zugang zum Pazifik verlor und zum Binnenstaat wurde. Noch heute ist das Verhältnis unter den Ländern belastet, besonders da Bolivien Chile und Peru für seine schwache politische und wirtschaftliche Lage verantwortlich macht.

³⁷ Nach der Invasion kolumbianischer Truppen in Ecuador 2008, zieht Kolumbien ein weiteres Mal den Ärger Venezuelas auf sich. Nach der Unterzeichnung eines umstrittenen Militärabkommen zwischen Kolumbien und den USA 2009 sprach man sogar von venezolanischen Vorbereitungen für einen möglichen Krieg mit dem Nachbarstaat.

In der Konsequenz ist festzustellen, dass die Staaten in der UNASUR organisatorisch vereint sind und diese Gemeinsamkeit auch wollen, weiterhin aber kein ausgeglichenes Verhältnis zueinander haben. Viele der kleineren Mitgliedsländer zogen und ziehen noch heute kaum Nutzen aus dem Projekt UNASUR und sind gerade in Bezug auf die Größe und Stärke Brasiliens zunehmend besorgt angesichts der Tatsache, dass Brasilien unübersehbar eine Führungsrolle anstrebt. Joerißen und Steinhilber schätzen aktuell ein, dass Brasilien als Land mit der fünftgrößten Bevölkerung und der neuntgrößten Volkswirtschaft der Welt in den letzten Jahren seine Führungsrolle auf dem Subkontinent stetig ausgebaut hat und das ohne den Status eines offiziellen Sprechers einzunehmen. Die Ökonomie des Landes hat sich stabil und krisensicher entwickelt. Der Staat verfügt über ein ausstrahlungsfähiges sozioökonomisches Modell und es liegt mit keinem Land in einem schwerwiegenden Konflikt. Vielmehr wird Brasilien immer öfter als Vermittler in Konfliktsituationen wahrgenommen (Joerißen/Steinhilber 2009: 1).

Südamerika und die restliche Welt registriert eine wachsende Reputation Brasiliens ebenso wie den parallel dazu entstehenden Verlust von Einfluss seiner stärksten Rivalen, Argentinien und Venezuela³⁸. Das lässt Brasilien mitsamt seiner Größe, wirtschaftlichen Stärke und seinen zahlreichen internationalen Beziehungen in der Wahrnehmung anderer Staaten aber oft auch zu einer potentiellen Gefahr werden, da es die Vorteile der UNASUR zum eigenen Machtgewinn missbrauchen könnte. Obwohl oder gerade weil Brasilien der Initiator der UNASUR ist, stellen sich bestimmte Staaten die Frage, ob Brasilien per se ein ernstes Interesse an der Integration hat oder ob es die Staatengemeinschaft bloß hegemonial nutzen möchte, um den eigenen internationalen Einfluss zu erhöhen (Velasco 2004). Misstrauen herrscht auf dem Subkontinent und den potentiellen Verbündeten aber nicht nur gegenüber Brasilien, sondern auch unter den anderen Staaten. Jeder der südamerikanischen Staaten hat ein ganz spezielles Interesse an der UNASUR. Jedes kann dafür andere Mittel einsetzen und so wächst unter den beteiligten Allianzpartner, je nach Zugehörigkeit zu den „reicheren“ oder „ärmeren“ Staaten der Eindruck von Übervorteilung oder auch das Misstrauen. Geschürt wird dieses Misstrauen permanent durch die bestehenden Konflikte und Rivalitäten, durch Unsicherheiten und Ängste aber auch durch eines der schwerwiegendsten Probleme Südamerikas - der Korruption.

³⁸ Beispiele dafür gibt es zahlreich, hier zur Veranschaulichung zwei. Auch dem Weltklimakongress übernahm Brasilien eine Vorreiterrolle, was sowohl von Verantwortung als auch wirtschaftlichen Möglichkeiten zeugt. Ein anderes Beispiel sind die Bemühungen der deutschen Regierung eine strategische und ständige Partnerschaft zwischen beiden Ländern zu erschaffen.

Wie die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer leiden auch die südamerikanischen Länder unter dem Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil³⁹. Die immer wieder öffentlich werdenden Fälle von Korruption⁴⁰ beschädigen das ohnehin sehr fragile Vertrauen, das unter den Mitgliedsstaaten herrscht (Uslana 2005: 77). Gleiches gilt für die Bevölkerung Südamerikas. Das Vertrauen in die Institutionen des Staates ist wenig entwickelt und kaum belastbar. Korruption und ihre Auswirkungen bestimmen einen Großteil des Alltags. Die negativen Folgen sind vielfältig und reichen von einem gebremsten Wirtschaftswachstum, über Steuerhinterziehung und Kriminalität bis hin zur Veruntreuung und Verschwendung öffentlicher Gelder. In der Konsequenz schwinden die geringen staatlichen Ausgaben für Bildung und Infrastruktur permanent weiter. Außerdem sind korrupte Regierungen insgesamt weniger stabil und effizient (Uslana 2005: 87).

Grundsätzlich gehören Stabilität und Kontinuität der demokratischen Verhältnisse noch immer nicht zum Alltag des Subkontinents. Anzuerkennen ist, dass Südamerika trotz der bestehenden und eingestandenen politischen Defizite, die bisher längste Demokratiephase seiner Geschichte erlebt. Dennoch kann von wirklicher Stabilität noch nicht die Rede sein. Der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre ging mit einer gestiegenen Demokratiezufriedenheit einher, die auch auf der Tatsache basiert, dass Wahlen zunehmend demokratischen Mindeststandards entsprechen (Wagner 2007:1). Dennoch beschreiben Beobachter zunehmend eine wachsende Enttäuschung unter der Wählerschaft. Die Gefahr der Hinwendung zu populistischen und rechtsgerichteten Politikern ist somit offenbar noch immer gegeben. Da diese politischen Protagonisten - das hat sich in der Vergangenheit oft gezeigt - wenig an Integrationsprozessen, kooperativen Zusammenschlüssen und der Abgabe von Kompetenz und Macht im Zuge der regionalen Öffnung interessiert sind, muss davon ausgegangen werden, dass diese Tendenzen Projekte wie die UNASUR konstant gefährden. Ein großes Vorbild für die um Integration und Kooperation bemühten südamerikanischen Staaten ist die Europäische Union, weshalb sich ein Vergleich mit der EU zur Bewertung der UNASUR anbietet. Der EU wird nachgeempfunden, eine ähnliche institutionelle Struktur gilt als erstrebenswert, um letztendlich an ähnlichen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen

³⁹ Definition von Korruption nach Transparency International (TI): Corruption is operationally defined as the abuse of entrusted power for private gain. TI further differentiates between "according to rule" corruption and "against the rule" corruption. Facilitation payments, where a bribe is paid to receive preferential treatment for something that the bribe receiver is required to do by law, constitute the former. The latter, on the other hand, is a bribe paid to obtain services the bribe receiver is prohibited from providing.

⁴⁰ Es kommt auch immer wieder zur Aufdeckung von Korruption, so wie beispielsweise im Jahr 2000 in Peru ein Video an die Öffentlichkeit gelangte, welches die Bestechung des Oppositionsabgeordneten Alberto Kouri von Seiten des Geheimdienstchefs Vladimiro Montesino zeigt und damit das Ende der Regierung unter Alberto Fujimori bedeutete (Winter/Schimanski 2005: 30).

Erfolgen anknüpfen zu können. Unberücksichtigt bleibt dabei oft die Tatsache, dass die EU unter ganz anderen Voraussetzungen entstanden ist⁴¹. Geprägt von den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, kam man zur Überzeugung, dass nur durch die Vermeidung solcher Konflikte und Auseinandersetzungen der Wohlstand und die Sicherheit der einzelnen Staaten zu gewährleisten ist. Unterstützt und gefördert haben den Prozess der europäischen Integration und Kooperation damals die USA. Ihr Interesse war zu jener Zeit in erster Linie ein wirtschaftliches, denn Europa war ein wichtiger Absatzmarkt der US-amerikanischen Wirtschaft. Nicht weniger bedeutsam waren die sicherheitspolitischen Interessen der USA, da man stets eine wachsende Einflussnahme der Sowjetunion fürchtete. Die Interessenslage der Amerikaner in Bezug auf die südamerikanische Staatengemeinschaft war und ist eine andere. Die USA haben kein Interesse an einer südamerikanischen Bündnisbildung wie der UNASUR. Eine solche Entwicklung würde die wirtschaftliche wie politische Abhängigkeit der südamerikanischen Staaten von den USA verringern. Zudem erwächst möglicherweise eine starke Konkurrenz zu der von den Vereinigten Staaten lange favorisierten ALCA oder auch bilateralen Bündnissen. Auch wurde die Union Südamerikanischer Nationen nicht infolge eines Krieges gegründet. Es existiert also auch nicht die Notwendigkeit eines Wiederaufbaus, bei dem die USA eigene wirtschaftliche und politische Interessen durchzusetzen hätten.

Der Unterschied zwischen der sich entwickelnden Südamerikanischen Union und der Europäischen Union ist in einem weiteren Punkt fundamentaler Natur. Den EU-Staaten ist die zeitnahe Schaffung unabhängiger supranationaler Institutionen gelungen. Diese gewährleisten eine Entwicklung, die unabhängig von den wechselnden nationalen Regierungen ist und relativ unbeeinflusst von den durchaus auch auftretenden Konflikten und Problemen der einzelnen Mitgliedsstaaten bleibt. Ein Streben nach unabhängigen supranationalen Organen ist bei den verschiedenen Bündnissen Südamerikas grundsätzlich nicht zu beobachten, auch nicht in der UNASUR. Die UNASUR-Staaten bemühen sich im Vergleich zur CAN, dem MERCOSUR und besonders auch der ALBA zielstrebig darum, institutionelle Strukturen zu schaffen und verfügen immerhin über einen Verfassungsvertrag und eine klare Regelung zur Streitschlichtung und Entscheidungsfindung (Flemes/Westermann 2009: 7). Mit dem Argument, den Integrationsprozess nicht weiter zu bürokratisieren, wurde jedoch im Gründungsdokument der Verzicht auf die Schaffung gemeinschaftlicher Institutionen festgehalten (Maihold 2004: 3). Anzunehmen ist, dass der wirkliche Grund dafür in der Angst

⁴¹ Weitere Informationen zum System der Europäischen Union können bei Wolfgang Wessels „Das politische System der Europäischen Union“ nachgelesen werden.

zu suchen ist, nationale Rechte und Souveränität abgeben zu müssen. Denn die Entwicklung der einzelnen Volkswirtschaften, die – wie festgestellt - sehr unterschiedliche wirtschaftliche Kapazitäten aufweisen, ist noch immer vorrangig von nationalen Interessen bestimmt. Die gemeinsamen Wirtschaftsinteressen geraten angesichts dieser Prioritäten immer wieder in den Hintergrund. In der Folge sind die Bemühungen um die Entwicklung der Union im besten Fall nachlässig und so gelingt der Abbau von Handelsbarrieren nicht, der Zugewinn an Macht und Einfluss stagniert und die Unabhängigkeitsbemühungen gegenüber den USA verlieren an Ernsthaftigkeit.

Der Franzose Jean Monnet, einer der Architekten der Europäischen Gemeinschaft, erkannte seinerzeit die systemimmanente Schwäche der Nationalstaaten, zugunsten vordergründiger eigener Interessen die Bündnisbestrebungen zu vernachlässigen. Er entwickelte in der Konsequenz dieser Erkenntnis den Schuman-Plan. Dieser mündete in der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Mit der Zurückstellung allein nationaler Interessen auf einem eng abgegrenzten Gebiet war die erste Hürde in Bezug auf die Europäische Integration genommen und der erste Schritt zur späteren Gründung der EU gemacht.

Auch die Implementierung eines erfolgreichen und belastbaren Verbundes der südamerikanischen Staaten kann nur über eine Politik der kleinen Schritte gelingen. Die UNASUR-Staaten müssen sich bewusst darüber sein, dass auch die EU klein begonnen hat, es ein langer Weg bis zum heutigen Entwicklungsstand war und es selbst heute noch zu zahlreichen Differenzen zwischen ihren Mitgliedern kommt.

Zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt erscheint eine schnelle und kompromisslose Überwindung nationaler Egoismen auf dem Subkontinent nicht erreichbar.

Ein letzter Punkt, der nicht gegen das Fortbestehen der UNASUR spricht, jedoch gegen das Erreichen einer Gegenmacht, ist, dass es sich auch bei diesem Bündnis um ein politisches und wirtschaftliches - aber kein militärisches - handelt. Die Analyse zeigt, dass alle Bestrebungen der UNASUR-Mitglieder durch die Verwendung von Soft-Balancing-Maßnahmen nach Unabhängigkeit, Machtzuwachs, Multipolarität und Positionsverbesserung, die USA momentan nur geringfügig beeindrucken und kaum Veränderungen der Politik der Vereinigten Staaten nach sich ziehen. Die USA sind in Bezug auf ihre wirtschaftlichen, politischen und besonders militärischen Kapazitäten so übermächtig, dass es den südamerikanischen Staaten nicht gelingen wird, mit Soft-Balancing-Methoden gegen sie vorzugehen. Allein die Anwendung militärischer Mittel könnte zu einer tatsächlichen

Neustrukturierung der Weltordnung führen. Die UNASUR und auch keine andere Union oder Großmacht besitzt jedoch momentan die Kapazitäten, den USA bezüglich der High Politics auf Augenhöhe zu begegnen, geschweige denn wirksam gegen sie vorgehen zu können (Pape 2005: 9).

7 Fazit und Ausblick

Im Rahmen dieser Arbeit sollten folgende Fragen beantwortet werden: Finden sich im neuen südamerikanischen Bündnis UNASUR überzeugende Tendenzen und aussichtsreich erscheinende Bestrebungen zur Bildung einer Gegenmacht? Woraus speist sich die Motivation der Beteiligten und wie erfolgversprechend sind die Bemühungen? Kann den südamerikanischen Staaten tatsächlich der Schritt aus dem Schatten der mächtigen USA gelingen?

In Anbetracht der obigen Problemanalyse und mit Bezug auf die Theorie des Neorealismus können diese Fragen jedoch nicht eindeutig mit Ja oder Nein beantwortet werden. Am Ende der Analyse stehen allerdings folgende Schlussfolgerungen:

Grundsätzlich haben die Staaten Lateinamerikas vor allem in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu mehr Selbstbewusstsein und zu großen Teilen auch zu mehr Unabhängigkeit sowohl von den USA als auch von Europa gefunden. Galt die Region in den 1980ern als Krisenregion, so hat der Politikwandel von der Diktatur zur Demokratie zu deutlich mehr Wahrnehmung und internationalem Einfluss geführt. Dafür finden sich überzeugende Beweise. So gehören Argentinien, Brasilien und Mexiko zur Gruppe der G20. Mexiko ist Mitglied der OECD, Brasilien organisiert gemeinsam mit fünf anderen Staaten die Diskussion in der Doha-Runde der Welthandelsorganisation.

Dennoch stellt auch der mit der UNASUR verbundene Integrationsansatz keine neue Qualität der Bemühungen um mehr Eigenständigkeit und Einfluss der Gesamtheit der südamerikanischen Staaten dar. Zutreffender erscheint die Charakterisierung der Anstrengungen als Weiterentwicklung bereits bestehender Kooperationen und Politikansätze, wie etwa in den Bündnissen MERCOSUR, CAN und ALBA. Diese Kontinuität gilt im positiven wie negativen Sinne.

Die Kooperations- und Integrationsbemühungen, das hat die Analyse klar ergeben, hängen eng mit der Historie des Subkontinents sowie mit der Tatsache, dass trotz der formal errungenen Unabhängigkeit viele südamerikanische Staaten weiterhin der spürbaren politischen und wirtschaftlichen Einflussnahme insbesondere der USA unterworfen waren. In

der Geschichte Südamerikas finden sich zahlreiche Beweise⁴² für die Einmischung der USA in die Belange der Staaten, sei es politischer oder speziell sicherheitspolitischer Natur, aber es ging auch immer um die Sicherung der ökonomischen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika. Bei der Bekämpfung von Armut, Analphabetismus und den daraus resultierenden sozialen Konflikten haben sie ihre südamerikanischen „Partner“ dagegen in der Regel allein gelassen.

Aus der diesen Zusammenhängen resultierenden Wut und auf Basis der Reflektion der sich verändernden Weltordnung haben die Südamerikaner verstärkt Anstrengungen in Richtung Kooperation, Integration und der Gründung von Staatenbündnissen unternommen, um auf diesem Wege die Entwicklung des eigenen Kontinents voranzutreiben und somit auch die Position des einzelnen Staates zu stärken. Mit den in Kapitel 4 beschriebenen Bündnissen wurde diesbezüglich der Anfang gemacht und jedes Bündnis leistete auf seine Art einen Beitrag zum heutigen Stand der Entwicklung. Die Andengemeinschaft und der MERCOSUR stellten lange Zeit die am weitesten entwickelten Bündnisse dar. Die öffentlich formulierten Ziele und der hohe Institutionalierungsgrad standen aber im starken Gegensatz zur tatsächlichen Bereitschaft der Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten und ein gewisses Maß an Souveränität auf gemeinschaftliche Instanzen zu übertragen. Diese und weitere im Verlauf der Arbeit beschriebenen Defizite waren die Ursache für die fehlende integrationspolitische Eigendynamik und das Stagnieren der Projekte. Trotz aller Defizite finden sich aber auch eine Reihe von Erfolgen in den Bilanzen von MERCOSUR und CAN. Die negativen wie auch die positiven Erfahrungen fanden bei der Gründung der Bündnisse ALBA und UNASUR Berücksichtigung. Die gezogenen Schlüsse resultierten in einem Vertiefungsprozess.

Der politische Wille zur Gegenmachtbildung lässt sich bereits in den Projekten der CAN und verstärkt später beim MERCOSUR beobachten. Klar formuliert wurde das Ziel aber erstmals in den Statuten der ALBA. Allerdings können diesem Bündnis unter Berücksichtigung seiner radikalen und kompromisslosen Politik weder große Erfolgsaussichten noch eine realistische Überlebenschance eingeräumt werden.

Dagegen sind die mit der Gründung der UNASUR verfolgten Ziele weniger radikal. Auch ist dieses Bündnis erstmals eines auf wirklich breiter Front - gehören doch alle Staaten Südamerikas zu den Mitgliedern der Staatengemeinschaft. Zudem trägt die grundsätzliche Verbesserung der Lage auf dem Subkontinent massiv zur Steigerung der Erfolgsaussichten der Staatengemeinschaft bei. Die im Vertrag der UNASUR formulierten Ziele sind

⁴² Beispielsweise nachzulesen unter: <http://www.quetzal-leipzig.de/printausgaben/ausgabe-20-wiedergewalt/gewaltsame-interventionen-der-usa-in-lateinamerika-ab-1846-19093.html>

unmissverständlich auf Loslösung von jeder Art von Protektionismus gerichtet, insbesondere auf die Zurückdrängung des US-amerikanischen Einflusses. In Kapitel 6 wird das gewachsene Potential des Integrationsprojekts deutlich. Die Rückwirkungen der UNASUR-Aktivitäten auf die einzelnen Mitgliedsstaaten sind unübersehbar. Die Beobachtung der Politik des Staatenbundes zeigt aber gleichzeitig wie unterschiedlich das geschieht und mit welchen beachtlichen Schwierigkeiten und Spannungen die Akteure zu kämpfen haben. Schrittweise und verbunden mit konkreten Vorhaben gelingt den Staaten mehr und mehr eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Es kann jedoch nach wie vor nur von einer relativen Unabhängigkeit gegenüber den USA gesprochen werden. Die Hürden des Bündnisprozesses können noch lange nicht als überwunden gelten.

Der Rückgriff auf das Vorbild EU erweist sich aus den verschiedensten Gründen zunehmend als schwierig. Anerkanntermaßen fühlen sich die beiden Kontinente im 21. Jahrhundert den gleichen grundlegenden Werten verpflichtet wie etwa der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Notwendigkeit der internationalen Kooperation und auch dem Primat des Völkerrechts. Doch eine deckungsgleiche Übertragung der europäischen Bündnispolitik auf die südamerikanischen Verhältnisse kann aus verschiedenen Gründen nicht gelingen. Erstens entwickelte sich das europäische Bündnis historisch aus einer ganz anderen Ausgangsposition. Zweitens haben sich seit dem ersten europäisch-lateinamerikanischen Gipfel in Rio de Janeiro die Profile der Regionen wie auch ihre Beziehungen zueinander deutlich verändert. Anders als in der EU ist der politische Dialog in das Zentrum südamerikanischer Integrationsbemühungen gerückt. Protegiert durch das einflussreiche Brasilien entsteht ein politisch integriertes Südamerika. Und drittens erfordert die Globalisierung und die damit einhergehenden Herausforderungen ganz andere politische Konsequenzen als sie seinerzeit bei der Entwicklung eines europäischen Bündnisses angezeigt waren.

Dazu kommt, wie bereits an anderer Stelle betont, dass viele lateinamerikanische Staaten noch immer nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit und Konsequenz an den Integrations- und Kooperationsbemühungen arbeiten. Die Gründe dafür liegen unter anderem in dem noch immer sehr voneinander abweichenden politischen wie wirtschaftlichen Entwicklungsniveau der einzelnen Staaten. Als problematisch erweist sich auch die Tatsache, dass in den meisten lateinamerikanischen Staaten Präsidentialregierungen an der Macht sind. Mit einem politischen Wechsel könnten theoretisch über Nacht alle integrationspolitischen Bemühungen und Fortschritte obsolet sein. Mit der Machtkonzentration auf den Präsidenten steht und fällt das Projekt gebunden an eine Person. Aktuelles Beispiel ist Chile: Hier stellt sich bereits die

Frage, ob der neue liberale Rechtspolitiker Sebastián Piñera ähnlich interessiert am Staatenbündnis UNASUR ist wie seine politisch links stehende Amtsvorgängerin. Möglicherweise beendet das Ergebnis der Präsidentschaftswahl 2009 dieses Engagement.

Die UNASUR kann noch immer nicht als gefestigtes und belastbares Staatenbündnis gelten. Die vertraglich vereinbarten Ziele von Zusammenarbeit sowie eines geeinten Vorgehens gegen die Hegemonialmacht USA unterscheiden sich deutlich von der gelebten Realität. Oberste Priorität haben nach wie vor nationale Interessen. Es finden sich kaum überzeugende Beispiele dafür, dass im Interesse eines gemeinsamen Vorgehens in einzelnen Politikbereichen Souveränitätsrechte an supranationale Organe abgegeben werden. Vor allem fehlt es an Kontinuität und Konsequenz. Alle zwei, drei Jahre wird jeweils ein neues Projekt aus der Taufe gehoben, wie jüngst auf dem Cancun-Gipfel Ende Februar 2010, bei dem die „Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten“ (Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños, CELC) gegründet wurde. Letztendlich schwächt die Vielzahl der Bündnisse die Schlagkraft der lateinamerikanischen Staaten in Bezug auf die UNASUR. Auch die Unterstützung durch andere Mächte schwindet. Trotz der reichen Ressourcen und der wirtschaftlich wie politisch stabilen Entwicklung auf dem Subkontinent sind die Bemühungen der peripheren Staaten in Bezug auf eigenständige Integrationsprojekte nur dann von Erfolg gekrönt, wenn sie die Unterstützung der großen Industriestaaten oder zumindest multinationaler Konzerne haben. Die Bereitschaft dazu sinkt mit der steigenden Zahl von Bündnissen und dem damit einhergehenden Verlust an Transparenz.

Südamerika ist noch immer ein Kontinent der Widersprüche, aber besonders ein Kontinent im Umbruch. Staaten wie Brasilien, Argentinien oder auch Chile gewinnen zusehend an Einfluss und Bedeutung – und das nicht nur in den Augen ihrer europäischen oder amerikanischen Partner. Auch in Asien werden die Entwicklungen auf dem südamerikanischen Subkontinent mit größter Aufmerksamkeit verfolgt - vor allem aus wirtschaftlichem Interesse. Neue und bedeutende Wirtschaftspartner sind schon heute China und Indien. Bevor Südamerika aber der entscheidende Schritt aus dem Schatten der USA gelingt, bedarf es noch entschiedener Anstrengungen. Mag sein, dass der Subkontinent nicht mehr der Hinterhof der Vereinigten Staaten von Amerika ist – eine Gegenmacht stellt er jedoch noch nicht dar.

8 Literaturverzeichnis

- AHK** Uruguay – Zentralstelle für Mercosur-Angelegenheiten (2007): MERCOSUR Meldungen, Geschichte, Institutionen, http://www.ahkuruguay.com/uruguay/downloads/Info_Mercosur.pdf, [Zugriff 22.02.2010].
- ALBA** (2004): „Que es el ALBA?“, Ministerio de Integración y Comercio Exterior der BRb Venezuela, http://www.alternativabolivariana.org/pdf/alba_mice_en.pdf [Zugriff 12.01.2010].
- Art**, Robert J.; Jervis, Robert (Hg.) (2005): *International Politics: Enduring Concepts and Contemporary Issues*, New York: Longman.
- Bernecker**, Walther L. (2004): „Die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas in der Neuzeit“, in: Kaller-Dietrich, Martina; Potthast, Barbara; Tobler, Hans-Werner (Hg.), *Lateinamerika: Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Wien: Promedia, S. 55–75.
- Bodemer**, Klaus; Gratius, Susanne (Hg.) (2003): *Lateinamerika im internationalen System: Zwischen Regionalismus und Globalisierung*, Opladen: Leske + Budrich.
- Boeckh**, Andreas (2005): *Lateinamerika und die USA: Muster wechselseitiger Wahrnehmung in einer asymmetrischen Partnerschaft*, in: *Lateinamerika Analysen*, Jg. 11, S. 87–106.
- Boris**, Dieter (2001): *Zur politischen Ökonomie Lateinamerikas: Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts*, Hamburg: VSA.
- Brooks**, Stephen G.; Wohlforth William C. (Hg.) (2005): *Hard Times for Soft Balancing*, in: *International Security*, Jg. 30, Nr. 1, S. 72–108.
- CAN** 2004: Declaración de Quiramba, <http://www.comunidadandina.org/ingles/sai/que.html> [Zugriff 23.11.2009].
- Costa**, Eduardo Ferrero (1995): *Die Integration in Lateinamerika: Charakteristiken, Situation und Perspektiven*, in: Mols, Manfred Heinrich; Hengstenberg, Peter; Kohut, Karl (Hg.): *Internationale Situation Lateinamerikas in einer veränderten Welt*, Frankfurt am Main: Vervuert, S. 155–168.
- Dietrich**, Wolfgang (2004): *Von der Intervention zur Integration: Lateinamerika im Schatten der nordamerikanischen Hegemonialmacht und die politisch-militärische Rolle der USA im 20. Jahrhundert*, in: Kaller-Dietrich, Martina; Potthast, Barbara; Tobler, Hans-Werner (Hg.): *Lateinamerika: Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Wien: Promedia, S. 135–151.

- DSW Länderdatenbank** (2009): „Südamerika: Demographische Indikatoren“, unter: <http://www.dsw-online.de/info-service/region.php> [Zugriff 11.11.2010].
- Effner**, Henning (2003): Die Andengemeinschaft: Scheitern eines Integrationsmodells?, in: Bodemer, Klaus; Gratius, Susanne (Hg.): Lateinamerika im internationalen System: Zwischen Regionalismus und Globalisierung. Opladen: Leske + Budrich, S. 105-125.
- Elsner**, Gisela (2007): Das neue Mercosur-Parlament, Uruguay: Konrad-Adenauer Stiftung.
- Flemes**, Daniel; Westermann Lotte (16.12.2009): „Konkurrierender Regionalismus: Fünf Jahre UNASUR und ALBA“ (GIGA German Institute of Global and Area Studies), Hamburg, http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_lateinamerika_0912.pdf [Zugriff 17.02.2010].
- Flórez**, Guillermo Pérez (2009): Unasur, la apuesta de Brasil, in: *Politica Exterior*, Jg. 23, Nr. 127, S. 149–160.
- Frankel**, Jeffrey A. (1998): *The Regionalization of the World Economy*, Chicago: The University of Chicago Press.
- Fritz**, Barbara (Hg.) (2005): *Ökonomie unter den Bedingungen Lateinamerikas, Erkundungen zu Geld und Kredit, Sozialpolitik und Umwelt*. Frankfurt am Main: Vervuert.
- Fritz**, Thomas (2007): *ALBA contra ALCA, La Alternativa Bolivariana para las Américas, una nueva vía para la integración regional en Latinoamérica*. Berlin: FDCL.
- Gärtner**, Peter (2007): „Lateinamerika – Eine Begriffsbestimmung“, *Quetzal Politik und Kultur in Lateinamerika*, <http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/lateinamerika-im-ueberblick/lateinamerika-eine-begriffsbestimmung-19093.html>, [Zugriff 21.02.2010].
- Gehrke**, Mirjam (2009): Lateinamerika - ein Kontinent tut sich schwer mit der Integration, in: *Matices - Zeitschrift zu Lateinamerika, Spanien und Portugal*, Jg. 16, Nr. 61, S. 22–24.
- Graf Lambsdorff**, Johann; Taube, Markus; Schramm, Matthias (Hg.) (2005): *The New Institutional Economics of Corruption*, London: Routledge, S. 76–92.
- Gratius**, Susanne (2003): „MERCOSUR- Gravitationszentrum in Südamerika?“, in: Bodemer, Klaus; Gratius, Susanne (Hg.): *Lateinamerika im internationalen System: Zwischen Regionalismus und Globalisierung*, Opladen: Leske + Budrich, S. 75–103.
- Gratius**, Susanne (2004): „Die Außenpolitik der Regierung Lula, Brasiliens Aufstieg von einer diskreten Regional- zu einer kooperativen Führungsmacht“, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin.

- Gratius**, Susanne (2005): Biregionalism in a Globalizing World: The Latin American view, in: Grabendorff, Wolf (Hg.): Relations between the European Union and Latin America: Biregionalism in a changing global system. 1. Auflage, Baden-Baden: Nomos, S. 73–139.
- Hartmann**, Jürgen (2001): Internationale Beziehungen. Opladen: Leske + Budrich.
- Hausberger**, Bernd (2004): Die Teile und das Ganze: Entwürfe kontinentaler Identität und transnationaler Integration in und für Lateinamerika von Simón Bolívar bis George W. Bush, in: Kaller-Dietrich, Martina; Potthast, Barbara; Tobler, Hans-Werner (Hg.): Lateinamerika: Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Wien: Promedia, S. 115–134.
- Hein**, Wolfgang (2005): „Vom Entwicklungsstaat zum Staatsverfall“, Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/publikationen/NYOM7X.html [Zugriff 14.03.2010].
- Hensel**, Silke (2004): „Ein Kontinent in Bewegung: Bevölkerungsentwicklung und Migration in Lateinamerika: 19. und 20. Jahrhundert“, in: Kaller-Dietrich, Martina; Potthast, Barbara; Tobler, Hans-Werner (Hg.): Lateinamerika: Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Wien: Promedia, S. 77–97.
- Husar**, Jörg (2007): Neue Formen der Integration in Lateinamerika, Vom offenen Regionalismus zur Binnenorientierung?, in: Lateinamerika Analysen, Jg. 17, Nr. 2, S. 83–99.
- Institut für Iberoamerika-Kunde** (1992): Lateinamerika-Jahrbuch, Frankfurt am Main: Vervuert.
- Institut für Iberoamerika-Kunde** (2004): Lateinamerika-Jahrbuch, Frankfurt am Main : Vervuert.
- Jaguaribe**, Helio (2001): Mercosur: faktische und institutionelle Probleme, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S.29-48.
- Jäger**, Thomas; Höse, Alexander; Oppermann, Kai (Hg.) (2007): Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH.
- Jäger**, Thomas/ Beckmann Rasmus (2007): „Die internationalen Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik“, in: Jäger, Thomas; Höse, Alexander; Oppermann, Kai (Hg.): Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, S. 13–39.
- Joerissen**, Britta (2008): „Brasilianische Außenpolitik, Mehr als die Summer der einzelnen Teile“, FES Brasilinfo, http://www.topicos.net/fileadmin/pdf/2008/joerissen_aussenpolitik.pdf, [Zugriff 12.02.2010].

- Joerißen**, Britta; Steinhilber, Jochen (2009): „Rendezvous von Nord und Süd“, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/brasilien/06660.pdf>, [Zugriff 01.03.2010].
- Joerißen**, Britta; Steinhilber, Jochen (2009): Brasilien - Macht und Mission, in: *Matices - Zeitschrift zu Lateinamerika, Spanien und Portugal*, Jg. 16, Nr. 61, S. 25–27.
- Kahle**, Günter (1981): Grundprobleme der Integration in Lateinamerika seit der Unabhängigkeit (1810 - 1948), in: Mols, Manfred (Hg.): *Integration und Kooperation in Lateinamerika*, Paderborn: Schöningh, S. 27–51.
- Kaller-Dietrich**, Martina; Mayer David (2005): „Geschichte Lateinamerikas im 19. und 20. Jahrhundert, Ein historischer Überblick“, (*Lateinamerika Studien Online*), <http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/geschichte/geschichte-titel.html>, zuletzt aktualisiert am 15.06.2005, [Zugriff 06.03.2010].
- Kaller-Dietrich**, Martina; Potthast, Barbara; Tobler, Hans-Werner (Hg.) (2004): *Lateinamerika: Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*. Wien: Promedia.
- Klein**, Wolfram (1997): Lernprozess Integration, Unternehmer und Gewerkschaften im MERCOSUR, in: *Lateinamerika Analysen*, Nr.34/35, Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde.
- Korthoff**, Andrea (2005): *Die EU und der Mercosur: Wege einer neuen Partnerschaft?*, Marburg: Tectum-Verlag.
- Kuwayama**, Mikio (2005): *Latin American south-south integration and cooperation: From a regional public goods perspective*, Santiago de Chile: Naciones Unidas CEPAL.
- Lieber**, Keir A.; Gerard, Alexander (2005): Waiting for Balancing: Why the World Is Not Pushing Back, in: *International Security*, Jg. 30, Nr. 1, S. 109–139.
- Maihold**, Günther (Dezember 2004): *Die südamerikanische Staatengemeinschaft: Ein neuer Partner für die EU in Lateinamerika?*, Berlin: SWP-Aktuell.
- Maihold**, Günther; Zilla, Claudia (2005): *Lateinamerikanisches Spiegelflechten? Die Vertagung des kontinentalen Freihandelsabkommen als Herausforderung für Europa*, Berlin: SWP-Aktuell.
- Masala**, Carlo (Hg.) (1998): *Herausforderungen der Realpolitik: Beiträge zur Theoriedebatte in der internationalen Politik*. Köln: SH-Verl. (Kölner Arbeiten zur internationalen Politik, 8).
- Mearsheimer**, John J. (1994): The False Promise of International Institution, in: *International Security*, Jg. 19, Nr. 3, S. 5–49.

- Meier**, Katharina (2005): *Brasilianische Außenpolitik im Jahr 2005: Welchen Preis zahlt die Regierung Lula für einen „Multilateralismus des Südens“?*, Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.
- Menzel**, Ulrich (2001): *Zwischen Idealismus und Realismus: Die Lehre von den internationalen Beziehungen*, Frankfurt am Main: Vervuert.
- Mols**, Manfred (2001): *Brüchige Identitäten in Lateinamerika*, in: *Internationale Politik*, Jg. 9, Nr. 56, S. 23–30.
- Mols**, Manfred Heinrich (1996): *Integration und Kooperation in zwei Kontinenten: Das Streben nach Einheit in Lateinamerika und in Südostasien*, Stuttgart: Steiner.
- Neuber**, Harald (2009): *Auf eigenen Füßen: Die Staaten Lateinamerikas lösen sich aus der Abhängigkeit von den Industriestaaten des Nordens: Ihre Losung: Eine bessere Welt ist möglich*, in: *Ver.di Publik*, Nr. 11, S. 16.
- Nolte**, Detlef; **Stolte**, Christina (2009): *Ein Neuanfang in den Americas, Zur Lateinamerikapolitik der Regierung Obama*, Hamburg: GIGA Focus Lateinamerika.
- Nolte**, Detlef (1997): *Neoliberale Revolution und wirtschaftliche Integration in den neunziger Jahren*, in: *Informationen zur Politischen Bildung. Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft.*, Nr. 226, S. 43–52.
- Nolte**, Detlef (1997): *Politische Stabilität*, in: *Informationen zur Politischen Bildung. Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft.*, Nr. 226, S. 59–60.
- Nolte**, Detlef (2005): *„Lateinamerika: Politische Institutionen in der Krise?“*, in: *Fritz, Barbara (Hg.): Ökonomie unter den Bedingungen Lateinamerikas: Erkundungen zu Geld und Kredit, Sozialpolitik und Umwelt*. Frankfurt am Main: Vervuert, S. 89–103.
- Önis**, Ziya /. **Senses**, Fikret (2005): *Rethinking the Emerging Post-Washington Consensus*, in: *Development and Change*, Jg. 36, Nr. 2, S. 263–290.
- Parnreiter**, Christof; **Novy**, Andreas; **Fischer**, Karin (1999): *Globalisierung und Peripherie, Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien*. Frankfurt am Main: Brandes und Apsel, Wien: *Historische Sozialkunde* 14, S. 9 - 33.
- Pape**, Robert A. (2005): *Soft Balancing against the United States*, in: *International Security*, Jg. 30, H. 1, S. 7–45.
- Paul**, Thazia V. (2005): *Soft Balancing in the Age of U.S. Primacy*. In: *International Security*, Jg. 30, Nr. 1, S. 46–71.

- Permanent Secretariat of SELA** (2005): The Institutional Framework for Integration in Latin America and the Caribbean: Possibilities for coordination and convergence, Caracas: Permanent Secretariat of SELA.
- Permanent Secretariat of SELA** (2004): Evolution of Regional Integration: 2003-2004, Caracas: Permanent Secretariat of SELA.
- Phillips**, Nicola (2003): Hemispheric integration and subregionalism in the Americas, in: International Affairs, Jg.79, Nr.2, S. 327-349.
- Pieper**, Renate (2004): Die Unabhängigkeit Hispanoamerikas als langfristige Entwicklung, in: Kaller-Dietrich, Martina; Potthast, Barbara; Tobler, Hans-Werner (Hg.): Lateinamerika: Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Wien: Promedia, S. 13–26.
- Pietschmann**, Horst (1981): Integration und Bürokratie in Lateinamerika aus historischer Sicht, in: Mols, Manfred (Hg.): Integration und Kooperation in Lateinamerika. Paderborn: Schöningh, S. 53–99.
- Quintana Martínez**, Mercedes (1999): Historia de América Latina. Madrid: Edinumen.
- Reiter**, Dan (1996): Crucible of Beliefs. Learning, Alliances and World Wars, Ithaca: Cornell University Press, S. 41-54.
- Roloff**, Ralf (1998): Globalisierung, Regionalisierung und Gleichgewicht, in: Masala, Carlo (Hg.): Herausforderungen der Realpolitik: Beiträge zur Theoriedebatte in der internationalen Politik. Köln: SH-Verlag. (Kölner Arbeiten zur internationalen Politik, 8), S. 61–94.
- Rösler**, Peter (2009): Finanzkrise: Lateinamerika ist gut gerüstet. In: Matices, Jg. 16, Nr. 61, S. 5–7.
- Sachs**, Jeffrey D.(2004): Lateinamerikas Weg aus dem Stillstand, <http://www.project-syndicate.org/commentary/sachs88/German>, Zugriff 02.03.2010.
- Sangmeister**, Hartmut (2001): Zehn Jahre MERCOSUR - eine Zwischenbilanz, Berlin: Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz (Ibero-Analysen, Nr. 9.).
- Sangmeister**, Hartmut (2003a): Der ALCA-Prozess: James Monroe versus Simón Bolívar. Berlin: Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz (Ibero-Analysen, Nr. 14).
- Sangmeister**, Hartmut (2003): Ganz Amerika unter dem Sternenbanner? Das Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone aus lateinamerikanischer Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, S.30-37.

- Sangmeister**, Hartmut/ Melchor del Rio Amaranta (2004): Mexiko und die NAFTA: Zehn Jahre Erfahrungen. Hamburg: Institut für Ibaroamerika-Kunde (Brennpunkt Lateinamerika).
- Saraiva**, Miriam Gomes (2007): As Estratégias da Cooperação Sul-Sul nos Marcos da política Externa Brasileira de 1993 a 2007, in: Revista Brasileira de Política Internacional, Jg. 50, Nr. 2, S. 42–59.
- Schieder**, Siegfried (Hg.) (2006): Theorien der internationalen Beziehungen, 2. überarbeitete Auflage, Opladen: Leske + Budrich.
- Schierkes**, Jonna (2008): Terroristen erfinden, Militärbudget sichern, in: Lateinamerika Nachrichten, (Ausgabe 411/412) <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php/artikel/2834.html> [Zugriff 14.03.2010].
- Schirm**, Stefan A. (2007): Die Rolle Brasilien in der globalen Strukturpolitik, (Discussion Paper, 16), Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.
- Scholvin**, Sören; Mattes, Hans Peter (2007): Geopolitik und sicherheitspolitisches Potential neuer regionaler Führungsmächte, Hamburg: GIGA Focus Global.
- Schörnig**, Niklas (2006): „Neorealismus“, in: Schieder, Siegfried (Hg.): Theorien der internationalen Beziehungen, 2. überarbeitete Auflage, Opladen: Leske + Budrich, S. 61–87.
- Schuster**, Sandra (2005): Stop and Go – Wirtschaftsverhandlungen zwischen der EU und dem MERCOSUR, in: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 7, S. 51–53.
- Serbín**, Andrés (2007): Entre UNASUR y ALBA: ¿otra integración (ciudadana) es posible?, in: Anuario CEIPAZ, Jg. 1, Nr. 1, S. 183–288.
- Siedschlag**, Alexander (2004): „Neorealismus in der Theorie internationaler Politik“, http://www.ifir.ar/pdf/Tutorial/Siedschlag_Neorealismus.pdf, [Zugriff 02.11.2010].
- Sousa**, Sarah-Lea John de (2008): “Brazil as a development actor: South-South cooperation and the IBSA initiative”, http://www.fride.org/descarga/COM_Brazil_South_South_ENG_jul08.pdf, [Zugriff 12.02.2010].
- Spindler**, Manuela (2005): Regionalismus im Wandel. Die neue Logik der Region in einer globalen Ökonomie, 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft.
- Thiery**, Peter (2007): Lateinamerika: Politische Transformation zur Demokratie, Bundeszentrale für politische Bildung, http://www1.bpb.de/themen/98RPUA,0,Lateinamerika:_Politische_Transformation_zur_Demokratie.html, zuletzt geprüft am 25.02.2010.

- Tobler**, Hans Werner (2004): „Politik und Gewalt: Bauernaufstände, Revolutionen und staatliche Gewalt von oben“, in: Kaller-Dietrich, Martina; Potthast, Barbara; Tobler, Hans-Werner (Hg.): Lateinamerika: Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Wien: Promedia, S. 45–54.
- Tobler**, Hans Werner; Waldmann, Peter (2009): Lateinamerika und die USA im "langen" 19. Jahrhundert: Unterschiede und Gemeinsamkeiten, Köln: Böhlau (Lateinamerikanische Forschungen, 36).
- Transparency International**: How do you define corruption?,
http://transparency.org/news_room/faq/corruption_faq#faqcorr1 [Zugriff 05.01.2010].
- UNASUR** (2004): Declaración del Cusco, http://www.comunidadandina.org/documentos/dec_int/cusco_sudamerica.htm [Zugriff 12.11.2010].
- United Nations Development Programme** (2007): UN Development Report 2007/2008: Fighting climate change: Human solidarity in a divided world, New York: UNDP.
- United Nations Population Fund** (2002); State of World Population 2002: people, poverty and possibilities: Making development work for the poor, New York: United Nations Population Fund.
- Uslana**, Eric M. (2005): „Trust and Corruption“. In: Graf Lambsdorff, Johann; Taube, Markus; Schramm, Matthias (Hg.): The New Institutional Economics of Corruption. London: Routledge, S. 76–92.
- Velasco**, Gema (2004): La Comunitat Suramericana, ¿Ilusión o realidad?, <http://www.comunidadandina.org/prensa/articulos/ae10-12-04.htm>, [Zugriff 14.03.2010].
- Vose Gulick**, Edward (1955): Europe's Classical Balance of Power, New York: Cornell Univ. Press.
- Wagner**, Christoph (2007): Demokratie und Politik in Uruguay, Berlin: Informationen zur Politischen Bildung.
- Waldmann**, Peter (1997): Industrie und Außenwirtschaft bis Mitte der achtziger Jahre, in: Informationen zur Politischen Bildung. Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft., Nr. 226, S. 39–43.
- Walt**, Stephen M. (1987): The origins of alliances, 3. überarbeitete Auflage (1994) Ithaca: Cornell Univ. Press.
- Walt**, Stephen M. (1997): The Progressive Power of Realism, in: American Political Science Review, Jg. 91, Nr. 4, S. 931–935.

- Walt**, Stephen (2004): *Can the United States Be Balanced? If So, How?*, Chicago: American Political Science Association.
- Walt**, Stephen M. (1987): *Alliances: Balancing and Bandwagoning*, in: Art, Robert J.; Jervis, Robert (Hg.) (2005): *International Politics: Enduring Concepts and Contemporary Issues*, New York: Longman, S. 109–117.
- Waltz**, Kenneth N. (1979): *Theory of International Politics*, New York: McGraw-Hill.
- Waltz**, Kenneth N. (1990): *Theory of International Politics*, in: *Journal of International Affairs*, Jg. 44, Nr. 1, S. 21–37.
- Waltz**, Kenneth N. (1993): *The Emerging Structure of International Politics*, in: *International Security*, Jg. 18, Nr. 2, S. 44–79.
- Waltz**, Kenneth N. (2005): *The Anarchic Structure of World Politics*, in: Art, Robert J.; Jervis, Robert (Hg.): *International Politics: Enduring Concepts and Contemporary Issues*, New York: Longman, S. 49–69.
- Waltz**, Kenneth N. (2007): *Theory of international politics*, Boston: McGraw-Hill.
- Wessels**, Wolfgang (2008): *Das politische System der Europäischen Union*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH.
- Wohlworth**, William C. (1999): *The Stability of a Unipolar World*, in: *International Security*, Jg. 24, Nr. 1, S. 5-41
- Zimmek**, Martin (2005): *Integrationsprozesse in Lateinamerika: Aktuelle Herausforderungen in Mittelamerika und der Andenregion*, (ZEI discussion paper, C 153), Bonn: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Eidesstattliche Versicherung

Ich versichere hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die im Literaturverzeichnis angegebenen Quellen benutzt habe.

Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten oder noch nicht veröffentlichten Quellen entnommen sind, sind als solche kenntlich gemacht.

Diese Arbeit ist in gleicher oder ähnlicher Form noch bei keiner anderen Prüfungsbehörde eingereicht worden.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'D. Kungelhof'.

Köln, 22.03.2010